

**SCHUMPETER-ARCHIV**

www. *Schumpeter* .info

herausgegeben von Ulrich Hedtke

Josef Alois Schumpeter  
**Vorträge in der Bonner Zeit**

herausgegeben von Ulrich Hedtke

– Entwurf –

– Fassung vom 28. März 2013 –

## Inhalt

1. Einleitende Überlegungen zu Vorträgen Schumpeters in der Bonner Zeit	3
2. Rede zum Volkstrauertag 1926 in der Bonner Beethovenhalle	25
2.1 Der Bericht der Bonner Zeitung	25
2.2 Der Bericht der Reichs-Zeitung	25
3. Die Kreditpolitik als Mittel zur Beeinflussung des Wirtschaftslebens	27
3.1 Der Bericht der Bonner Zeitung	27
3.2 Die im Freundesvereinsmaterial publizierte Fassung	28
4. Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung	34
5. Deutschlands staatsfinanzielle Zukunft	37
6. Individualismus oder gebundene Wirtschaft?	49
6.1 Fassung vom 21. September 1928, Großhandelstag in München	49
6.2 Teilveröffentlichung des Vortrages in <i>Papier und Pappe</i>	63
6.3 Fassung vom 1. Februar 1929, Eisen- und Stahlwarenindustriebund	66
7. Lohnniveau und nationale Zukunft	69
8. Der neueste Stand des Konjunkturproblems	73
9. Kann eine Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden und wie?	75
10. Wirtschaftspolitische Möglichkeiten.	78
11. Ökonomie und Psychologie des Unternehmers	79
12. Die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung	82
12.1 Der Bericht der Deutschen Reichszeitung	82
12.2 Der Bericht der Bonner Zeitung	83
13. Bemerkungen über die gegenwärtige Lage	86
14. Reparationen und Weltkrise	90
14.1 Der Bericht der Deutschen Reichs-Zeitung	90
14.2 Der Bericht der Bonner Zeitung	91
15. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung	94
15.1 Eine Vortragszusammenfassung Wolfgang F. Stolpers	94
15.2 Der Bericht der Bonner Zeitung	97
16. Tendenz zum Sozialismus?	98
16.1 Wolfgang F. Stolper (1932/1994): Zum Vortrag <i>Tendenz zum Sozialismus?</i>	98
16.2 Der Bericht der Bonner Nachrichten	99
16.3 Eine (wohl zum Teil unzuverlässige) Notiz des Bonner General-Anzeiger	100

17. Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft	102
17.1 Die Rekonstruktion der Rede durch Kläre Tisch und August Lösch	102
17.2 Der Kurzbericht Wolfgang F. Stolpers	111
18. Anhang „... und sich hoffentlich eine zuständige Stelle findet, die dem Herrn Professor das ABC der nationalen Disziplin beibringt.“	
- Zur nationalistischen Attacke von 1932	113
18.1 Professor Ahnungslos	113
18.2 A Financial Debate	115
18.3. Vor der Reparationskonferenz	117
18.4 Schumpeters Brief an den Dekan	122
18.5 Schumpeters Brief an die Prenzlauer Zeitung	123

## 1. Ulrich Hedtke: Einleitende Überlegungen zu Vorträgen Schumpeters in der Bonner Zeit

Wie biographisch bekannt ist, hat J. A. Schumpeter, als er im Sommer 1932 Deutschland verließ, um dem Ruf an die Harvard-University zu folgen, 28 Koffer im Jülicher Elternhaus seiner Lebenspartnerin Mia Stöckel deponiert und schließlich dort zurückgelassen. Mit ihnen „ ... ließ (er) auch die meisten seiner auf Deutsch geschriebenen Arbeiten zurück“.<sup>1</sup> Wenn diese Koffer zwar nicht der Bombardierung Jülichs – wie bisher angenommen wurde –, sondern überwiegend kriegsbedingten Plünderungen zum Opfer gefallen sind<sup>2</sup>, so hat die Werkforschung angesichts dieses Verlustes wohl zu fragen, ob wir uns Schumpeters Wirken in der Bonner Jahren 1925-1932 schon hinreichend erschlossen haben. Ich habe hierzu in Jahren 1996 und 1997 recherchiert und damals zunächst mit Interesse festgestellt, dass Schumpeter in seiner Bonner Zeit auch eine beachtliche soziologische Lehr- und Vortragstätigkeit entfaltet hat. Wie Arthur Spiethoff berichtet, hatte Schumpeter sich bei den Berufungsverhandlungen auch einen soziologischen Lehrauftrag ausbedungen.<sup>3</sup> Die nachstehende Tabelle informiert an Hand der Bonner Vorlesungsverzeichnisse über die entsprechenden Lehrveranstaltungen (Schumpeter war jedoch vom 19. September 1927 bis zum 14. Mai 1928 und vom 9. September 1930 bis zum 19. April 1931 bei Beibehaltung seiner Bezüge (auslands)beurlaubt.<sup>4</sup> Die betroffenen Semester sind in der Tabelle markiert.)

SS 1926	Staat und Gesellschaft (Hauptprobleme der Gesellschaftslehre)
WS 1926/1927	Gesellschaftslehre
SS 1927	Die sozialen Klassen
WS 1927/28	Soziologische Übungen über das Problem der sozialen Klassen .
SS 1928	Gesellschaftslehre

<sup>1</sup> Richard Swedberg: Joseph A. Schumpeter - Eine Biographie. Stuttgart 1994; S. 152

<sup>2</sup> Dies besagt eine persönliche Mitteilung der Familie Stöckel.

<sup>3</sup> Vergl. A. Spiethoff: Das Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft. In: Geschichte der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn. Bd. II, Bonn 1933, S. 297. Einen maßgeblichen Grund hierfür hält wohl die Bemerkung Spiethoffs in seinem Brief an Schumpeter vom 7.8.1925 fest:“ Ich freue mich namentlich, dass die Ihnen zufallende Gesellschaftslehre und Geschichte der Volkswirtschaftslehre ein Ersatz dafür ist, dass ich die allgemeine Volkswirtschaftslehre lese.“ Quelle: Spiethoff-Archiv der Universitätsbibliothek Basel, A 548, 14. Entsprechend hatte Spiethoff in seinem Vortrag vom 2.7.1925 gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin argumentiert. Für die zu erwägende Bonner Berufung Schumpeters „ ... entscheidend ist eine erstmalig 1913 erschienene Schrift *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte* und eine wissenschaftliche Arbeit über den Imperialismus.“ Quelle: Spiethoff-Archiv der Universität Basel, A 548,13

<sup>4</sup> Die angegebenen Daten betreffen jeweils die Bonner Ab- und Anreisen.

SS 1928	Gesellschaftswissenschaftliches Seminar
WS 1928/29	Soziologie mit besonderer Berücksichtigung der Theorie der sozialen Struktur
SS 1929	Gesellschaftswissenschaftliches Seminar
WS 1929/30	Ausgewählte Probleme der Gesellschaftslehre
SS 1930	Philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Herren Prof. Kern und Rothacker <sup>5</sup>
WS 1930/31	Philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Herren Prof. Curtius, Kern und Rothacker
SS 1931	Probleme und Methoden der Soziologie
SS 1931	Philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Herren Prof. Kern und Rothacker
WS 1931/32	Philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Herren Prof. Kern und Rothacker
SS 1932	Ausgewählte Probleme der Soziologie
SS 1932	Philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Herren Prof. Kern und Rothacker
SS 1932	Klassen und Klassenkampf (für Hörer aller Fakultäten)

Wie aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität ersichtlich, hat Schumpeter etwa ein Drittel seiner Lehrkapazität der Soziologie gewidmet und sich im Sommersemester 1932 mit einer Lehrveranstaltung zum Thema *Klasse und Klassenkampf* (für Hörer aller Fakultäten) soziologisch aus Bonn verabschiedet. W. F. Stolper hat in seinem Schumpeter-Buch ausgehend von seinen damaligen persönlichen Notizen auf einen Abschiedsvortrag Schumpeters bei der PAV zum Thema „Tendenz zum Sozialismus“ hingewiesen.<sup>6</sup> (Da Stolper sich – 60 Jahre später – nicht mehr erinnern konnte, um welchen Gesprächskreis es sich dabei gehandelt hat, sei hier gesagt: PAV steht für *Politisch-Akademische Vereinigung* an der Universität Bonn. Die PAV wurde im Wintersemester 1928 unter Beteiligung einer großen Anzahl von Mitgliedern des Lehrkörpers gegründet und hat Diskussionsabende in den Räumen und mit den Mitteln des Instituts für internationales Recht und Politik an der Universität Bonn durchgeführt. Die Vorstellung ist also kaum abweisbar, dass diese Gründung mit dem Ausscheiden Carl Schmitts

<sup>5</sup> Zur philosophisch-soziologischen Arbeitsgemeinschaft: „Diese Arbeitsgemeinschaft wurde von den genannten Herren im WS 1929/30 gegründet, um die kulturelle und gesellschaftliche Wirklichkeit interdisziplinär zu analysieren und die Gesetzmäßigkeit ihrer Wandlungen zum Mittelpunkt gemeinschaftlichen Nachdenkens zu machen.“ (Rothacker). Wie Rothacker am 20.10.1930 berichtet, war zwar ein 14-tägiger Rhythmus vorgesehen, das lebhafteste Interesse führte jedoch zu einer eher wöchentlichen Tagungspraxis. Schumpeter hat nach diesem Bericht im SS 1930 aktuelle Einzelfragen der modernen Kultursoziologie entwickelt.

<sup>6</sup> Wolfgang F. Stolper: Joseph Alois Schumpeter - The Public Life of a Private Man. Princeton 1994, S.111 u. S. 318.

zusammenhing war und die in Bonn entstandene politikwissenschaftliche Lücke schließen sollte.) Über diesen Vortrag liegt meines Wissen neben zwei zeitgenössischen Zeitungsberichten auch eine persönliche Vortragszusammenfassung durch Wolfgang Stolper vor. Und wie der Bonner Generalanzeiger mit der Meldung zu „Prof. Schumpeters letzte[m] Vortrag in Bonn“ kundtut, hat Schumpeter sich am 18. Juli 1932 mit diesem Vortrag von der Bonner Öffentlichkeit verabschiedet.<sup>7</sup> Der zwei Tage später in der Fachschaft gehaltene Vortrag zum *Woher und Wohin unserer Wissenschaft* stellt demgegenüber einen internen Gruß dar.<sup>8</sup>

W. F. Stolper hat für auch auf den Vortrag Schumpeters vom 28. April 1932 über *Soziale und wirtschaftliche Entwicklung* aufmerksam gemacht, der im Rahmen der Tagungen der sozialphilosophischen Arbeitsgemeinschaft Bonn stattfand.<sup>9</sup> Bei dieser wohl auch auf Initiative von Schumpeter zustande gekommenen interdisziplinären Gruppe handelte es sich um eine interessante Neuerung im akademischen Leben der Universität, die offensichtlich Schumpeters Vorstellung von der Einheit der Sozialwissenschaften entsprach. Arthur Spiethoff berichtet hierzu: „Die von ihm mit dem Historiker Kern und dem Philosophen Rothacker begründete *philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft* wurde zu einem Ereignis für die Universität.“<sup>10</sup>

Waren so Vorträge zu erschließen, die Schumpeters Aktivitäten in akademischen Arbeitsgemeinschaften, die Beiträgen anlässlich von Sommerschulen und anderweitigen Veranstaltungsreihen der Universität geschuldet waren, erwiesen sich für die Recherche nach bisher nicht bekannten Publikationen und Vorträgen seine persönlichen Briefe als besonders wertvoll. Dies betraf etwa die „Briefe an G.“, die Eduard März 1983 auszugsweise veröffentlicht hat, Briefe Schumpeters an seine Wiener Vertraute Otilie Jäckel, weiterhin die im Nachlass Gustav Stolper archivierte Schumpeter-Briefe und viele weitere Korrespondenzen, die bei den Forschungen zur Briefausgabe *Joseph A. Schumpeter: Briefe/ Letters* (Tübingen: Mohr Siebeck, 2000) und später neu ermittelt werden konnten.<sup>11</sup>

Von den deutschsprachigen Vorträge aus der Bonner Zeit war u.a. schon der (sicher für die Publikation umgearbeitete) Vortrag *Tendenzen der sozialen Struktur*<sup>12</sup>, die als Vor-

<sup>7</sup> Vgl: Notiz des Bonner General-Anzeiger zu Schumpeters Vortrag vom 18. Juli 1932 über *Tendenz zum Sozialismus*. Ich veröffentliche diese Notiz trotz des zum Teil verdorbenen Textes, weil es hier um den Hinweis auf den letzten öffentlichen Vortrag Schumpeters in Bonn und zugleich um eine interessante Parallele zu den werkgeschichtlichen Umständen von *The March into Socialism* von 1949/1950 geht.

<sup>8</sup> Seine Datierung auf den 20. Juni 1932, wie in den *Aufsätzen zur Wirtschaftstheorie* angegeben, ist offensichtlich falsch. Sieh dazu weiter unten.

<sup>9</sup> Schumpeters Manuskript *Entwicklung* für die Lederer-Festschrift von 1932 (vgl. hierzu: <http://www.schumpeter.info/edition-entwicklung.htm>) entstand offensichtlich im Zusammenhang mit diesem Vortrag.

<sup>10</sup> A. Spiethoff, a.a.O., S. 297

<sup>11</sup> Vgl. Schumpeters Briefe an G. In: Eduard März: Joseph Alois Schumpeter - Forscher, Lehrer und Politiker. Wien 1983, S. 176 ff.

<sup>12</sup> Diesen Vortrag auf der ordentlichen Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands vom 8. Dezember 1928 hat *Die Chemische Industrie* 51 (1928), S.1382-1386 ver-

tragsfassung publizierte Version von *Ökonomie und Psychologie des Unternehmers*<sup>13</sup>, die publizierte Fassung des Vortrages *Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse* wie die von Schumpeter umgearbeitete Version des Vortrags *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung*<sup>14</sup> bekannt. Die Auswertung der Briefe führte die Suche sehr bald in entlegene publizistische Sphären, denn viele der dort erwähnten Vorträge fanden in zeitgenössischen Verbandsorganen der deutschen Wirtschaft ihren Niederschlag und waren deshalb etwa in „Rauch und Staub“ zu entdecken, wie eines dieser Organe hieß. Ihnen lagen keine akademischen, sondern wirtschaftspolitische Vorträge Schumpeters zugrunde –, Auftritte, die überwiegend den finanziellen Sorgen Schumpeters geschuldet waren.<sup>15</sup> Denn er stand ja in diesen Jahren auch unter dem Druck von Zahlungsverpflichtungen, der andauernden Sorge, seinen Verpflichtungen gegenüber mehreren Gläubigern nachzukommen, die seine beachtlichen Schulden aus der Krise von 1924 gestundet hatten oder damals aushilfsweise für ihn eingesprungen waren. Gerade in den schon von März vorgestellten „Briefen an G.“, an Ottilie Jäckel also<sup>16</sup>, eine Vertraute aus den Wiener Jahren<sup>17</sup>, malt er dies aus, spricht in diesem Zusammenhang vom „... Reden und Schreiben für Geld ...“, gelegentlich sogar von „... Prostitution ...“.

Angesichts dieses Umstandes wollen wir danach fragen, in welchem Ausmaß Schumpeters Vortragstätigkeit in der Bonner Zeit von wirtschaftspolitischen Auftritten bestimmt war. Hierzu veranschlagen wir die Bonner Zeit kalendarisch vereinfacht als die Zeitspanne vom 1. Dezember 1925 bis zum 31. Juli 1932, sie umfasst insgesamt knapp 348 Wochen. Fasst man die bibliographisch nachgewiesenen Reden Schumpeters mit den von ihm darüber hinaus brieflich erwähnten Vorträgen zu (*gesicherten oder au-*

---

öffentlich. Man kann aber wohl davon ausgehen, daß Schumpeter – er sprach an einem Sonnabendabend als letzter Vortragender und Carl Bosch hatte dennoch Anlaß, ihm für einen „... außerordentlich glänzenden Vortrag ...“ zu danken – den später publizierten Text nicht verlesen hat.

<sup>13</sup> Joseph. A. Schumpeter: *Ökonomie und Psychologie des Unternehmers*. (Broschüre) Leipzig 1928. Neu veröffentlicht in: Joseph A. Schumpeter: *Aufsätze zur Tagespolitik*. Hrsg. u. komm. v. Christian Seidl u. Wolfgang F. Stolper, Tübingen 1993

<sup>14</sup> *Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse*. In: *Der Arbeitgeber* (1927) S.166-170. Neu veröffentlicht in: Joseph A. Schumpeter: *Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*. Herausgeb. u. eingel. von Wolfgang F. Stolper u. Christian Seidl, Tübingen 1985; *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung*. In: *Der Arbeitgeber* (1928), S. 479-482. Neu veröffentlicht in: Joseph A. Schumpeter: *Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*. Ebenda

<sup>15</sup> Darüber hinaus handelt es sich bei dem Artikel *Die Arbeitslosigkeit* im *Deutschen Volkswirt* 1926/1927 (neu veröffentlicht in: Joseph A. Schumpeter: *Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*. Tübingen 1985) vermutlich um einen Niederschlag des brieflich erwähnten Tübinger Vortrages *Ist Arbeitslosigkeit vermeidbar*. Vgl. Schumpeters Brief an G. In: E. März: *Joseph Alois Schumpeter - Forscher, Lehrer und Politiker*. München 1983, S. 175

<sup>16</sup> Bei der von Schumpeter mit „G[undel]“ angeredeten Dame handelte es sich um Frau Ottilie Jäckel aus Wien. Vgl. hierzu die Briefe an Ottilie Jäckel in: J. A. Schumpeter, *Briefe/Letters*, hrg. von Ulrich Hedtke und Richard Swedberg, Tübingen 2000. Frau Jäckel hat später in Briefen an Gottfried Haberler mitgeteilt, sie könne sich die fragliche Anrede nicht erklären. Mir liegen u.a. die von Eduard März (siehe oben) teilveröffentlichten Briefe Schumpeters an Frau Jäckel in Kopie vor.

<sup>17</sup> Frau Jäckel war in den Wiener Bankjahren 1921-1924 Schumpeters (Privat)Sekretärin, lebte seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre offensichtlich in einem Dreiecksverhältnis mit Schumpeters Jugendfreund Heinrich Höfflinger zusammen, der von der 24er Krise auch schwer getroffen worden war. Nach dem Zeugnis ihrer Briefe an Gottfried Haberler bewahrte sie sich eine lebenslange freundschaftliche Verehrung für Schumpeter. Die Briefe Schumpeters galten einer Vertrauten, die über viele Jahre auch das Grab seiner Mutter pflegte.

*thentisch erwähnten*) Vorträgen in der Bonner Zeit zusammen, dann erhält man nach meiner persönlichen Zusammenstellung eine Liste mit insgesamt 63 Titeln.<sup>18</sup> Unterscheidet man nun die Vorträge, die an Universitäten oder vor akademischen Vereinigungen (resp. mit populärwissenschaftlicher Zwecksetzung) gehalten wurden, als *akademische* von den ausdrücklich *wirtschaftspolitischen* Vorträgen vor Verbänden, dann erhält man cum grano salis eine 3:1 Proportion, ein Zahlenverhältnis von 46 zu 14 Vorträgen.<sup>19</sup> Von den 46 akademischen Vorträgen hat Schumpeter 24 im Ausland (Stockholm, Lund, London, Leeds, Washington, New York, Tokio, Kobe) absolviert. Was die 14 wirtschaftspolitischen Vorträge betrifft, so haben wir zu notieren, dass davon 9 Vorträge in einem offensichtlich besonders beanspruchenden Zeitraum absolviert wurden: zwischen dem 18. September 1928 und dem 1. Februar 1929. Diese 20 Wochen umfassen aber nur etwa 5% seiner Bonner Zeit! Für den Bedrängten mag sich zwischen seiner persönlichen Zeitwahrnehmung und der objektiven Dauer eine Kluft aufgetan haben; aus der Distanz betrachtet kann man aber nicht davon ausgehen, dass Schumpeters Vortragstätigkeit in den Bonner Jahren *insgesamt* dem Regime außerwissenschaftlicher Zwänge geschuldet war. Zum Jahreswechsel 1928/1929 stand er jedoch länger als ein Quartal unter dem besonderen Druck finanzieller Fälligkeiten.<sup>20</sup>

Angesichts der Schumpeterschen Lamenti über notgedrungene Auftritte wird der Leser zudem nicht übersehen, dass hier ein Theoretiker des Unternehmertums *sein* Publikum traf, Unternehmer, Geschäftsleute, wirtschaftliches Führungspersonal und zugehörige Verbandsfunktionäre.<sup>21</sup> Ein gründlicher Blick in das Verzeichnis des Gesamtwerkes demonstriert überdies: Die akademische wie aber auch die öffentliche Vortragstätigkeit bildet für Schumpeter spätestens seit der Czernowitzer Zeit eine nahezu unverzichtbare Lebensäußerung<sup>22</sup> und so wurde ihm die wirtschaftspolitische Vortragstätigkeit der Bonner Zeit keinesfalls nur zur lästigen Pflicht. Vielmehr berichtet er auch: „ ... nach meiner Rede vor den Glasindustriellen Deutschlands und deren Applaus habe ich fast einen Moment des Behagens. Merkwürdig, irgend etwas geht von mir aus, wenn ich öffentlich spreche, was nicht nur die anderen, sondern mich selbst mitzieht!“<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Vgl. die Übersicht über die Vorträge Schumpeters im Anhang zu diesem Aufsatz.

<sup>19</sup> Einige Vorträge sind nicht dem Thema sondern nur dem Veranstaltungsort nach bekannt. Siehe hierzu weiter unten die Aufstellung der Vorträge, die in derartigen Fällen die hinweisende Quelle benennt.

<sup>20</sup> Eine detaillierte Darstellung dieses Umstandes wird meine demnächst erscheinende Dokumentation zum Briefwechsel Schumpeters 1919-1928 mit Gottfried Kunwald enthalten.

<sup>21</sup> Relativ zu dem besonderen Unternehmerverständnis Schumpeters in dieser Zeit – der ausdrücklich führungssoziologischen Begründung von 1926 – gilt, dass *Führungskräfte* der Wirtschaft immer mögliches Unternehmertum vorstellen. Vgl. hierzu: Ulrich Hedtke: Schumpeters Arbeit am Unternehmerbegriff. In: [www.schumpeter.info](http://www.schumpeter.info)

<sup>22</sup> Man vergleiche hierzu beispielsweise seinen Bericht über die Amerika-Mission von 1913/1914 und seine Tätigkeit in der Czernowitzer Zeit. Vgl. hierzu: [www.schumpeter.info](http://www.schumpeter.info)

<sup>23</sup> Vergl. Schumpeters Briefe an G. In: E. März: Joseph Alois Schumpeter - Forscher, Lehrer und Politiker. A.a.O., S. 181.



Die hier publizierten wirtschaftspolitischen Vorträge verdienen auch deshalb unser Interesse, weil Schumpeter ab 1925 in Anknüpfung an Nachkriegserfahrungen mehrfach von der Möglichkeit einer „... wissenschaftlich fundierte[n] Politik ...“ resp. von den „... wissenschaftlichen Voraussetzungen der Politik ...“<sup>24</sup> gesprochen hat – und dies nicht ohne Blick auf die Schmoller-Schule und die bekannten Parteienkämpfe im Werturteilsstreit. Keine Frage: Mit seinem Gang nach Bonn thematisiert Schumpeter auch den möglichen Praxisbezug des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens neu und revidiert seine entsprechende Vorkriegsauffassung.<sup>25</sup> Wenn auch nicht auszuschließen ist, dass ein diplomatisches Moment hineinspielte, – Thema und Publikationsumstände des großen Schmoller-Aufsatzes von 1926 sprechen dafür – und er sich bemühte, konzeptionelle Verwandtschaften und Berührungspunkte der Denkschulen ausdrücklich hervortreten zu lassen, so sollten die wirtschaftspolitischen Vorträge der Bonner Zeit m. E. auch mit Blick auf diese Programmatik reflektiert werden. Man kann kritisch verfolgen, in welchem Maße es ihm angesichts verbandspolitischer Parteistandpunkte und Egoismen mit den Vorträgen gelang, seiner Prämisse gerecht zu werden, wonach eine relative Einheitlichkeit des sozialen Wollens auch eine wissenschaftlich begründete Politik ermögliche und jene Konkordanz u. a. im Gefolge vertiefter volkswirtschaftlicher Erkenntnisse alltäglicher werde.

Von den hier berührten Veranstaltungen gehörten der Großhandelstag 1928, der Kölner Bankierstag wie auch die öffentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom Dezember 1928 zu einer Serie von Großereignissen, mit denen Kreise der deutschen Wirtschaft auf den Hamburger Gewerkschaftskongress und seinen Ruf nach Wirtschaftsdemokratie reagierten. Aus der Sicht des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen handelte es sich dabei „... um die ganz einfache Frage, ob der Unternehmer in Deutschland das ihm anvertraute Eigentum mit oder ohne Hineinreden Dritter bewirtschaften kann.“<sup>26</sup> Jener Verein, der übrigens seine Mitgliederversammlung 1928 unter das Thema „Führertum des Unternehmers in der Wirtschaft“ zu stellen gedachte, proklamiert in dem zitierten Aufruf: „Schon auf der Tagung der Bankiers in Köln, dann auf der Versammlung des Groß- und Überseehandels stand das Problem der ‚angemessenen Wirtschaftsform‘ im Mittelpunkt der Erörterung. Die rheinisch-

<sup>24</sup> J. A. Schumpeter: Edgeworth und die neuere Wirtschaftstheorie. In: J. A. Schumpeter: Dogmenhistorische und biographische Aufsätze, hrg. von E. Schneider und A. Spiethoff, Tübingen 1954, S. 147; Joseph A. Schumpeter: Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute. Dogmenhistorische und biographische Aufsätze, hrg. von E. Schneider und A. Spiethoff, Tübingen 1954, S. 155 Fn.1. „... immer näher kommt die Zeit, in der das soziale Wollen einheitlich genug sein wird, um in jeder gegebenen Situation Zielsetzungen mit den Mittel der Wissenschaft möglich zu machen.“ Ebenda, S. 162. Eine entsprechende Reflexion findet der interessierte Leser auch in: Joseph A. Schumpeter: Das Wesen des Geldes. Aus dem Nachlass hg. von F. K. Mann, Göttingen 1970, S. 4 ff.

<sup>25</sup> Zur ausdrücklichen Revision seiner Auffassung vgl. die Fußnote 1 S. 166 im erwähnten Schmoller-Aufsatz.

<sup>26</sup> Laßt die Wirtschaft doch endlich einmal in Ruhe. In: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen. (1928) 3, S. 179

westfälische Wirtschaft kann auf die Frage, wem in der Wirtschaft die Führung gebührt, nur eine klare Antwort geben: Der Unternehmerpersönlichkeit.“<sup>27</sup> Von hier aus, standen Schumpeters Vorträge im Spannungsbogen einer politisch relevanten Auseinandersetzung und bildeten vom Standpunkt der Unternehmerverbände Momente einer Public-Relations-Offensive.<sup>28</sup> Dem vielfältigen Presseecho auf diese Auftritte Schumpeters können wir hier nicht näher nachgehen.<sup>29</sup>

Eine derartige Kampagnenberührung ist nicht für jeden der hier dokumentierten wirtschaftspolitischen Vorträge festzustellen, man denke nur an Schumpeters *Kann eine Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden und wie?* auf der Hauptausschusstagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Die hierzu verfügbare Vortragswiedergabe verweist auch auf ein grundsätzliches Problem der Vergewisserung des Zurückliegenden: Wir wissen nicht, welche Ausschnitte des Vortrages uns die Publikation in *Rauch und Staub* (bzw. die gleichlautende Darstellung in *Der Deutsche Leinen-Industrielle*) eigentlich bietet. Offensichtlich lag diesen Branchenorganen der von der IHZ am 15.12.1928 in der Mitteilung über die Reichsverbandstagung avisierte „... ausführliche Bericht über diesen Vortrag ...“ vor.<sup>30</sup> In vielen Fällen bleibt zudem unklar, ob und in welcher Form die Berichte von Schumpeter für die Publikation autorisiert worden sind. Natürlich muss besonders bei Kurzmitteilungen damit gerechnet werden, dass die Verbandspresse selektiv das publiziert hat, was ihr wichtig und mitteilenswert zu sein schien. In der Regel ist dabei aber wohl erkennbar, ob der Vortragende im Zeitungsbericht wenigstens auszugsweise selbst zu Worte kommt. Gelegentlich wird schon eingangs notiert, der Referent habe „etwa folgendes ausgeführt“. Wir haben es hier nicht immer mit der publizistischen Sorgfalt zu tun, die die Vortragswiedergaben renommierter deutsche Blätter und – nach meinem Eindruck – schon lange die der *Wiener Neuen Freien Presse* ausgezeichnet hat.

Schumpeter hat seine Vortragspraxis in einem Brief an Efraim Frisch, dem Chefredakteur der Wiener Zeitschrift *Der Neue Merkur*, der ihn im Herbst 1919 um das Manuskript für den angekündigten Amerika-Vortrag geben hatte, wie folgt charakterisiert: „Da ich meine Vorträge stets frei, ohne vorherige Niederschrift halte, kann ich Ihnen leider von

---

<sup>27</sup> Ebenda, S. 180

<sup>28</sup> Vergleich hierzu etwa die Orientierung durch Louis Ravené, den damaligen Präsidenten des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandles in: Dem Großhandelstag zum Geleit. In: *Industrie- und Handelszeitung* vom 22. September 1928. Im April 1930 zog jedoch der Langnamenverein diesbezüglich eine insgesamt eher negative Bilanz: Mit den Tagungen, Denkschriften, Aufrufen und Aktionsprogrammen sei kaum etwas erreicht worden. *Politik könne nun einmal nur durch Politik überwunden werden*. Vgl. Max Schlenker: Streiflichter auf zurückliegende und kommende Aufgaben. In: *Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen* (1930) 2, S. 147

<sup>29</sup> Vgl. hierzu etwa das Presseecho auf den Vortrag *Individualismus und gebundene Wirtschaft* in der *Industrie- und Handelszeitung* vom 22.9.1928, in: *Papier und Pappe* (1928) 41, in: *Deutsche Tageszeitung* vom 26.9.28, in: *Frankfurter Zeitung (Morgenblatt)* vom 22.9.1928, S. 2 und in: *Arbeitgeber*, Nr. 19 vom 1.10.1928

<sup>30</sup> Aktuelle Wirtschaftsfragen vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie. In: *Industrie- und Handels-Zeitung*, Nr. 293 vom 15.12.1928

dem in Aussicht genommen Vortrag über Amerika nichts zu Verfügung stellen.“<sup>31</sup> Wie auch Archivrecherchen lehren, hat Schumpeter im Anschluss an seine regelmäßig frei gehaltenen Vorträge dieselben häufig an Hand einer stenografischen oder anderweitigen Niederschrift für die Veröffentlichung redigiert.<sup>32</sup> Für die Berichte über die Vorträge *Kreditpolitische Wirtschaftstheorie, Deutschlands staatsfinanzielle Zukunft* und *Individualismus und gebundene Wirtschaft* ist eine entsprechende Redaktion der veröffentlichten Texte durch Schumpeter vorauszusetzen. Dafür sprechen u.a. seine erläuternden Anmerkungen.

Manche autorisierte Publikation mag dabei den zugrunde liegenden Vortrag variieren. Als Schreibtischvorlage hergenommen bot ja eine stenografisch getreue Wiedergabe die Möglichkeit, das Thema für den Druck publizistisch zu gestalten. So erklärte Schumpeter anlässlich der Veröffentlichung seines Vortrages *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung* in der Zeitschrift *Der Arbeitgeber* beispielsweise, der Vortrag werde nunmehr „ ... zum Teil kürzend und zum Teil ausarbeitend zusammengefasst ... “<sup>33</sup> Im Ergebnis dieser „ausarbeitenden Zusammenfassung“ begegnen wir z. B. den Betrachtung zu den Lohnsteigerungen von 1926 und 1927, die man in der Vortragswiedergabe vom 1. Juli vor sich hat, in der autorisierten Version des Vortrages nicht mehr.<sup>34</sup> Eine akzentuierte Version liegt auch mit dem hier vorgestellten Bericht über den Vortrag *Zur Ökonomie und Psychologie des Unternehmers* vor; demgemäß der Vortragende ebenso ausführlich wie kritisch den Vorwurf diskutiert, die kapitalistische Methode des wirtschaftlichen Fortschritts orientiere sich am Privatvorteil einer kleinen Minderheit. Dies ist in der bekannten und wohl autorisierten Fassung so nicht der Fall. Wir bemerken: Schumpeter hat als Redner mitunter publikumsspezifischer und verbandsbezogener vorgetragen, als ihm dies für die veröffentlichte Darstellung passend zu sein schien; – rhetorische Annäherungen an sein Publikum sind ja schon von den Wiener Zeitgenossen keinesfalls nur bewundert worden. Wie soll man in diesem Zusammenhang nicht sein explizites Selbstverständnis erinnern: „Was man sonst so sagt im Kolleg, [...] bei öffentlichen Reden, in der Sprechstunde, bei gelegentlichem Zusammensein, alles das ist nicht notwendig eine Einheit, schon nicht ex visu des Sprechenden. Denn es gehört

<sup>31</sup> J. A. Schumpeter an Efraim Frisch, 16. 10.1919. In: Der Neue Merkur Collection, 1919-1925. Leo Baeck Institute - Center for Jewish History. URL:

[http://www.archive.org/stream/derneuemerkur\\_02\\_reel02#page/n1249/mode/1up](http://www.archive.org/stream/derneuemerkur_02_reel02#page/n1249/mode/1up)

<sup>32</sup> So befindet sich beispielsweise im Kunwald-Archiv der Österreichischen Staatsbibliothek Schumpeters eigenhändige Redaktion der stenografische Mitschrift seiner Diskussionsbemerkung *Sanierungswerk und Geldpolitik*, die dann am 30.1.1924 in der *Neuen Freien Presse* wortgetreu veröffentlicht worden ist.

<sup>33</sup> Vgl.: *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung*. In: Joseph A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Herausgegeben und eingeleitet von W.F. Stolper und C. Seidl. Tübingen 1985, S. 173. In einem Brief an Gustav Stolper beklagt Schumpeter im Herbst 1928 die “ ... unfruchtbare Arbeit des Umknütens meiner Vorträge zur Veröffentlichung in den verschiedenen Zement-, Pappen- und Großhandelspublikationen ... An Gustav Stolper, Bonn, 15.10.1928. In: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Gustav Stolper (N 1186), 31

<sup>34</sup> Vgl. hierzu die Fassung von *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung* in: *Der Arbeitgeber*, Bd. 18 (1928). Nachdruck derselben: *Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung*. In: Joseph A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Hrsg. u. eingeleitet von Wolfgang F. Stolper und Christian Seidl, Tübingen 1985, S. 173-185.

zu unseren Lebenslügen, daß unsere Persönlichkeit eine Einheit sei. Wir sind verschiedene Leute zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Stimmungen, und auch, wenn wir auf verschiedenen Ebenen argumentieren.“<sup>35</sup> Haben wir es nach diesem Bekenntnis mit einem Rollen-Spieler zu tun, mit einem Überzeugungsschwindler gar? Weit gefehlt! Denn damit ist ja gerade gesagt, dass eine programmatische Anverwandlung oder gar ein Andienen ex visu des Handelnden darauf hinausliefe, dem Publikum jemanden vorzuspiegeln, den es als *ihren* Parteigänger nur im Reich der Lebenslügen gäbe.

Man bemerkt beim näheren Studium der Reden, dass Schumpeter sich in Verfolgung der Idee einer wissenschaftlichen Politik seinem Publikum nicht andient, sondern bei aller Anverwandlung zumeist deutlich auf Ideologiekritik<sup>36</sup> abzielt und die ökonomische Aufklärung und Unterrichtung in den Mittelpunkt rückt, die er als Autor der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* besonders für alle Problemfelder zu bieten hatte, die das Verhältnis von Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse berühren. Die zugrundeliegende Hoffnung, eine wachsende Einsicht in die volkswirtschaftlichen *Zusammenhänge* derjenigen, die in der politischen Sphäre *gegeneinander* stehen, würde die Kluft zwischen dem Wirtschaftsleben und der Politik schließlich verringern, wurde jedoch im Verlauf der Bonner Zeit offensichtlich eher enttäuscht. Denn die Klagen über die Kluft zwischen Politik und Wirtschaft nahmen nach meinem Eindruck im Laufe der Jahre eher zu.

In einer Edition von Bonner Vorträgen verdient Schumpeters Abschiedsrede vom 20. Juli 1932<sup>37</sup> *Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft* vor der Bonner staatswissenschaftlichen Fachschaft besondere Beachtung. Mit ihr liegt uns eine thematisch weit greifende Rede vor, die in der uns überlieferten Fassung zudem eine Stellungnahme Schumpeters zum Nationalsozialismus enthält.

<sup>35</sup> Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Schumpeters Abschiedsrede vor der Bonner Staatswissenschaftlichen Fachschaft am zwanzigsten Juli 1932 (!) im Bonner Bürgerverein. August Lösch zuzuschreibendes Typoskript. S. 5. Kopie in persönlichem Besitz.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu etwa die von ihm in den Reden wiederholt bemühte Figur des Laien und des Laienhaften.

<sup>37</sup> Ein denkwürdiges Datum ! Am 20 Juli 1932 entthob Franz von Papen im Rahmen einer „Reichsexekution“ die Regierung Preußens ihres Amtes. Da die Berliner Berufung Schumpeters im Ergebnis der Initiativen Georg Stolpers bis zu diesem Tage immer noch durch Adolf Grimme, den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, hätte erfolgen können – Grimme erwog nach den bekannten Unterlagen einen solchen Schritt durchaus positiv und hatte dies noch am 30. Mai d. J. gegenüber der Universität deutlich gemacht –, wurde im Gefolge des „Preußenschlages“ schließlich auch über Stolpers Initiative entschieden. Angesichts des definitiv feindlichen Widerstandes der in dieser Frage mehrheitlich Werner Sombart folgenden Berliner Philosophischen Fakultät war erst jetzt endgültig, dass Schumpeters Abschied von Bonn nicht einem Wechsel nach Berlin, sondern dem Gang nach Amerika galt. (Vgl. hierzu auch den Bericht der Fakultät an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 16. Juli 1932, in dem Schumpeter sowohl die fachliche wie auch ausdrücklich die *charakterliche* Eignung für eine eventuelle Berliner Berufung abgesprochen wird. Quelle: Universitätsarchiv der Humboldt Universität Berlin, Phil. Fak. 1476, Blatt 380 ff.) Es muss allerdings dahingestellt bleiben, ob Schumpeter angesichts der Haßtiraden der Berliner Fakultät einer Oktroyierung durch Grimme gefolgt wäre. (Vgl. hierzu Arthur Spiethoff an Ludwig Bernhard, Bonn, 24.7.1932. Quelle: Universitätsbibliothek Basel. Nachlass Arthur Spiethoff. A 71,20)

Was wissen wir über die Überlieferung dieser Rede? Elisabeth Boody Schumpeter hatte 1951 bekanntlich Arthur Spiethoff und Erich Schneider mit der deutschen Ausgabe von Schumpeters kleineren Schriften betraut, die 1951-1953 bei Siebeck als *Aufsätze zur Dogmengeschichte*, *Aufsätze zur Soziologie* und *Aufsätze zur ökonomischen Theorie* erschienen.<sup>38</sup> Für die Edition der Abschiedsadresse konnten die Herausgeber auf ein 23-seitiges DIN A5-Typoskript<sup>39</sup> zurückgreifen, das offensichtlich 1942 angefertigt worden war und unter Kollegen zirkulierte. Mir sind zwei Exemplare dieses Typoskripts bekannt. Eines befindet sich im Spiethoff-Nachlass der Basler Universitätsbibliothek; es wird dem persönlichen Fundus von Arthur Spiethoff entstammen und diente den Editoren der Ausgabe von 1952 als Textquelle.<sup>40</sup> Ein weiteres hat Manfred Lauer mann 1991 in einem Hannoveraner Antiquariat erstanden. Beide Exemplare des Typoskripts enthalten die wohl von August Lös ch herrührende Eingangsbemerkung: „Die nachstehende Fassung ist nicht immer vollständig und wortgetreu. Sie beruht zunächst auf einer wahrscheinlich von Dr. Cläre Tisch stammenden Nachschrift. Diese wurde aufgrund eigener Notizen 1942 von August Lös ch überarbeitet.“<sup>41</sup> Der Edition in den *Aufsätzen* liegt so offensichtlich eine Vortragsfassung zugrunde, die August Lös ch auf der Grundlage einer Vorlage erstellt und an Interessierte weitergegeben hat. Es ist nicht bekannt, wann und unter welchen Umständen August Lös ch diese Vorlage bekannt wurde und

<sup>38</sup> Zur Wahl dieses Personenkreises ist anzumerken, dass Elisabeth Boody Schumpeter mit diesem Schritt zugleich Edgar Salin das Vertrauen entzogen hat, weiterhin an Schumpeter-Editionen mitzuwirken. Sie reagierte damit auf die von ihm herausgegebene 2. deutsche Auflage von *Kapitalismus Sozialismus und Demokratie*, auf ein Werk torso, das aus ihrer Sicht dem publizistischen Erbe ihres Mannes nicht gerecht wurde. – In der Tat hat Edgar Salin mit seiner Edition dieses Werkes (1946 in der 1. und 1950 in der 2. Auflage) nicht deshalb eine um ca. 100 Seiten gekürzte Fassung vorgelegt, weil, wie er in der Einleitung von 1950 sagt „... der 5. Teil, der eine historische Skizze einiger sozialistischen Parteien enthält, so sehr auf den amerikanischen Leser ausgerichtet [ist], ... dass es unnötig schien, diesen Teil in der deutschen Ausgabe zu bringen.“ (Vorwort Edgar Salins zur 1. Auflage. In J. A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. Auflage, Basel: Franck 1993, S. 485.) Denn diese Argumentation bietet uns Edgar Salins Nachkriegs-Vorstellung, zu der auch sein Fehlurteil gehört „Schumpeter ist Sozialist.“ (Vgl. ebenda, S. 484) Nimmt man dagegen seine Rezension von *Capitalism, Socialism & Democracy* aus dem Jahre 1944 zur Kenntnis, dann begegnet man einer deutlichen Distanzierung: Der zum Teil sehr subjektive, sehr pointierte historische Abriss Schumpeters ende, so Salin 1944, in einer auffälligen Resignation und: „Hier wie stets zeigt sich, dass er bei aller Kenntnis geschichtlicher Fakten keinen wirklich geschichtlichen Blick und keinen geschichtlichen Griff besitzt. Schon bei seinen theoretischen Frühwerken war ein absonderliches Verhältnis zu geschichtlichen Fakten festzustellen ...“<sup>38</sup> Weitere gleichlautenden Tadel gelten dem „... fehlenden Sinn für die Einmaligkeit der Geschichte ...“, dem, „... mangelnden historischen Sinn ...“<sup>38</sup>. Edgar Salin hat die von ihm betreute deutsche Ausgabe des Werkes also gleichsam *geschichtsphilosophisch zensiert* und damit zugleich *das* Standardwerk der Schumpeter-Rezeption für die deutsche Universität erschaffen! (Siehe hierzu Edgar Salin: *Nochmals: ein dritter Weg? Bemerkungen zu Joseph A. Schumpeters Capitalism, Socialism and Democracy*. In: *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft*, 80 (1944), S. 123ff.) Denn bekanntlich sind ja alle späteren deutschen Ausgaben des Werkes kritiklos dem Zensor gefolgt, und das, obwohl Elisabeth Boody Schumpeter mit Brief vom 3. September 1950 faktisch weitere Auflagen des 1950 publizierten Torsos definitiv untersagt und Edgar Salin das schließlich im Einvernehmen mit dem Verlag akzeptiert hatte. (Vgl. Elisabeth Boody Schumpeter an Edgar Salin, 3. 9.1950. Quelle: Salin-Archiv der Universitätsbibliothek Basel, Fa 8593. Sowie Edgar Salin an Elisabeth Boody Schumpeter 11. 12. 1950, ebenda FB 2527)

<sup>39</sup> Ein Deckblatt und 22 Textseiten mit Seitenzählung

<sup>40</sup> Das Typoskript befindet sich im Spiethoff-Nachlaß der Universitätsbibliothek Basel unter 301 A Spiethoff, E 22.

<sup>41</sup> Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Schumpeters Abschiedsrede vor der Bonner Staatswissenschaftlichen Fachschaft am zwanzigsten Juli 1932 (!) im Bonner Bürgerverein. August Lös ch zuzuschreibendes Typoskript. Deckblatt.

warum er nicht sicher war, eine Niederschrift Kläre Tischs vor sich zu haben.<sup>42</sup> Arthur Spiethoff hat später einmal, – wir kommen darauf zurück –, davon gesprochen, dieses Typoskript sei vielen bekannt gewesen. Für die Autorschaft Löschs spricht auch die Mitteilung Anton Zottmanns, der in den 40er Jahren am Weltwirtschaftsinstitut in Kiel Löschs Kollege war: „Als ich lange nach dem Tode von August Lösch die Abschiedsrede Schumpeters vor der Bonner Staatswissenschaftlichen Fachschaft las, die er zwar bereits am 20. Juni 1932 gehalten hatte, die aber erst 1952 unter dem Titel *Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft* in Schumpeters Aufsätzen zur ökonomischen Theorie veröffentlicht werden konnte, war mir fast jedes Wort bekannt. So lebhaft und eindringlich hatte Lösch mir die darin enthaltenen Grundgedanken vorgetragen und die veröffentlichte Fassung beruht übrigens, wie aus einer Fußnote hervorgeht auf einer von August Lösch aufgrund eigener Notizen überarbeiteten, von Dr. Kläre Tisch verfassten Nachschrift dieser Vorlesung.“<sup>43</sup> Auch der Blick in das auszugsweise veröffentlichte Tagebuch August Löschs unterstreicht dies: Auf vielfältige Weise bezeugt es das enge Verhältnis, das zunächst den Studenten Lösch mit seinem akademischen Lehrer und später den hochtalentierten jüngeren mit dem älteren Kollegen verband; es gibt keinen Grund, im Geringsten an der Lauterkeit zweifeln, mit der August Lösch sich 1942 der selbst gestellten Aufgabe unterzogen hat.

Dürfen wir aber gerade mit Blick auf diesen Text die existentielle Sorge übersehen, die jede literarische Äußerung in der NS-Zeit begleiten mußte, wenn sie sich wie hier auf den Nationalsozialismus bezog? August Lösch notierte im Mai 1933 in sein Tagebuch: „Sie haben Bücher verbrannt (auch Diehls Buch über [gegen!] Kommunismus und Sozialismus), und wahr ist nur noch, was ihnen in den Kram passt. Ebenso blind und erbarmungslos werden sie Menschen vernichten, die ihnen im Wege sind.“<sup>44</sup> Wer dies bedenken muss (Erich Schneider hat August Lösch im Januar 1945 versichert, er sei der letzte Liberale und „... lebe am Rande des KZ ...“<sup>45</sup>), muss der nicht auch gründlich überlegen, welche politischen Äußerungen er halböffentlich verbreitet? Dabei geht es um folgende zusammenhängende Passage des Typoskriptes: „Stellen Sie sich die heutige Lage unseres Vaterlandes vor! Wir stehen einer gewaltigen Bewegung gegenüber, die einzigartig ist in der Geschichte. Nie ist es einer Organisation gelungen, gegenüber den etablierten Parteien sich durchzusetzen. Dieser gewaltige Machtapparat gleicht einem Ungeheuer von unendlichem Impuls, und er kann für das deutsche Volk

<sup>42</sup> Denn zwischen den beiden Schumpeter-Schülern bestand im Sommer 1933, also ein Jahr nach Schumpeters Weggang, noch Kontakt. Was danach im Schülerkreis geschah, ist leider nicht bekannt. Nach Erniedrigungen durch den faschistischen Staat ist Kläre Tisch am 10. November 1941 nach Minsk deportiert und dort ermordet worden. Vgl.: Gedenkbuch für die NS-Opfer aus Wuppertal. URL: <http://www.gedenkbuch-wuppertal.de/de/img/tisch>

<sup>43</sup> Anton Zottmann: Erinnerungen an August Lösch. In: August Lösch in Memoriam. Herausgegeben von Roland Riegger, Verlag der Buchhandlung Neuerer, Heidenheim 1971, S. 23 (Das unzutreffende Datum entnahm Zottmann offensichtlich den *Aufsätzen*)

<sup>44</sup> August Lösch: Aus Tagebüchern und Briefen: In: ebenda, S. 81

<sup>45</sup> Ebenda, S. 116

Katastrophe und Glorie bedeuten, je nachdem er verwendet wird. Aber wie wichtig wäre es, wenn dieser Koloss ökonomisch richtig beraten wäre: und wenn es unter ihnen Leute gäbe, die nationalsozialistisch fühlen und trotzdem die ökonomische Technik nicht verachten – – welche ungeheuren subjektiven Möglichkeiten für einen jungen Mann! Man bedeutet nur dort etwas, wo noch nichts durchdacht ist. Dass man sich Parteien zuwenden soll, die nicht-rationale Programme haben, haben alle bedeutenden Politiker gewusst. Benjamin Disraeli ist Konservativer geworden, weil dahinter diese schönen gentlemen stehen, die das richtige Gefolge für einen Mann von Format sind.“<sup>46</sup>

Bevor wir uns weiter mit der Rekonstruktionsleistung Tisch/Lösch beschäftigen, ist hier einzuschalten, dass es 1952 wegen der möglichen Publizierung dieser Passage zwischen den Herausgebern Schneider und Spiethoff beinahe zum Zerwürfnis gekommen ist. Erich Schneider hatte die dem Typoskript Tisch/Lösch folgenden Fahnenabzüge von *Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft* mit der Aufforderung an Arthur Spiethoff zurückgesandt, die Passage ab *Stellen Sie sich...* „[...] unbedingt streichen!“<sup>47</sup> Darauf hat ihm Arthur Spiethoff schließlich Ende Mai 1952 geantwortet: „Ihre Bedenken gegen Schumpeters Bemerkungen über den Nationalsozialismus in seiner Abschiedsrede würdige ich in vollem Umfange und ebenso die Bedenken, die Sie nach ihren amerikanischen Eindrücken für die Situation von Frau Schumpeter hegten. Aber ich fühle mich nicht berechtigt, Schumpeters Gedankenführung zu beaufsichtigen oder gar zu korrigieren, und ich habe deshalb die Entscheidung über den Abdruck dieses Absatzes Frau Schumpeter anheimgestellt. Diese schrieb mir heute folgendes: ‚Prof. Haberler and I have discussed in great detail the problem raises by your letter of May 17 with reference to eliminating the passage of the end page 8 and the beginning of page 9 which occurs in my husbands farewell address to his students at Bonn. On the whole, both Haberler and I feel that the essay should be left as it has been set up by the printer. [...] It is very kind of you to take all this trouble and to submit problems such this to me for decision. My own feeling is that it is better not to eliminate passages simply because they are likely to be embarrassing. I agree with you that a scholars work should stand as is has been written (or in case as it has been spoken) in spite of some possibility embarrassment.‘“<sup>48</sup>

Trotz dieses Votums beharrte Erich Schneider zunächst auf seiner Position, die fragliche Passage nicht zu publizieren. Nach einigem Bedenken hat Arthur Spiethoff ihm dann am 26. Juni 1952 seine Entscheidung mitgeteilt: „Mit Frau Schumpeter und Haberler möchte ich an der Veröffentlichung der Abschiedsrede doch festhalten. Die Eingangsnote könnte um folgende Aufklärung erweitert werden: ‚Diese beiden getreuen

<sup>46</sup> *Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft*. Schumpeters Abschiedsrede vor der Bonner Staatswissenschaftlichen Fachschaft am zwanzigsten Juli 1932 (!) im Bonner Bürgerverein. Augst Lösch zuzuschreibendes Typoskript, S. 17

<sup>47</sup> Universitätsbibliothek Basel. Nachlass Arthur Spiethoff. Beilage zu NL 301 A. Spiethoff E

<sup>48</sup> Arthur Spiethoff an Erich Schneider. Tübingen, 31. Mai 1952. Quelle: Universitätsbibliothek Basel. Nachlass Arthur Spiethoff A 530, 15

Schüler sind einem herben Geschick erlegen. Kläre Tisch hat in Litzmannstatt ihr Leben lassen müssen und August Lösch hatte eine Verlagerung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in die Provinz begleitet und ist kurz vor der Kapitulation einer Scharlacherkrankung erlegen.<sup>49</sup> Ich habe Ihre Bedenken immer wieder überlegt und komme zu folgendem Resultat. Sie betonen, dass wir kein Manuskript von Schumpeter haben. Wenn dem auch so ist, so kann an der sinnhaften Richtigkeit des Textes kein Zweifel sein. Cl. Tisch und Aug. Lösch waren ihrem Lehrer in größter Treue ergeben, und dass irgend eine Schumpeter fremde Tendenz die Nachschrift beeinflusst hat, kommt nicht in Betracht. ... Im übrigen ist diese Rede von so vielen gehört und gelesen worden, dass es unmöglich ist, sie zu unterdrücken. ... Die Aussage aus dem Jahre 1932 lässt ja doch jede Zustimmung zu dem, was später kam, als ausgeschlossen erscheinen. Es ist ein genialer Blick in die Zukunft, der alle Möglichkeiten erkennt und offen ist. Wenn man sich heute darüber den Kopf zerbricht, ob Schumpeter Sozialist war, so ist es noch absurder, ihn zum Nazi zu stempeln. Wer die Genialität dieses Mannes nicht zu fassen vermag, dem ist nicht zu helfen.“<sup>49</sup>

In diesem Brief konfrontierte Arthur Spiethoff Erich Schneider auch mit der Frage, ob er denn angesichts eines unverkürzten Abdruckes damit rechnen müsse, dass Schneider als Mitherausgeber ausscheidet.<sup>50</sup> Letzterer lenkte schließlich ein und teilte mit: „Nach reiflicher Überlegung will ich meine Bedenken zurückstellen. Völlig zerstreuen kann ich sie nicht, weil das Manuskript nicht von Schumpeter selbst stammt und deshalb Unrichtigkeiten enthalten kann. Die sinnhafte Richtigkeit des Textes garantiert keine Übereinstimmung mit dem Original.“<sup>51</sup>

Ging es Erich Schneider allein um die Authentizität des Textes? Wohl nicht! Denn im Unterschied zu Spiethoff reflektiert er Schumpeters mögliche Äußerung von 1932 nicht im Kontext des Jahres 1932 sondern eher aus der Perspektive von 1952 und geriet so in die paradoxe Lage einer moralisierenden Rezeption, die sich Jahrzehnte später darum bemüht, ihren Zeitgenossen einen Autor vorzustellen, der immer schon wusste, was jetzt jedermann für richtig hält.

Für eine quellenkritische Betrachtung der Fachschaftsrede ist nun auch der hier zum ersten Mal vorgestellte Kurzbericht zu beachten, den der damals 20jährige Student Wolfgang F. Stolper seinen Eltern brieflich übermittelt hat. Denn Stolper berichtete ja: „... Nach dem Referat war noch eine Diskussion, wo Schumpeter sehr angegriffen wurde, besonders in seiner Behauptung, dass der Wissenschaftler sich nicht um Politik kümmern solle, solange der wissenschaftliche Apparat noch so unvollkommen sei.

<sup>49</sup> Arthur Spiethoff an Erich Schneider. Tübingen, 26.6.1952. In: Ebenda, A 530,18

<sup>50</sup> Ebenda

<sup>51</sup> Erich Schneider an Arthur Spiethoff. Kiel, 2.7.1952. In: Ebenda: A 530, 19



Harkort<sup>52</sup> meinte da, es sei trotzdem die Pflicht des Wissenschaftlers, den, wenn auch unvollkommenen Apparat anzuwenden, um zu verhüten, dass z. B. Spann, der selbst weniger und dessen Maschine mehr Hemmungen habe, den seinigen anwenden ...“<sup>53</sup>

Setzt man diesen Bericht über die Diskussion voraus, die sich an Schumpeters Rede anschloss, der ja ganz unmittelbar aus dem Erlebten schöpft, dann kann wohl definitiv ausschließen, Schumpeter habe in seiner Rede Studenten und Fachkollegen empfohlen, sich den Nationalsozialisten anzudienen. Unter diesem Aspekt ist der uns mit der Fassung Lösch/Tisch überlieferte Wortlaut der Rede m. E nicht umstandslos mit dem Bericht Wolfgang E. Stolpers zu vereinbaren. Mir scheint es jedenfalls ratsam, im Zusammenhang mit Schumpeters *Woher und Wohin unserer Wissenschaft* auf jenen Bericht hinzuweisen.

Die hier befragten Texte verweisen aber auch darauf, endlich den Nachlass August Löschs zu erschließen. Er befindet sich seit vielen Jahren im Besitz der Stadt Heidenheim. Vielleicht birgt er sogar die Niederschrift Kläre Tisches und womöglich enthält Löschs Tagebuch Überlegungen, die unser Wissen hinsichtlich der Redaktion der fraglichen Rede vertiefen. Dies ist umso wichtiger, als der fragliche Text mit seinem Hinweis auf Benjamin Disraeli offensichtlich über das unmittelbar Politische hinaus einen zentralen Topos des Schumpeterschen Denkens und zwar die (wie mir scheint fatale) Engführung von (politischer) Innovation und Führertum berührt. Ich erinnere hierzu an den im Schumpeter-Briefband dokumentierten Gedankenaustausch Schumpeters mit Gustav Stolper aus dem Sommer 1926. Im Zusammenhang mit der Gründung des *Deutschen Volkswirtes* empfiehlt Schumpeter, der gerade die 2. Auflage seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ erarbeitet, Stolper möge sich führend deutschnational engagieren, um, wie – zum Teil Ignaz Seipel, aber deutlich Benjamin Disraeli – „... den Ungeist zum Baustein der Werke des Geistigen zu machen.“<sup>54</sup>

Mit den hier in der englischen Fassung wiedergegebenen Notizen W. E. Stolpers zu Schumpeters Vortrag *Tendenz zum Sozialismus?* begegnen wir auch der schließlich illusionär gebliebenen Hoffnung Schumpeters, angesichts der zugespitzten Klassenkämpfe der Weimarer Republik könne sich die nationalsozialistische Bewegung als eine vereinigende Kraft erweisen. Um diese Position für den Leser in den Umkreis weiterer literarischer Zeugnisse zu Schumpeters Berührung mit dem Nationalsozialismus zu stellen, – ging es doch wie schon zu Zeiten des 1. Weltkrieg wieder darum, dem Herrn Professor das *ABC der nationalen Disziplin* beizubringen – habe ich im Anhang die Kontroverse

<sup>52</sup> Günther Harkort wie auch Wolfgang F. Stolper studierten zu dieser Zeit in Bonn.

<sup>53</sup> Siehe weiter unten: Brief Wolfgang F. Stolpers an seine Eltern.

<sup>54</sup> Vgl. Joseph A. Schumpeter an Gustav Stolper. Brief vom 24.6.1926 und Brief vom 1.8.1926. In: Joseph A. Schumpeter, Briefe/Letters. (ob. zit.), S. 114-120. Zitat S. 118.

über Schumpeters Aufsatz von 1932 *World Depression and Franco-German Economic Relations* dokumentiert.

Für die inhaltliche Diskussion des vorgetragenen Materials möchte ich darauf hinweisen, dass m. E. bis heute eine wissenschaftlich überzeugende Darstellung der politischen und politiktheoretischen Denkwicklung Schumpeters aussteht. Zum Teil ist das dem insgesamt problematischen Stand der Schumpeter-Forschung zuzuschreiben, den die mangelhafte deutschsprachige Edition von *Capitalism, Socialism & Democracy* auf ihre Weise deutlich anzeigt<sup>55</sup> und der auch darin zum Ausdruck kommt, dass das politische und intellektuelle Verhalten Schumpeters, der sich im 1. Weltkrieg bekanntlich gegen den kriegerischen Enthusiasmus seiner nationalistischen Zeitgenossen gestellt hat, von manchen Biografen ignoriert oder gar banalisiert wird. Selbst exzellente Autoren, wie Thomas McCraw, übersehen etwa Schumpeters Imperialismusstudie von 1918.<sup>56</sup> Man muss aber deutlich sagen, dass so eine für Schumpeters politiktheoretische Denkwicklung maßgebliche Leistung unbeachtet bleibt; abgesehen davon, dass diese Weltkriegs-Analyse angesichts der Beiträge seiner Kollegen, man vergleiche Werner Sombarts nationalistische Hetzschrift *Händler und Helden* oder Max Webers deutschnationalen politische Traktate der Weltkriegszeit, zum Besten seiner Zeit gehört.

Auch mit Blick auf die Notizen Wolfgang F. Stolpers zum Vortrag *Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft* kann nun durchaus ein Zusammenhang zwischen Schumpeters Imperialismusanalyse und der Stellungnahme von 1932 vermutet werden. Ist diese Imperialismusanalyse doch von der Vorstellung bestimmt, der historischen Erscheinung läge ein Atavismus zugrunde. In welchem Ausmaß Schumpeters Einschätzung des extremen Nationalismus der NSDAP noch von seiner Atavismustheorie mitbestimmt war, oder ob hier bereits eine an seinem späteren Epochenverständnis orientierte Stellungnahme vorliegt, wäre näher zu erörtern.<sup>57</sup> Denn ihm waren ja die im *Archiv*

<sup>55</sup> Siehe hierzu Fn. 39 dieser Arbeit

<sup>56</sup> Während etwa McCraw die Imperialismus-Studie de facto nicht zur Kenntnis nimmt, diskutiert Yuichi Shionoya in einem Abschnitt seiner Studie zu Schumpeters Idee der Sozialwissenschaft den Zusammenhang zwischen der Atavismus- und der Klassentheorie. Anzumerken ist hier nicht so sehr, dass ihm Schumpeters spätere Selbstkorrektur, sondern dass ihm in diesem Zusammenhang sowohl der engagierte Schumpeter mit seinen praktischpolitischen und seinen literarischen Bemühungen, wie auch die wirkliche Geschichte der Jahre von 1914-1919 gänzlich entgeht. So wird die Imperialismusanalyse unter der Hand zu einem reinen Studierstubenereignis. Vgl. Thomas K. McCraw: *Prophet of Innovation: Joseph Schumpeter and Creative Destruction*. Cambridge, MA and London, UK: The Belknap Press of Harvard University Press, 2007. Yuichi Shionoya: *Schumpeter and the idea of social science*. New York: University Press. 1997, p. 232 .Die Harvard University Archives publizieren im Internet unter der Rubrik *Schumpeter Biographical Information* die über das Verhalten Schumpeters im Kriege desinformierende Charakteristik *1916/1917: Self-proclaimed consultant to the Austrian emperor*, um dann für das Jahr 1924 die Falschmeldung zu verbreiten: *Bank collapses*.

<sup>57</sup> Im Kontext der Imperialismus-Studie bestimmte Schumpeter den Zusammenhang zwischen Nationalismus und Militarismus: „Nationalismus ist bejahende Bewußtheit der nationalen Eigenart plus aggressivem Herrengefühl.“ Joseph A. Schumpeter: *Zur Soziologie der Imperialismen*. In Joseph A. Schumpeter: *Aufsätze zur Soziologie*. Tübingen 1953, S. 143

erschienen Publikationen Kondratieffs zeitnah bekannt<sup>58</sup> und im Frühjahr 1928 hat er in seinen amerikanischen Vorlesungen die These von der Existenz langer Wellen orientierend vorgestellt.<sup>59</sup> Im November 1928 skizzierte er anlässlich eines konjunkturtheoretischen Vortrages in Münster die Standortbestimmung, man befinde sich wahrscheinlich im dritten Stadium der absteigenden langen Welle, daher werden in der nächsten Zeit noch Depressionen vorherrschen und es werde vermutlich soziale Schwierigkeiten geben, die u.a. radikalen Gesinnungen geschuldet sind.<sup>60</sup> Damit zog er aus dem Paradigmenwechsel zu den langen Wellen schon früh auch soziologische Konsequenzen. Diese Entwicklung führte ihn 1939 bekanntlich auf „... the deepest problem of the economic sociology of our epoch ...“<sup>61</sup>, auf die Frage, inwieweit die charakteristischen Tendenzen der von 1898 her zu datierenden gegenwärtigen Epoche – die Politik des Schutzzolls wie der nationalen Rüstung einerseits, die politischen und ideellen Tendenzen zum Sozialismus wie aber auch zum [nationalen] Radikalismus und Antirationalismus andererseits – „... were not fundamentally one, and whether they grow out of the very logic of capitalist evolution, or were distortions of it traceable to extracapitalist influences.“<sup>62</sup>

Im Zusammenhang mit dieser gegenüber dem Konzept von 1918 neuartigen Fragestellung hat Schumpeter seine Atavismustheorie des Imperialismus, die bekanntlich mit seiner Vorstellung von der historisch dualen Struktur der „sozialen Pyramide der Gegenwart“<sup>63</sup> zusammenhängt, Ende der 30er Jahre revidiert.<sup>64</sup>

Ausgehend von seinem Engagement für den Völkerbund wird eine Analyse seines politischen Bildungsganges auch Schumpeters Enttäuschung über die Politik des Völkerbundes in Rechnung stellen, die in den späten 20er Jahren deutlich wird.<sup>65</sup> Unter

<sup>58</sup> Gemeint sind die Arbeiten: Nikolai D. Kondratieff: Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 573-609. Sowie Ders.: Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 60 (1928), S. 1-85.

<sup>59</sup> Vgl. Aufzeichnung der Vorlesung vom 18. April 1928 und später. In: Lectures by Josef Schumpeter at Harvard University, 1927-28. Recorded by his student Joe Freedman. Copied by Harry Pelle Hartkemeier. p. 42. In: Sara Landau Papers, Box 47;16. University Archives and Record Center. University of Louisville. Louisville, USA. ...perhaps explanation of *long waves* is also explanation of *short waves*. Problem of the future is really problem of *long waves*, short waves are receiving excellent attention. Ebenda, p. 42

<sup>60</sup> Vgl. den folgenden Abschnitt 7.

<sup>61</sup> Joseph A. Schumpeter: *Business Cycles* New York: Mc Graw-Hill, 1939, vol. I, p. 399

<sup>62</sup> Ebenda, p. 399. Vgl. hierzu auch: Ebenda, Bd. II, p. 696f.

<sup>63</sup> „Die soziale Pyramide der Gegenwart ist nicht vom Stoff und Gesetz des Kapitalismus allein gebildet, sondern von zwei verschiedenen sozialen Stoffen und von den Gesetzen zweier verschiedener Perioden.“ Joseph A. Schumpeter: Zur Soziologie der Imperialismen. In Joseph A. Schumpeter: Aufsätze zur Soziologie. Tübingen 1953, S. 142

<sup>64</sup> „The atavismus theory was expounded by the present writer in his study entitiled Zur Soziologie der Imperialismen [...] [The Marxist theory of imperialism, (Bauer, Hilferding)] [...] which conserves unity of principle, has of course, great attraction for every mind that has an analytical bent, and could be generalized to include postwar fascism. It is not possible here to expound the reasons why is inadequate. A glimpse of view that now seems to the writer to be nearer the truth than ether the Marxist or this own theory is embodied in Karl Renner's concept of social imperialism (Sozialimperialismus).“ Joseph A. Schumpeter: *Business Cycles*. New York: Mc Graw-Hill, 1939, vol. II, p. 696, n.1

<sup>65</sup> Die pazifistische Organisation *Para Pacem* um Heinrich Lammasch, der Schumpeter angehörte, hat sich nach dem Kriegsende aufgelöst und der *Österreichischen Völkerbundliga* angeschlossen, in der auch Schumpeter anfangs engagiert war. Seine Enttäuschung über die Wirksamkeit des Völkerbundes hat er 1928 im Vortrag *The*

dem Eindruck der Realitäten seiner Epoche musste er mit dem Abschied von der Atavismusthese auch die politische Hoffnung aufgeben, nun würden europäische Staatengemeinschaften unzeitgemäße Herrenvolk-Nationalismen ablösen.

Setzt man jedoch den politischen Blick des reifen Schumpeters voraus und betrachtet wichtige Zäsuren vor dem Hintergrund von Kondratieffzyklen, dann kommt man heute nicht an der Feststellung vorbei, dass sich in dieser Frage die Epochen-Perspektive seiner *Business Cycles* als schließlich zutreffend erweist. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) trat im Juli 1952 in Kraft, 1957 folgte die EWG. Bezogen auf den *nächsten* Kondratieffzyklus (ab 1953) trog also seine Hoffnung nicht. Zugleich haben wir rückblickend allen Anlass, die Zeit von 1898-1953 im Sinne Schumpeters als Einheit von Neomerkantilismus und aggressivem Nationalismus zu charakterisieren, als eine *imperialistische* Epoche, die erst nach dem 2. Weltkrieg überwunden wurde. Das Jahr 1953 wird von hierfür bezeichnenden Ereignissen, der Unabhängigkeit Indiens, der Nationalisierung des Suezkanals und dem Beginn des Algerienkrieges dicht umkränzt! Der Zusammenhang zwischen dem damaligen antiimperialistischen Kampf und dem Aufbruch zu einem gemeinschaftlichen Dasein der europäischen Völker wird uns leider nur allzu selten bewusst.

Was ist zu leisten, um unsere Kenntnis des Schumpeterschen Wirkens in der Bonner Zeit zu vertiefen? Ich hoffe, demnächst eine aktualisierte Übersicht aller Vorträge Schumpeters zwischen dem 1. November 1925 und dem 30. Juli 1932 vorlegen zu können und werde dann auch diese Vortrags-Edition erweitern. In diesem Zusammenhang fahnde ich nach einem Nachweis oder einem möglichen publizistischen Niederschlag für folgende mutmaßliche Auftritte Schumpeters und bitte darum, jeden entsprechenden Hinweis via [post@schumpeter.info](mailto:post@schumpeter.info) formlos an mich zu senden.

- Über die Theorie sozialer Klassen. Februar 1926 oder später, Universität Heidelberg
- Über Führerschaft und Klassenbildung. November 1926 oder später, Universität Heidelberg
- Ein unbekannter Vortrag vom November 1926 in Köln
- Ein thematisch unbekannter Vortrag am 18. September 1927 vor einer Vereinigung von Buchdruckern in Baden-Baden.

---

*Problem of Europe* an der Yale University (The second of the Dodge Lectures on the Responsibilities of Citizenship, 21.2.1928) zum Ausdruck gebracht: Auch angesichts der Gefahr einer europäischen Katastrophe bringe es die Routinediplomatie der Mächte und der Völkerbund nur dazu, Bagatellen zu bewältigen und mit Lösungsmöglichkeiten herumzuspielen. ([She] [...] merely comes to solving trifles and to trifling with solutions.“) Quelle: The Beinecke Rare Book & Manuscript Library, New Haven. (USA) GEN MSS MISC, Group 2543 F-1 p.2

Als ein dritter Bezugspunkt wäre die Analyse der Entwicklung seiner Sozialismusvorstellungen zu nennen, für die es ratsam ist, die beiden – etwa durch die Erfahrung eines Jahrzehnts getrennten – Fassungen des Aufsatzes über die sozialistischen Möglichkeiten von heute zu vergleichen, die im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 48 (1920-1921), S. 305-360 mit ihrer zugleich neu eingeleiteten Übersetzung ins Französische in *L'Année Politique Francaise et Etrangère*, Vol. 6 (1931), S. 385-418

- Ist Arbeitslosigkeit vermeidbar? Frühjahr 1927 in Tübingen
- Ein thematisch unbekannter Vortrag im Juli 1928 in Mönchen-Gladbach
- Soziologie der Außenpolitik. Vortrag im Frühjahr 1932 in Köln resp. Bonn

Bisher konnte auch ein von Gottfried Haberler erwähnter Beitrag (1932, mitten in der Krise, so erinnerte er sich) nicht ermittelt werden, der in einer überregionalen deutschen Tageszeitung erschienen sein soll. In ihm habe Schumpeter ein Programm zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft vorgestellt.

Nachstehend publiziere ich eine Übersicht über die mir bisher bekannten Vorträge Schumpeters in der Zeit vom November 1925 bis zum Ende Juli 1932. Sie soll Ansatzpunkte für weiterführende Recherchen bieten. Für jeden Hinweis, der diese Liste ergänzt oder modifiziert bin ich dankbar – auch mit Blick auf eine eines Tages vielleicht mögliche Werkausgabe.

Übersicht über Schumpeters Vorträge in der Zeit vom November 1925 bis zum Ende Juli 1932		
Datum	Thema/Ort	Nachweis
19.02.1926	Theorie der sozialen Klassen. Heidelberg	an G. Stolper, 14.2.1926
28.02.1926	Gefallenengedenkrede. Bonn	
25.06.1926	Ein beabsichtigter Vortrag. Heidelberg (wegen des Todes der Mutter ausgefallen)	an G. Stolper, 24.6.1926
24.07.1926	Kreditpolitische Wirtschaftstherapie. Bonn	
16.11.1926	Vortrag in Köln	an Jäckel, 30.10.1926 und 5.11.1926
19.11.1926	Führerschaft und Klassenbildung. Heidelberg	an G. Stolper, 11.11.1926
Wintersemester 1926 /27	Vortrag zum Reparationsproblem im WS 26/27. Bonn	Planungsunterlagen der Universität Bonn,
7.1.1927	Diskussion jüngerer Fachgenossen in Berlin?	an Toni Stolper, 7.12.1926
17.02.1927	The present position of economics – I. [London]	
18.02.1927	The present position of economics - II. [London]	
19.02.1927	Vortrag in Oxford?	an G. Stolper, 5.3.27
31.03.1927	Vortrag vor dem Verband Deutscher Arbeitgeber Unternehmerfunktion und Arbeiterinteresse	an G. Stolper, 21.3.1927 u. 27.3.1927; an Jäckel, 25.3.1927
im Juni 1927	Vortragsreise in Tübingen. Vortrag: Ist Arbeitslosigkeit vermeidbar?	an G. Stolper, 22.6.27, an Jäckel, im Frühjahr 1927
02.09.1927	The Instability of Our Economic System, Leeds	
05.09.1927	Vortrag auf der Herbsttagung der staatswissenschaftli- chen Vereinigung. Bad Homburg	an G. Stolper, 17.9.1927
18.09.1927	Vortrag für eine Buchdrucker-Vereinigung. Baden-Baden	an G. Stolper 17.9.27, an Jäckel 17.8.1927
20.09.1927	Vortrag? und Diskussion mit Kollegen. Nederlandse Handels-Hoogeschool, Rotterdam	an Jäckel, 20.9.1927

ULRICH HEDTKE: VORTRÄGE SCHUMPETERS IN DER BONNER ZEIT

27.10.1927	Vortrag? JAS nimmt am Symposium zu Price Indices teil.	The New York Times, 24.10.1927, p 23
17.11.1927	17.-20.11.1927: 2 Vorträge. [im Ritz und einmal im kleinen Kreis], New York	an Jäckel, 20.11.1927, an Jäckel 29.10.1927
Herbst 1927	Vortrag im Wellesley (Damen) College	an Jäckel 20.11.1927
18.11.1927	On international trade and cartels and their relation to world trade. New York	Wall Street Journal, 5.11.1927, p. 6
23.01.1928	The Gold Standard and the Control of Credit. Columbia. University, New York	an Jäckel, 24.12.1927 The New York Times, 22.1.1928, S. 49
25.01.1928	Politics and Finance in Europa. Columbia University, New York	The New York Times, 22.1.1928, S. 49
20.02.1928	The Problem of Europe. Yale University, New Haven	
15.06.1928	Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung. Arbeitgeberverband Textil, Königswinter	
20.07.1928	Vortrag in Mönchen Gladbach. Datum nur ungefähr	an G. Stolper 19.7.1928
18.09.1928	Deutschlands staatsfinanzielle Zukunft. Deutsche Zementindustrie, Köln	
21.09.1928	Individualismus oder gebundene Wirtschaft? Deutscher Groß- u. Überseehandel, München	
03.10.1928	Lohnniveau und nationale Zukunft. Verband Deutsche Papier- und Pappenindustrie, Berlin	
24.11.1928	Zwei Vorträge zum Konjunkturproblem. (Ein Vortrag bekannt: Der neueste Stand des Konjunkturproblems)	an Jäckel, 22.11.1928
08.12.1928	Die Tendenzen unserer sozialen Struktur. Verband der Chemischen Industrie, Berlin	
13.12.1928	Kann eine Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden ... ? R.-verband der Dtsch. Industrie, Berlin	im Brief an G. Stolper, 15.11.28, der 12.12.1928 genannt.
14.12.1928	Vortrag in Duisburg? Datum nur ungefähr.	an Stolper, 17.12.1928
25.01.1929	Wirtschaftspolitische Möglichkeiten. Verband der Glasindustrie, Berlin	
28.01.1929	Vortrag in Dresden	an G. Stolper, 3.2.1929
01.02.1929	Individualismus oder gebundene Wirtschaft? Eisen- und Stahlwaren Industriebund, Elberfeld	
29.04.1929	Referat über das volkswirtschaftliche Studium der Juristen. Vortrag im Preuss. Kultusministerium	

ULRICH HEDTKE: VORTRÄGE SCHUMPETERS IN DER BONNER ZEIT

10.05.1929	Vortrag in Kiel, Institut für Nationalökonomie	an Jäckel, 10.5.29; an Jäckel , 6.6.1929
12.05.1929	Nationalökonomie und Sozialpolitik. Lund	
22.05.1929	Ökonomie und Psychologie des Unternehmers. Verband Metallwalzwerk- u. Hüttenindustrie, München	
28.09.1929	Auskunft Schumpeters zur Kartellpolitik. Enquete-Ausschuss, Berlin	
20.12.1929	Akademische Vortrag, München	an T. Stolper, 22.12.29 und weitere Quelle
13.04.1930	Die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung. Ferienkurs der Universität, Bonn	
27.08.1930	Kapital im wirtschaftlichen Kreislauf u. in der Entwicklung. Bad Pyrmont	an G. Stolper, 1.7.1930
31.10.1930	Vortrag Schumpeter. Foreign Policy Association, Boston	Christian Science Monitor, 1.11.1930, pg.1
03.12.1930	The Financial Policy of Germany Since 1919. Harvard University	Christian Science Monitor, 3.12.1930, pg. 2
28.12.1930	The present word depression. Cleveland	
27.01.1931	Theoretical Apparatus of Modern Economist. Tokyo University of Commerce	
28.01.1931	The 'Crisis' in Economics - Fifty Years Ago. Tokyo University of Commerce	
29.01.1931	The Theory of the Busines Cycle. Tokyo University of Commerce	
30.01.1931	The Theory of the Busines Cycle. Imperial University of Tokyo	
09.02.1931	The Present State of Economics, or on Systems, School and Methods. University of Commerce Kobe	
10.02.1931	The Theory of Interest. University of Commerce Kobe	
20.07.1931	Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage. Seminarvortrag, Bonn.	
10.11.1931	Reparationen und Weltkrise. Bonn	
04.04.1932	Drei Vorlesungen über die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Kopenhagen	
28.04.1932	Soziale und wirtschaftliche Entwicklung	



ULRICH HEDTKE: VORTRÄGE SCHUMPETERS IN DER BONNER ZEIT

Frühjahr 1932	Zur Soziologie der Außenpolitik.	F. K. Mann in: Schumpeter, Das Wesen des Geldes, Göttingen 1970, S. IX
18.07.1932	Tendenz zum Sozialismus	
20.07.1932	Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Bonn	

## 2. Rede zum Volkstrauertag 1926 in der Bonner Beethovenhalle, Bonn<sup>66</sup>

### 2.1 Der Bericht der Bonner Zeitung

#### **Gedenkfeier in der Beethovenhalle abgehalten<sup>67</sup>**

[...] Nach dem vom städtischen Gesangsverein und Orchester vorgetragenen *Selig sind die Toten* aus dem deutschen Requiem von Brahms nahm Professor Dr. Schumpeter das Wort zur Gedenkrede. Ausgehend von den Schäden des Krieges und ihrem nur langsamen Verschwinden wies er darauf hin, dass ein Jahr doch nur Minuten in der Geschichte eines Volkes zähle und es ganz darauf ankomme, von welchem Zeitpunkt aus man die Geschichte eines Volkes betrachte. Wie ein Sieg nicht immer zu gunsten eines Volkes zeuge, so die Niederlage nicht immer zu seinen Ungunsten. Das Grundlegende sei, dass ein Volk sein Wesen bewahre, zeige aus welchem Stoff es gemacht sei und was die Zukunft von ihm zu erwarten habe. Den Heimgegangenen sei es nicht mehr vergönnt, an der Zukunft teilzunehmen, deren Tore sie uns öffneten. Jede Zeit habe ihre eigene Anschauung über Heldentum, jede Zeit ihr eigenes Verständnis für den Weg zum Tode. Unsere Helden, so schloss der Redner, lehrten uns diesen Weg als eine Form des Entsagens, als eine Form des Dienstes am Volk. Über kleinliches Parteiengozänke weisen die Toten hin auf die großen Ziele der Menschheit. Hören wir auf sie und glauben wir an den unsterblichen Genius Deutschlands! [...]

### 2.2 Der Bericht der Reichs-Zeitung

#### **Die Gedenkfeier in der Beethovenhalle<sup>68</sup>**

[....] Darauf nahm Professor Dr. Schumpeter von der Universität das Wort zur Gedenkrede: Deutschland gleicht einer trauernden Mutter, die sich immer wieder fragt, ob wirklich der nicht wiederkehrt, dessen Gestalt sie noch zu sehen glaubt. Trotz aller Trauer schließen sich allmählich die Wunden, der Einzelnen wie der Völker, wenn auch das Gegenteil manchmal der Fall zu sein scheint; es verschwinden die Verwüstungen

---

<sup>66</sup> Schumpeter hat an Gustav Stolper hierzu berichtet: „Wir haben jetzt die Serie von Befreiungsfeiern hinter uns, nur die mit Hindenburg steht noch aus. Ich kann nur den Geschmack bewundern, mit dem das gemacht wurde – und war auf das Sympathischste berührt. Die Kultur und das Niveau der Sache waren einwandfrei, so entschuldbar nach der Lage des Falls das Gegenteil gewesen wäre. Beispiel: Ich hatte auf Ersuchen der Stadt eine Gefallenengedenkrede zu halten. Da bei wurde ich eigens gebeten (!) der Volkstrauer ohne Bitterkeit, Revanchewendungen usw. Ausdruck zu geben.“ J. A. Schumpeter an Gustav Stolper. Bonn, 2.3.1926 In: Joseph A. Schumpeter: Briefe/ Letters. Ausgew. u. hrsg. von Ulrich Hedtke und Richard Swedberg, Tübingen 2000, S. 111

<sup>67</sup> Bonner Zeitung, 1.3.1926. Auszug aus dem Bericht.

<sup>68</sup> Auszug aus dem Bericht der Reichs-Zeitung, Bonn vom 1.3.1926 über die Gedenkfeier

des Krieges, es verschwinden zuletzt auch die moralischen Schäden und endlich wird für Europa ein neuer Tag leuchten. Im Leben der Völker sind die Dinge ganz anders, als sie zunächst erscheinen: ein Sieg zeugt nicht immer für ein Volk, eine Niederlage nicht immer gegen es. Das Wesentliche ist, dass das Volk sich bewährt, dass es der Welt zeigt, aus welchem Stoff es gemacht ist, was die Welt in der Zukunft von ihm zu erwarten hat. Und Deutschland hat erreicht, dass die Welt wieder auf es sieht und von ihm etwas erwartet. Die Gefallenen des Krieges haben uns den Tod vertraut gemacht als eine Form des Dienstes am Volk. Darum geben die Kriegergräber unserer Zeit Ernst und Würde. Sie sagen uns, dass das Leben nicht beschlossen ist im kleinlichen Parteikampf und in Sorgen des Alltags, sie weisen vielmehr hinaus nach großen Zielen Deutschlands und der Menschheit. Wir geloben, keinen Alltagsstaub auf diesen Kriegergräbern zu dulden, sondern der Botschaft, die von ihnen ausgeht, froh zu lauschen, die Blumen und Früchte, die aus ihnen sprießen, zu pflücken, aus ihnen Hoffnungen zu schöpfen für unser Vaterland und für die Menschheit, die Hoffnung und den Glauben an den unsterblichen Genius Deutschlands. [ ... ]

### 3. Die Kreditpolitik als Mittel zur Beeinflussung des Wirtschaftslebens. Bonn, 24. Juli 1926

#### 3.1 Der Bericht der Bonner Zeitung<sup>69</sup>

[...] Die Veranstaltung des Nachmittags eröffnet ein Vortrag von Professor Dr. Schumpeter über das Thema „Die Kreditpolitik als Mittel zur Beeinflussung des Wirtschaftslebens“. Wenn es auch, wie der Redner selbst anführte, ein schwieriges Unterfangen ist, diese wichtige Gegenwartsfrage wirtschaftspolitischer Praxis und ökonomischer Theorie im Rahmen einer so kurzen Abhandlung zu erfassen, so gelang es ihm doch in ausgezeichneter Weise, gerade das Wesentliche und Grundlegende dieser Frage in kurzen Zügen festzulegen und in seinen Wechselwirkungen zwischen wissenschaftlicher Definition und praktische Auswirkung auch einem dem Gebiete fernerstehenden Hörer vor Augen zu führen. Ausgehend von der katastrophalen Erscheinung der Defizitinflation, deren Auswirkung unser Vaterland bis zur Neige ausgekostete, die aber auch anderen Ländern nicht erspart blieb und bei unseren westlichen Nachbarn wieder verfolgt werden kann, erläuterte er sodann den Begriff der Kreditpolitik, wie sie vor dem Kriege bestand, und wie sie sich in der Nachkriegszeit unter veränderten Grundbedingungen herausgebildet hat. Ließ schon vor dem Kriege eine Bank sich bei der Gewährung von Krediten nicht allein von banktechnischen oder finanziellen Gesichtspunkten leiten, sondern betrachtete sie die Unternehmungen des eigenen Konzerns oder gewisser Gruppen mit anderen Augen als die ferner stehenden – womit der Begriff Kreditpolitik schon gegeben ist<sup>70</sup> – so hat die Nachkriegszeit mit der Möglichkeit bewusster und weitblickender Bevorzugung einzelner Industrien oder Wirtschaftsprobleme in dieser Kreditpolitik ein Mittel, das als Werkzeug in der Hand geeigneter und scharf denkender Männer zu einem ungeheuren Machtfaktor werden kann, Segen stiftend oder auch eine große Gefahr bedeutend, je nach Einstellung und Ziel derer, die darüber zu verfügen vermögen. Ein ausschlaggebender Faktor ist dabei noch folgendes: Banken und Kreditinstitute sind nicht nur, wie vielleicht vor einem halben Jahrhundert noch, lediglich Zwischenhändler mit Kredit, die ihre Depositen in geeigneter Weise an Kreditwerber weiterleiten, sondern sie haben die Möglichkeit und nützen diese in großzügiger Weise aus, über den Rahmen ihres eigenen und des anvertrauten Kapitals hinaus Kredite zu schaffen, also gewissermaßen aus dem Nichts, und durch diese Kreditmöglichkeiten vermag ein entscheidender theoretisch fast unbegrenzter Einfluss auf das wirtschaftliche Leben ausgeübt zu werden. Diese grundlegenden Begriffe erläuterte

<sup>69</sup> Bonner Zeitung, 26. Juli 1926

<sup>70</sup> In der Vorlage steht für „ist“ „hat“.

der Redner anhand von einzelnen Beispielen, allgemein bekannten Erscheinungen der Gegenwartswirtschaft, wie zum Beispiel die Goldanhäufung in Amerika, die Diskontpolitik der Zentralnotenbank und, für uns Deutsche eine sehr brennende Frage, die Auswirkungen der Reparationsverpflichtungen auf die deutsche Wirtschaft, namentlich aufgrund der rein zahlenmäßigen Festsetzung der Lasten von Uneingeweihten in ihren Gesamtfolgen so oft verkannt und zu leicht genommen.

### 3.2 Die im Vereinsmaterial publizierte Fassung<sup>71</sup>

#### **Kreditpolitische Wirtschaftstherapie**

Der Kriegsinflation ist in allen Ländern bekanntlich eine Friedensinflation gefolgt. In manchen Staaten, vor allen in Deutschland war sie einfach die Folge der Unmöglichkeit, die Staatsfinanzen schnell in Ordnung zu bringen. Aber auch in Ländern, in denen die Möglichkeit, die Kraft und der Wille vorhanden waren, koste es was es wolle, das Gleichgewicht im Staatshaushalt wiederherzustellen, vor allem in England und den Vereinigten Staaten, lief zunächst der Mechanismus der Inflation weiter, nur aus einem andern Grund: Während man bei uns Noten druckte, um den Staat zu finanzieren, so überfütterte man dort die Wirtschaft mit Bankkredit. Als man daran ging, damit Schluß zu machen, geschah es mit so brutaler Energie und einem so scharfen Ruck, daß die darauf folgende Krise, die allerdings auf alle Fälle unvermeidlich gewesen wäre, viel schlimmer wurde als es wohl nötig war. Aus der Stimmung dieser Deflationskrise und aus dem Anblick der Verwüstungen, die, scheinbar noch mehr als wirklich, die Währungs- und Kreditpolitik angerichtet hatte, erwuchs zunächst eine Gegnerschaft gegen das von ihr angestrebte Ziel, gegen die Wiederherstellung der Goldwährung. Nun wissen wir ja zwar seit langem: das Gold ist keine ideale Basis der Währung. Eine Goldwährung ist allen Zufälligkeiten der Goldproduktion ausgeliefert, was seit 1894 fortschreitende Entwertung der Geldeinheit bedeutet. Gewiß sichert es Stabilität der Wechselkurse. Aber dieser Vorteil wird mit Instabilität des Preisniveaus erkaufte. Und seit dem Kriege und der durch ihn und seine Folgen bewirkten Aufhäufung der Hälfte des monetären Goldvorrats der Welt in Amerika hat sich den, wie gesagt, nicht neuen Einwendungen gegen die Goldwährung, noch eine hinzugefügt: Heute bedeutet Goldwährung für ein Land, daß sein Preisniveau von der Politik des Federal Reserve Board abhängig ist. Und für alle Länder, welche den Ehrgeiz überhaupt haben konnten, ihre Geldeinheit auf die Friedensparität zurückzuführen, kam noch hinzu, daß diese Opera-

---

<sup>71</sup> Neunte Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn am 24. Juli 1926 in der Aula der Universität zu Bonn. Bonn 1926, S. 32-36

tion nur unter schweren Opfern und ernsten sozialen und wirtschaftlichen Erschütterungen möglich war. Das alles ist richtig. Trotzdem hat sich die Welt mit Recht für die Rückkehr zur Goldwährung oder Goldkernwährung entschieden. Denn alle Mängel des Automatismus des Goldes wiegen leicht gegenüber dem nach den Erfahrungen der Inflationszeit überragenden Vorteil, daß eine aus Gold bestehende oder an ein bestimmtes Verhältnis zum Gold gebundene Währung eben nicht willkürlich vermehrt werden kann.

Für uns kommt aus diesem Fragenkreis nur ein Punkt in Betracht, an den wir anknüpfen müssen: Wenn in einem Lande Goldwährung besteht, dann ist das Verhalten der Notenbank dieses Landes von der Rücksicht auf ihre Aufrechterhaltung beherrscht. Jeder andere volkswirtschaftliche Gesichtspunkt muß für ihre Leitung diesem einen gegenüber zurücktreten oder, richtiger gesagt, der Schutz der Goldwährung ist eben *der* volkswirtschaftliche Gesichtspunkt, nach welchem die Notenbank handelt. Ihre Kreditpolitik besteht wesentlich in einer Regulierung der Kreditgewährung unter diesem Gesichtspunkt. Das steht sogar in den meisten Notenbankstatuten und ist bis zum Kriege unbestrittene Praxis gewesen. Diesem Zwecke diene die Diskontpolitik, das, was man Devisenpolitik nannte, und alle die Maßregeln, welche aus diesen beiden folgten oder sie unterstützten. Und da Sinn und Hauptwert der Goldwährung in der Stabilität der Wechselkurse lag, so kann man auch sagen, daß die alte Bankpolitik eben bloß eine Politik der stabilen Wechselkurse war. Daraus folgt, daß auch das Verhalten aller anderen Banken sich diesem Ziel unterzuordnen hatte und auch über Kreditgewährung indirekt daran orientiert war.

Warum ist das so? Was hat denn der Kreditverkehr des geschäftlichen Lebens mit der Goldwährung zu tun? Wenn wir uns dessen erinnern, was in den alten und auch in den meisten neueren Lehrbüchern über das Wesen des Kredits steht, so können wir leicht um die Antwort verlegen sein. Eine Bank, so lesen wir da, ist ihrem Wesen nach ein Kreditvermittler, d.h. sie empfängt Spargelder oder momentan nicht benötigte Summen von ihren Kunden und leiht sie an andere Kunden aus, die Summen, die ihr langfristig zur Verfügung gestellt wurden, langfristig, die kurzfristigen eben kurzfristig. Wenn damit alles gesagt wäre, so wäre in der Tat nicht einzusehen, wie dieser Vorgang auf die Landeswährung wirken könnte. Gewiß gehen eine Menge bedeutsamer Wirkungen, bei denen wir uns nicht aufzuhalten brauchen, auch von diesem Vorgang aus. Gewiß stellt auch er der Kreditpolitik Aufgaben. Gewiß endlich können Fehler auf dem Gebiet dieser Art von Kreditgewährung sehr ernste Folgen haben, insbesondere wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig gebunden werden: Die Währung berührt das alles nicht, weder unmittelbar noch auf dem Umweg über das Preisniveau. Allein es ist eben nicht so, daß die Banken ausleihen würden, was sie von andern Leuten bekommen. Vielmehr schaffen sie die Zahlungsmittel zum großen Teile selbst, mit

denen sie Kredit gewähren. Schon dann, wenn eine Bank von jemand eine Summe in bar in Empfang nimmt, diesem Kunden daraufhin ein Kassaführungsguthaben begründet, und nun das empfangene Geld ausleiht, liegt eine Schöpfung von neuen Zahlungsmitteln vor. Denn der Deponent verfügt über sein Guthaben ganz so, wie wenn er das Bargeld noch hätte, und der, der den Kredit erhalten hat, über den erhaltenen Betrag auch. Schon in diesem Fall können zwei Leute gleichzeitig mit der gleichen Summe kaufen. Es ist ganz so, wie wenn diese Summe verdoppelt worden wäre. Noch deutlicher tritt dieser Sachverhalt beim Akzeptkredit zutage usw. Das genügt, um die Erscheinung zu identifizieren, die ich meine. Soweit ist also die Summe möglicher Kreditgewährung nicht durch die Menge des unabhängig von ihr vorhandenen disponiblen Geldes beschränkt, vielmehr immer wesentlich größer als diese.

Von dieser Erscheinung, die zwar niemand unbekannt gewesen sein kann, aber von der Wissenschaft bis auf unsere Tage konsequent übersehen wurde, geht die Kredittheorie aus. Sie zeigt, was hier nicht weiter zu verfolgen ist, daß grundsätzlich das Wesen des Kredits in jener Neuschöpfung von Zahlungsmitteln liegt und daß ohne sie die Finanzierung der industriellen Entwicklung der letzten hundert Jahre überhaupt unmöglich gewesen wäre. Wer sich des näheren für diese Gedankengänge interessiert, den verweise ich auf die Arbeiten von A. Hahn. Nun ist oft behauptet worden, daß auch Kreditgewährung in diesem Sinn nicht auf das Preisniveau zu wirken braucht. Bis zu einem gewissen Grad ist das richtig. Beim regulärsten aller Bankgeschäfte, beim Diskont eines normalen Kommerzpapiers, entspricht den neuen Zahlungsmitteln eine neue Warenmenge, die bereit ist, parallel mit den ersteren in Verkehr zu treten, so daß das Verhältnis zwischen Geld und Gütern und also das Preisniveau unbeeinflusst bleibt. Und da der Kredit und die von ihm geschaffenen Zahlungsmittel offenbar nur insofern auf die Währung wirken können, als sie auf das Preisniveau wirken, so wäre auch dieser Vorgang währungspolitisch gleichgültig. Aber abgesehen davon, daß in Bezug auf dieselbe Ware auf den verschiedenen Stufen ihres Produktionsprozesses mehrere Wechsel entstehen können und davon, daß je nach den Anforderungen, die eine Bank an die von ihr finanzierten Geschäfte stellt, eine sehr verschiedene Menge neuer Zahlungsmittel in den Verkehr gepumpt werden kann, wird solcher Kredit ja auch in Fällen gegeben, in denen noch kein solches Warenkomplement vorhanden ist. Der wichtigste Fall ist der der Finanzierung neuer Unternehmungen. Soweit diese mit neu geschaffenen Zahlungsmitteln erfolgt, wird zunächst der Geldumlauf vermehrt, aber nicht auch der Warenstrom. Freilich gleicht sich das normalerweise mehr als aus, denn schließlich kommen Produkte des neuen Betriebs auf den Markt, und wenn alles programmgemäß ausfällt, müssen die Produkte letzten Endes mehr einbringen als Darlehnsbetrag plus Zinsen. Aber das ändert nichts daran, daß die neuen Waren nicht gleichzeitig mit den neuen Zahlungsmitteln auftreten, also die von diesen sofort ausgehende Nachfrage

nach Waren vorerst keinem vermehrten Angebot begegnet, weshalb das Preisniveau steigen muß. Darin liegt die wahre Erklärung der Preissteigerung der Aufschwungsperiode, ebenso wie das Auftreten der neuen Produkte und das durch ihre Erlöse ermöglichte Rückströmen der neugeschaffenen Zahlungsmittel, die Preissenkung und damit die meisten Erscheinungen – auch die Stimmung – der regelmäßigen und normalen Depressionsperioden erklärt. In diesem Sinn kann man von Kreditinflation im Aufschwung und Kreditdeflation in der Depression sprechen. Der Vorgang ist einer Inflation durch Staatspapiergeld und einer Deflation durch dessen Einziehung durchaus analog und unterscheidet sich davon nur erstens dadurch, daß diese Inflation automatisch immer wieder beseitigt wird, während das beim Staatspapiergeld oder der Schaffung von Bankzahlungsmitteln für die Zwecke des Staats einer besonderen Operation bedarf, zweitens dadurch, daß ihr Angriffspunkt der Markt der Produktionsmittel und nicht, wie im Fall des Staatsbedarfs, der Markt der Produkte ist. Nicht nur also über die unabhängig von den Banken vorhandenen Geldmittel, sondern auch über die vorhandene Güterwelt ladet das Kreditgebäude aus. Die dadurch bewirkten Veränderungen des Preisniveaus sind, wie hier nicht weiter auseinanderzusetzen, ein wesentlicher Hebel im Mechanismus der wirtschaftlichen Entwicklung, im Prozeß der Entstehung neuer Unternehmungen und der Deklassierung alter.

Da haben wir also nun den Zusammenhang zwischen Kredit und Währung und die *währungspolitische* Seite der *Kreditpolitik*. Wenn das Preisniveau steigt, so wird Einfuhr erleichtert und Ausfuhr erschwert. Wenn das nur temporär eintritt und sich bald wieder ausgleicht, so braucht der Wechselkurs nicht in Gefahr zu kommen und es wird ein eventuelles Abströmen von Gold sehr bald durch ein Rückströmen gut gemacht werden. Ist die Kreditgewährung leichtsinnig und unsachgemäß erfolgt und werden insbesondere immer neue Kredite gegeben, um eingefrorene wieder flott zu machen, so kann auch eine solche Kreditinflation eine ernste Gefahr bedeuten. Daran sehen wir aber auch die *kreditpolitische* Seite der *Währungspolitik*: Die Rücksicht auf die Goldwährung ist nur der äußere Anlaß für die Notenbank, um eine noch viel wichtigere volkswirtschaftliche Funktion zu erfüllen. Denn da ein Steigen des Preisniveaus unter Umständen jedes schlechte Geschäft gut machen kann, so wäre mitunter ohne die Notwendigkeit, in letzter Linie in Gold zu zahlen, für die Bankwelt ein Motiv vorhanden, immer weitere Kredite zu geben und die Kaufkraft des Geldes immer weiter zu drücken, was schließlich zu ähnlichen Resultaten führen müßte wie Inflation für Staatsbedarf.

Aber die Sache hat zweifellos noch eine andere Seite. Wenn man den Mechanismus des Kreditwesens von unserem Standpunkt aus betrachtet – sagen wir also, um scharf zu präzisieren, vom Standpunkt der in seinem Wesen liegenden Inflation – und erwägt, welche gewaltige Bedeutung für das ganze wirtschaftliche Leben ihm zukommt, wie es



das Vehikel fortlaufender tiefgreifender Wandlungen ist und das unmittelbare Schicksal der wirtschaftlichen Klassen sehr oft davon abhängt, wie es funktioniert, so liegt der Gedanke nahe, es zum Einfallstor wirtschaftspolitischer Regelung zu machen. Mit der Waffe bewußter, planmäßiger Kreditinflation und -deflation kann man offenbar den Pulsschlag des Wirtschaftslebens wirksam beeinflussen. Betrachtet man die Aufrechterhaltung der Goldwährung als ein Prinzip, an dem wenigstens heute noch nicht gerüttelt werden soll, so ist damit freilich auch einer solchen Kreditpolitik eine Schranke gesetzt. Aber auch innerhalb dieser Schranke läßt sich gar manches erreichen.

Woran man zunächst denken könnte und tatsächlich in England gedacht hat, das wäre ein Versuch, jene Wellenbewegung, in der die wirtschaftliche Entwicklung verläuft, den steten Wechsel von Aufschwung und Depression durch geeignete bankpolitische Einflußnahme auf das Kreditvolumen überhaupt zu verhindern. Kein Zweifel, daß das möglich wäre. Jeden Aufschwung kann man niederhalten, wenn man die Kreditgewährung drosselt, jede Depression durch Kreditinjektionen lindern. Wer der Ansicht ist, daß Aufschwung und Depression lediglich in der Sphäre von Geld und Kredit wurzeln, daß ihnen gar keine Funktion im Lebensprozeß der Wirtschaft zukommt, daß der Aufschwung volkswirtschaftlich zwecklose Gewinne, die Depression volkswirtschaftlich zwecklose Verluste mit sich bringt, der wird die Kreditpolitik vor allem in dieser Richtung handhaben wollen. Ich halte diese Ansicht für verfehlt, und weil ich das an dieser Stelle nicht begründen kann, muß ich mich mit der Feststellung begnügen, daß, ob nun wünschenswert oder nicht, dieses Ziel erreichbar wäre. Doch gibt es Aufschwung und Depression auch außerhalb der normalen Wellenbewegung. Ein Beispiel wäre ein Aufschwung, der einfach Folge vermehrter Goldproduktion ist oder eine Depression wie jene, die wir soeben durchlebt haben. Und einen solchen Aufschwung zu bremsen und eine solche Depression zu mildern, hat sehr wohl Sinn.

Aber abgesehen davon, gibt es ein weites Feld kreditpolitischer Wirksamkeit. Man kann Industrien, die man für national besonders wichtig hält, oder denen große Zukunftschancen winken, auf Kosten solcher kreditpolitisch begünstigen<sup>72</sup>, die aus irgendeinem Grunde und von irgendeinem nationalen Gesichtspunkt aus als weniger wünschenswert erscheinen, oder deren Chancen sich zu erschöpfen tendieren. Man kann mancher Industrie kreditpolitisch über einen toten Punkt auf ihrem Weg helfen. Man kann in Zeiten der Arbeitslosigkeit Industrien begünstigen, die relativ viel Arbeiter einstellen können usw. Möglich, daß dieses Instrument der Wirtschaftspolitik viel zu fein ist für die Hände, die es heute gebrauchen würden, daß das Maß von Sachkunde und Unparteilichkeit, das hier erforderlich wäre, allein schon einen Gegengrund gegen die Verwirklichung der angedeuteten Möglichkeiten bildet. Darauf kommt es hier

---

<sup>72</sup> Im gedruckten Original steht „begünstigten“.

nicht an. Hier handelte es sich nur um eine Erkenntnis und um die Darlegung ihrer praktischen Bedeutung.

4. Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung. Königswinter, 15. Juni 1928<sup>73</sup>

Die Versuche, die *Lohnhöhe* durch bewußte Aktion zu beeinflussen und die Erörterungen darüber – bis zum Ende des 18. Jahrhunderts überwiegend in der Richtung tunlichst Niedrighaltens und seither überwiegend in der Richtung tunlichst Hochhaltens der Löhne – reichen bis in das Mittelalter zurück. Inmitten der wechselnden Anschauungen, Interessen und Machtpositionen ist die Wissenschaft nicht gut gefahren. Beide einander gegenüberstehenden Seiten haben ihr abwechselnd nicht nur Parteilichkeit vorgeworfen, was sehr oft nur allzu berechtigt war, sondern auch darüber hinaus sogar die grundsätzliche Möglichkeit eines unparteiischen Urteils in dieser Frage geleugnet. Dieser Sachverhalt verschwindet auch heute nur langsam unter dem Einfluß der modernen Fortschritte in der statistischen und theoretischen Analyse des Wirtschaftsprozesses, welche nach und nach den Bereich unbestreitbarer Tatsachen und Argumente und damit den gemeinsamen Boden ausweitet.

Die *Statistik* lehrt uns vor allem zwei Dinge: einmal den ganzen Umfang der tatsächlichen *Steigerung des Reallohnes im Laufe des 19. Jahrhunderts*, der Periode des im Wesentlichen ungehemmten Kapitalismus. Wie immer man diese Steigerung auf das Drei- bis Vierfache interpretieren mag, sicher beweist sie, daß der vom Sozialpolitiker oder Arbeitervertreter so sehr mißbilligte Hinweis auf *Zukunftsmöglichkeiten* kein leerer Trost ist. Nähere Betrachtung z.B. des Entwicklungsganges in *England* zeigt sogar die merkwürdige Tatsache, daß die Steigerung der Löhne am größten war in der Zeit völliger Machtlosigkeit der *Gewerkschaften* und völliger Passivität der Staatsgewalt, geringer in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und abwesend zwischen 1900 und 1913, in der Zeit aktiver Sozialpolitik und aufsteigender Macht der Gewerkschaften. Sodann zeigt die Statistik die *Schmalheit der Marge*, über die zwischen Arbeiter und Arbeitgeber überhaupt gestritten werden kann. Denn da die Arbeitseinkommen – allerdings nicht bloß die sprachüblich sogenannten Lohneinkommen – ungefähr drei Viertel der Einkommenssumme ausmachen und von dem Reste mindestens die Hälfte unter den Titeln von Steuern und Rücklagen abzuziehen ist, so bleibt offenbar für *reale* Lohn-erhöhungen – im Gegensatz zu inflationistischen Erhöhungen der *Geldlöhne* – ein bestenfalls nur kleiner Raum, dessen Überschreitung entweder erhöhtes Schuldenmachen im Ausland oder neuerliche Gefährdung der deutschen Währung bedeutet. *Schon vom Standpunkt der statistischen Ziffern beruht alle Hoffnung auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auf der Erhöhung der Produktivität*, und nur darauf könnte sie auch in einer sozialistischen Organisationsform beruhen.

<sup>73</sup> Vortrag vom 15. Juni 1928. Ordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie in Königswinter a. R. Quelle: Textiltagung in Königswinter am Rhein. Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung in der Textilindustrie. In: Deutsche Arbeitgeber Zeitung, Nr. 27, Beiblatt, 1. Juli 1928

Die *theoretische Analyse* lehrt uns ebenfalls zwei Dinge: Erstens, daß, so wie in einem lebenden Organismus oder in einer Maschine die einzelnen Teile aufeinander abgestellt sind und einander größenmäßig eindeutig bestimmen, so auch der sich selbst überlassene Wirtschaftsprozess eindeutig bestimmte Verhältnismäßigkeit aller koexistierenden Preise, Einkommen und Warenmengen erzwingt, deren willkürliche Abänderung Störungen im wirtschaftlichen Organismus hervorruft. Dieser Satz, den die moderne Theorie natürlich nicht entdeckt, sondern nur korrekt formuliert hat, ist von der einen Seite ebenso überschätzt wie von der anderen unterschätzt worden und mündet in ein Gewirre von Einzelresultaten, welche immerhin erhebliche Möglichkeiten erfolgreichen Eingreifens in die Lohngestaltung, aber eben dadurch auch deren *Grenzen* dartun. Wenn in der Praxis der Spielraum größer erscheint, so kommt das lediglich dadurch, daß die Last *jeder einzelnen* Lohnerhöhung jeweils zum Teil *abgewälzt* werden kann und daher den Reallohn anderer Arbeiterkategorien verringert.

Zweitens lehrt die ökonomische Theorie, daß, abgesehen von Übergangsstörungen, *alle Errungenschaften des wirtschaftlichen Fortschrittes zum größten Teil den Arbeitern automatisch zufallen*, und zwar auch dann, wenn der Fortschritt in einer Mechanisierung des Produktionsprozesses besteht. Dieser Satz ist sehr bestritten und nur vermittels eines komplizierten Gedankenganges korrekt nachzuweisen. Aber wengleich sein theoretischer Nachweis nicht leicht ist, so ist doch seine Bestätigung durch Tatsachen umso leichter: das Land vollständigster Rationalisierung, die *Vereinigten Staaten*, ist auch das Land des höchsten Reallohnes, die Länder geringster Rationalisierung sind zugleich die Länder des niedrigsten Reallohnes. Immer wieder wird behauptet, daß auch das Umgekehrte wahr ist, nämlich, daß künstliche Lohnsteigerungen die wirtschaftliche Entwicklung fördern, indem sie die Konsumtionskraft der Massen und damit die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes erhöhen. Das ist die moderne Form des uralten Laienvorurteils, das in früheren Zeiten verschwenderische Luxusausgaben für notwendig und förderlich erklärte. Der Irrtum entspringt und findet seine scheinbare Rechtfertigung darin, daß *vom Standpunkt jeder einzelnen Industrie* Lohnerhöhungen in *anderen* gesteigerte Nachfrage bedeuten können. Ist aber der Prozeß *allgemein*, so neutralisiert sich die Wirkung für alle Beteiligten, und niemand hat etwas davon. Selbstverständlich ist jede infolge steigender *Nachfrage nach Arbeit* eintretende Lohnerhöhung ein Symptom steigenden Reichtums und erfreulich und vorteilhaft für alle Interessengruppen. Aber durch eine künstliche Lohnsteigerung kann man das ebenso wenig hervorrufen, wie sich der Freiherr von Münchhausen an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpf gezogen haben kann. Da auch Staatsmänner und Wirtschaftsführer immer wieder diesen alten Gedankenfehler wiederholen, ist es nicht überflüssig, sich über ihn ganz klar zu werden.

Nach den Lohnsteigerungen von 1926 und 1927 ist vermutlich *das Niveau erreicht*, über das *unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Steuerbelastung nicht wesentlich hinausgegangen werden kann, ohne die Kapitalbildung und damit die künftige Lebenshaltung auch der Arbeiter zu gefährden*. Das ist praktisch der springende Punkt: Selbst wenn wir die Zuwachsrate des amerikanischen Reallohnes der Nachkriegszeit für uns nicht völlig erreichbar halten, so ist doch der Abstand, in dem sich die deutschen Löhne bewegen, größer, als die Verschiedenheiten der natürlichen Möglichkeiten rechtfertigen. Die Steuerlast erklärt die Differenz. Ihr Druck hindert, wie die entsprechend schnelle Entfaltung unserer Wirtschaftskraft überhaupt, so auch eine entsprechende Lohnentwicklung. *Nur zusammen mit der Steuerfrage kann die Lohnfrage gelöst werden*. Politiker und Arbeiter müssen wählen zwischen dem heutigen Finanzsystem und Lohnerhöhungen. Hält man das erstere fest und besteht man *zugleich* auf der letzteren, so spielt man mit der Gefahr einer Katastrophe.

5. Deutschlands staatsfinanzielle Zukunft. Köln, 18. September 1928<sup>74</sup>

Gute Finanzpolitik, große Finanzpolitik, Finanzpolitik, auf welche ein Volk stolz sein könnte, kann es heute bei uns nicht geben. Denn eine solche Finanzpolitik ist Dienst an der nationalen Zukunft, am wirtschaftlichen Schicksal kommender Geschlechter, eine Therapie des Volkskörpers. Deshalb bedeutet sie so gut wie immer Ent-sagung für den Augenblick, Verzicht auf Erfüllung einer Menge Wünsche politisch mächtiger Gruppen, deshalb ist sie fast immer unpopulär. Und um unpopuläre Finanz-politik zu machen, bedarf es einer tragfähigen und gesicherten, vor allem also homoge-nen Majorität im Parlament, die in der Lage und gewillt ist, die politischen Kosten einer solchen Finanzpolitik zu tragen und um der Zukunft willen das momentane Odium auf sich zu nehmen. Selbst dann gehört gute Finanzpolitik zu den schwierigsten Aufgaben des politischen Lebens, vor denen oft selbst die größte Macht versagt: Keine Regierung hat wohl jemals eine so starke Stellung gehabt wie die italienische von heute. Trotzdem mußte die gewaltige Führernatur, welche gegenwärtig über Italien herrscht und scheinbar tun kann, was sie will, in der Frage der Weinsteuern zurückweichen: Krieg und Frieden, die größten sozialen Umwälzungen könnte die italienische Regierung ma-chen – nur eine wirksame Weinsteuern nicht. Um wie viel schwieriger muß vollends die Stellung eines Finanzministers in einer Koalitionsregierung vom deutschen Typus sein, in deren schwache Hand die Weimarer Verfassung eine legale Machtfülle legte, die in groteskem Gegensatz zu ihrer politischen Machtlosigkeit steht, die mit einer buntsche-ckigen Gefolgschaft arbeiten muß – von der keine Teilgruppe sich wirklich mit ihr iden-tifiziert –, in deren Schoß schon der Finanzminister parteipolitischen Wünschen seiner Kollegen nach immer neuen Ausgaben und immer neuen Verzichten auf Einnahmen ausgesetzt ist und die ihn dann im Plenum des Reichstags völlig schutzlos läßt. Natür-lich muß dieser unerfreuliche Sachverhalt stets in Rechnung gestellt werden, wenn man, sei es die Leistungen der Vergangenheit, sei es die Möglichkeiten der Zukunft be-urteilen will. Und stets muß man unterscheiden zwischen dem, was bei uns wirtschaft-lich und finanziell möglich *wäre* und dem, was politisch möglich und zu erwarten *ist*.

Gleichwohl arbeiten wir alle – Politiker, Volkswirte und Sie, meine Herren – viel zu sehr mit der Wendung: „Politisch unmöglich“. Eben dadurch wird vieles wirklich un-möglich, was es sonst nicht wäre. Und wir gewöhnen uns einen finanzpolitischen Fata-lismus an, der zwar weder unzufriedenes Grollen noch das Erheben zusammenhanglo-ser Einzelforderungen hindert, wohl aber jene allein fruchtbare Art von Kritik, die das Ganze erfaßt, Positives bietet und zu Handeln und Erfolg führen kann. Übrigens ist es auf alle Fälle die Pflicht des Fachmannes, die Probleme sachlich und ohne Rücksicht auf

---

<sup>74</sup> Vortrag vom 18. September 1928 auf der Werkbesitzer-Versammlung des Deutschen Zement-Bundes in Köln. Quelle: Zement, Jg. 17 (1928), S. 1483-1488

politische Taktik zu behandeln. Der Arzt, der konstatiert, daß ein Patient lungenkrank ist und daher den Winter im Süden zubringen sollte, hat das Recht und die Pflicht das zu sagen und ist kein verstiegener Ideologe, wenn er es sagt, auch wenn er weiß, daß der Patient aus irgend einem Grund den Rat nicht befolgen will oder kann. Ebenso hat fachliche Diagnose auf finanzpolitischem Gebiet Sinn und auch praktischen Wert, auch wenn der verantwortliche Führer der Finanzpolitik in parteipolitische Notwendigkeiten so eingebettet ist, daß er ihrem Ergebnis auch dann nicht folgen kann, wenn er möchte. Sich damit auseinanderzusetzen, ist *seine* Aufgabe, und ich meine sogar, daß die Fachreferenten der Ministerien ihre Kompetenz überschreiten, wenn sie in ihren Vorlagen an ihren Minister von politischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten sprechen, wie es vorkommen soll. Auch ich will vor Allem davon sprechen, wie die Zukunft für uns aussehen würde, wenn wir sie lediglich vom Standpunkt wirtschaftlicher und finanzieller Daten betrachten, und nur nebenher davon, wie sie tatsächlich aussieht, mit Rücksicht darauf, daß schwache Regierungen eine schwache Finanzpolitik des Gehenlassens, des Nachgebens nicht nur tatsächlich treiben, sondern leider auch treiben müssen. Sachliche Kritik ist nie notwendiger als bei solchem Sachverhalt. Sie kann dazu beitragen, daß eine öffentliche Meinung entsteht, die den Fachleuten der Finanzverwaltung eine Stütze bietet, die zur Bundesgenossin des Ministers wird auch dann, wenn er sie momentan unangenehm empfindet: Auch Frankreich hat keine starken Regierungen und trotzdem ist es dem Mann, der heute an der Spitze der französischen Regierung steht, nun schon durch zwei Jahre gelungen, eine ideal richtige Finanzpolitik zu machen und annähernd normale Verhältnisse wiederherzustellen. Warum sollte ähnliches nicht auch bei uns denkbar sein, heute zumal, wo es doch nicht schwer sein kann einzusehen und andern begreiflich zu machen, daß die Finanzpolitik über das Schicksal des deutschen Volkes und seine Stellung in der Welt entscheiden kann?

Für unsere Übersicht wollen wir das Rechnungsjahr 1924 als Aussichtspunkt wählen, jenes Jahr, in welchem, auftauchend aus einem Meer von Not, sich glänzende staatsfinanzielle Möglichkeiten dem deutschen Volk darboten. Hätte ich Zeit, so wollte ich den weiten, steinigen und nicht durchaus ruhmvollen Weg schildern, den das Reich finanzpolitisch 1871 bis 1924 zurückgelegt hat: Wie schon Bismarck dem Reiche ein Finanzsystem gab, dessen Konstruktion auf unrichtiger Einschätzung der kommenden Entwicklung beruhte; wie dann an dem unzulänglichen Gebäude in unzulänglicher Weise herumgeflickt wurde und die von Fall zu Fall nötigen Einnahmeerhöhungen, die man „Finanzreformen“ zu nennen liebte, den Ereignissen nachhinkten; wie Anläufe, wie etwa die Stengelsche Reform, versandeten und wie sich aus ungenügender finanzieller Kriegsvorbereitung eine noch ungenügendere Kriegsfinanzierung ergab; und wie in der Nachkriegszeit die ganze Größe des Zusammenbruchs sich nicht bloß aus der gewiß unerhörten Schwierigkeit der gegebenen Sachlage, sondern auch aus der aller

gesunden Vernunft widerstreitenden Finanzpolitik erklärt. Doch lassen wir das. Eine brutale und im einzelnen nicht einwandfreie, aber doch zielsichere Politik hat dann Budget und Währung wiederhergestellt, richtiger gesagt, sie hat das Budget und damit die Währung wiederhergestellt. Denn im Grunde war zur Währungssanierung nichts anderes nötig als Ordnung im Staatshaushalt. Alles andere war Hilfs-, Vorsichts- oder Übergangsmaßregel. Die rücksichtslose Energie, mit der alle Kräfte zusammengerafft wurden, trug ihre Früchte: Ein Überschuß von 1144 oder doch, wenn man die Restausgaben abzieht, von 743 Millionen zeigte sich der staunenden Welt – freilich auch eine unnötig scharfe Deflationskrise.

Was war nun, vom Höhepunkt dieses Erfolges aus gesehen, die weitere Aufgabe? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich vor allem ändern von einer Vorstellung frei machen, deren Vorherrschen der Tod jeder gesunden Finanzpolitik ist. Nicht nur Vertreter der Interessen der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen – bei denen das am Ende begreiflich ist –, sondern auch die Meinung der Öffentlichkeit, der politischen Parteien und selbst der Fachleute schwört auf gewisse Grundsätze – z.B. parteimäßig verschiedene Ideale von Gerechtigkeit –, die sie unter allen Umständen durchgesetzt wissen wollen. Aber solche Grundsätze gibt es überhaupt nicht: Bald ist Einfachheit, bald juristische Vollendung, bald Belastung des Konsums, bald Belastung des Besitzes dem wirtschaftlichen Gesamtzustand angemessen. Wie es in der Medizin zwar allgemein wissenschaftliche Wahrheiten, aber dennoch keine auf alle Zustände anwendbare Heilmethoden gibt, so muß auch die Finanzpolitik, wenn sie einem Volke nützen und nicht schaden, eine Therapie seiner Wirtschaft und nicht ihr Fluch sein soll, auf einer Diagnose des wirtschaftlichen Gesamtzustandes, d.h. auf der Erkenntnis dessen beruhen, was ihm momentan nottut – oft kann in zwei Monaten das was vorher richtig war, schon wieder grundfalsch sein: Die Finanzpolitik von Walpole kann für die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts richtig gewesen sein und die Finanzpolitik, sagen wir, von Lloyd-George im Jahre 1910 ebenfalls, ohne daß das ein Widerspruch wäre. Eine technisch primitive Steuer kann unter Umständen, wenn einfach und billig, viel besser wirken als ein Wunderwerk der Verwaltungskunst wirken würde usw. Was nun war es, was Deutschland nottat im Jahre 1924? Es gab da *ein* und *nur ein* Ziel, das genau so wesentlich war wie vorher die Wiederherstellung von Budget und Währung, auf das alle Kraft zu konzentrieren war: Die Wiederherstellung der Kapitalreserven der Volkswirtschaft, die Vollendung des großen Umstellungsprozesses auf die neuen Verhältnisse. Es ist nicht überflüssig zu betonen, daß dieser Satz gleich wahr bleibt, von welchem Interessenstandpunkt man die damalige Lage auch betrachten mag. Und allen Interessen, den Arbeitern nicht weniger als den Kapitalisten, hätte eine entsprechende Politik genützt. Ja selbst vom Standpunkte marxistischer Doktrin war die Wiederherstellung des Kapitals das Gebot der Stunde: Denn erfolgreichen Sozialismus kann es auch nach Marx nur



geben in einer kapitalgesättigten Volkswirtschaft, und ebenso wie Marx die kapitalistische Entwicklung als eine Voraussetzung des Sozialismus begriff, so hätte er folgerichtig nach den Kapitalverwüstungen des Krieges tunlichst schnelle „Rekapitalisierung“ der Volkswirtschaft als erste Notwendigkeit begreifen müssen: Ein altes Stück Wirtschaftsgeschichte war hier zu wiederholen. Daraus folgt:

Erstens mußte natürlich Ordnung gebracht werden in das Chaos der Steuergesetzgebung der Inflationszeit. Das vorhandene Gewirre mußte systematisiert und koordiniert werden, und zwar unter dem Gesichtspunkt tunlichster Vereinfachung, der Beseitigung aller Hemmungen der wirtschaftlichen Kräfte. Es galt jene Reserve von Volkskraft dem Aufbau dienstbar zu machen, welche damals und noch heute im Kampf um die Steuerforderung, in Kontrolle und Rechtsschutz, in all der Arbeit des Steuerbeamten und des Steuerpflichtigen fruchtlos vergeudet wurde und wird. Nicht nur die Zahlung der Steuerbeträge lastet auf dem deutschen Volk, sondern die Art, wie diese Steuerbeträge festgestellt werden, bedeutet einen weiteren gewaltigen Kraftverlust und eine Desorganisation der geschäftlichen Tätigkeit, von denen niemand etwas hat.

Zweitens: Zur Rettung aus dem Defizit war eine Zusammenfassung aller staatsfinanziellen Macht in der Hand des Reiches vielleicht notwendig gewesen. Dann aber wurde diese Zentralisierung, der keine ähnliche Zentralisierung auf dem Gebiet der Staatsausgaben entsprach, zu einem Hindernis für gesunde Finanzpolitik, weil sie die Verantwortung für die Ausgaben von der Verantwortung für die Einnahmen trennte. Denken Sie wie Sie wollen über die Frage von Zentralismus oder Föderalismus im Staatsleben unseres Volkes – keinesfalls verträgt unsere Finanzwirtschaft ein größeres Maß von Zentralismus oder Föderalismus, als es auf jenen Gebieten des Staatslebens herrscht, welche die Ausgaben verursachen. Und jedenfalls ist die Autonomie unserer Gemeinden eine unabänderliche Tatsache, die nach ihrer Ergänzung durch ausreichende finanzielle Bewegungsfreiheit verlangt. Erst wenn die Gemeinden sich unter ihrer eigenen Verantwortung finanziell einrichten können, kann von ihnen vernünftige Wirtschaft verlangt werden.

Drittens war es geboten, die öffentlichen Ausgaben auf dem damaligen Niveau zu halten. Schon die Rücksicht auf die Währung gebot das. Es kam sehr viel darauf an, jenen Circulus vitiosus von steigenden Ausgaben, infolgedessen steigenden Preisen und dadurch wieder ausgelösten weiteren Lohn- und Gehaltsforderungen zu vermeiden, der die heutige schwierige Lage geschaffen hat. Abgesehen davon kann es natürlich eine rationelle Bewirtschaftung der steuerlichen Kräfte eines Volkes niemals geben, wenn jeder Überschuß die Politiker aller Lager solange nicht ruhen läßt, bis er in ein Defizit verwandelt ist.

Viertens mußte das Steuersystem so umgebaut werden, daß das, worauf es vor allem ankam, die Kapitalbildung, erleichtert und nicht wie bis dahin bestraft worden wäre wie ein Verbrechen.<sup>75</sup> Entlastung der Rücklagen, Belastung der Ausgaben – das war für das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch (gewiß nicht für alle Zeiten und Umstände) so sehr die richtige Politik, daß künftige Historiker Mühe haben werden, ihren Lesern zu erklären, wie es kam, daß unser Volk genau das Gegenteil tun konnte. Verzicht auf einige ohnehin unergiebigere Steuern, Einführung der Verbrauchseinkommensteuer (Abzugsfähigkeit der Rücklagen vom steuerpflichtigen Einkommen, was auch die Form der Herabsetzung der Einkommensteuer wäre, die dem Arbeiter einleuchten würde und müßte), Ersetzung der Körperschaftsteuer durch eine Dividendensteuer wie in Holland und eine Reform der Realsteuern – das wäre alles einerseits möglich und andererseits ausreichend gewesen.

So stark nun war die Logik der Situation, daß in allen diesen vier Richtungen wirklich etwas geschah. Am vollständigsten gelang die erste Aufgabe, die Ordnung des Steuerchaos der Inflationszeit. Sie wurde im Wesentlichen durch das Gesetzeswerk von 1925 geleistet, das in manchen Punkten die größte Anerkennung verdient. Was daran Beamtenarbeit und insbesondere juristische Beamtenarbeit ist, das ist zum Teil ganz ausgezeichnet, wie entsprechend der so gut wie ausschließlich juristischen Ausbildung unseres Beamtentums zu erwarten war. Es fehlte nur das geistige Band, der finanzpolitische Grundgedanke, die volkswirtschaftliche Vision. Jedes Problem ist für sich behandelt, jeder Paragraph für sich gedrechselt, ganz so wie er etwa vor dem Kriege oder in irgendeiner andern volkswirtschaftlichen Situation ausgearbeitet worden wäre. Besonders fehlt jede Rücksicht auf die beherrschende Notwendigkeit kraftsparender Einfachheit. Beispiele: Will man eine Vermögensteuer haben, so kann man sie sich fast ohne jeden besonderen Arbeitsaufwand für Beamte oder Pflichtige dadurch schaffen, daß man bei der Einkommensteuerveranlagung von den aus Besitz stammenden Einkommensbeträgen einen Zuschlag einhebt. Der Entgang, den diese Methode zur Folge hat, ist minimal. Aber wozu einfach, wenn es auch kompliziert geht? Statt der erwähnten kleinen Rechenoperation haben wir den Quälapparat der Vermögensbewertung. Oder: Der englische Staatsschatz zieht um 50 Prozent mehr als der deutsche aus der Tabakbesteuerung und das aus einer um ein Drittel kleineren Bevölkerung, ohne daß wir von Schwierigkeiten in der englischen Tabakindustrie hören und auf die denkbar einfachste Weise. Wir haben die ganze Industrie mit einem Kontrollnetz überzogen, unter dem sie schwer leidet. Doch muß hervorgehoben werden, daß einige der größten Ungereimtheiten immerhin damals verschwanden – so die Vermögenszuwachssteuer – und daß noch

---

<sup>75</sup> Was wirklich ein Verbrechen ist und steuerlich bestraft werden sollte, das ist Untüchtigkeit: Nicht hohe, sondern niedrige oder fehlende Rentabilität sollte steuerlich getroffen werden, ein Argument, nebenbei gesagt, für manche Formen der Realbesteuerung. (Eine Anmerkung Schumpeters)

andere, insbesondere einzelne absurde Steuersätze verschwunden wären, wenn sich die Absicht der Finanzverwaltung hätte durchsetzen können.

Weit weniger gut gelang die zweite Aufgabe, die finanzielle Auseinandersetzung mit den Ländern und namentlich den Gemeinden. Die gewählte Lösung des Problems enthält Punkte, die alle bisher beobachteten Nachteile von Autonomie und Zentralismus – das Problem existiert natürlich in allen Staaten der Erde – in sich vereinen. Dazu gehören vor allem die Grundsätze, nach denen bei uns die Überweisungen erfolgen. An sich sind Überweisungen ein unvermeidliches Element jedes Finanzsystems, das es nicht, wie das amerikanische, mit einer im Verhältnis zum öffentlichen Bedarf überreichen Volkswirtschaft zu tun hat. Aber bei uns sind die Überweisungen so geordnet, daß, während sie das Mittel sind, den Gemeinden die erstrebte Finanzautonomie zu versagen, sie zugleich alle die Nachteile verwirklichen, die von einer Finanzautonomie eventuell zu befürchten wären. Gemeindliche Finanzpolitik wird erschlagen, aber zugleich die des Reiches ruiniert, weil dieses die Verfügung über den größten Teil der Ergebnisse der natürlichen Steigerung der Einnahmen verliert, welche Verfügung das wichtigste Werkzeug in der Hand der Finanzverwaltung ist, und weil die finanzpolitischen Maßregeln des Reiches von der Rücksicht auf den Anteil der Länder und Gemeinden abhängig werden. Aber auch in den Punkten, in denen die Finanzverwaltung die gesunde Vernunft durchaus auf ihrer Seite hatte, so in der Ablehnung des unter den gegebenen Umständen undiskutierbaren gemeindlichen Zuschlags zur Einkommenssteuer, fehlte die politische Kraft zum Durchgreifen. Die Ablehnung nahm daher die Form einer halben Zusage an, wodurch für alle kommenden Finanzminister eine taktisch überaus schlechte Situation geschaffen wurde: Die Forderung nach dem Zuschlag wird auf Grund jener halben Zusage zu einem Pressionsmittel, dessen Vorhandensein die Stellung der Finanzverwaltung schwächt. Ängstliche und unsichere Taktik ist eben hier wie sonst die allergefährlichste.

Noch schlimmer stand und steht es mit dem dritten Programmpunkt, dem Sparen. Auch diese Notwendigkeit wurde nicht einfach verkannt – und wir haben denn auch wirklich einen Sparkommissär. Was verkannt wurde, das war das Wesen *des* Sparens, auf das es ankommt. Ohne die Bedeutung des Sparens in einzelnen Kleinigkeiten völlig negieren zu wollen, müssen wir uns doch klar darüber sein, daß damit nur ganz Unbedeutendes erreicht werden kann. Ernstliches kann auf dem Gebiet der eigentlichen Staatsverwaltung nur auf zwei Arten erzielt werden: Einmal durch Abbau von *Staatsfunktionen* – es ist ganz hoffnungslos, beim gegenwärtigen Umfang der Staatsaufgaben mit einer wesentlich geringeren Anzahl von Beamten auskommen zu wollen, wozu noch kommt, daß, soweit das möglich ist, der Rest, besonders in seinen höheren, durch den Typus des Ministerialrates repräsentierten Schichten ganz wesentlich besser be-

zahlt werden müßte. Zum andern kann in der öffentlichen Verwaltung dadurch gespart werden, daß schon die Gesetzgebung und dann die Verwaltungspraxis den Gesichtspunkt geringsten Aufwandes voran- und insbesondere über den Gesichtspunkt technischer Vollendung stellen würde. Eine Dividendensteuer z.B. erfordert nicht den zehnten Teil der Arbeit wie die gegenwärtige Methode der Besteuerung von Aktiengesellschaften - und kann doch ganz dieselbe Summe einbringen. Dabei muß stets beachtet werden, daß die Ersparnis für den Staat nur ein Teil des volkswirtschaftlichen Gewinnes ist, zu welchem auch die Freisetzung von Arbeitskraft beim Steuerpflichtigen gehört. Und in keiner dieser Richtungen wurde irgendwie Erhebliches erreicht.

Ein völliger Mißerfolg vollends war das Schicksal der ja nicht fehlenden Bestrebungen, den vierten Programmpunkt zu verwirklichen, dessen Notwendigkeit angesichts der aller gesunden Vernunft widerstreitenden Belastung ja auch von niemand übersehen oder geleugnet werden konnte oder kann. Haben einzelne Steuermilderungen auch in vielen Fällen schwierige Situationen erleichtert - die Liberalität im einzelnen Fall, welche die Vernichtung so mancher Existenz verhindert hat, ist eines der größten Verdienste unserer Steuerpraktiker -, so gibt es doch kaum einen Lichtpunkt im Bereiche der sog. Steuersenkungsaktion, welche eine gute Absicht und große Möglichkeiten hoffnungslos verdarb. Sie dauert, wenngleich in verändertem Geist, ja bis zum heutigen Tage fort und hat die Situation der Reichsfinanzen verschlechtert, ohne irgendwem wirklich zu nützen. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf das gegenwärtige Maß kann überhaupt nur parteitaktisch oder durch den Gesichtspunkt erklärt werden, die Überweisungen aus dem Reichsschatz nicht allzusehr anschwellen zu lassen. Sachlich ist sie nicht zu verantworten. Wie schon früher angedeutet, hat es gar keinen Sinn, Steuern im Allgemeinen für gut oder schlecht zu erklären. Gut oder schlecht kann eine Steuer nur für den Ort und die Zeit sein, um die es sich handelt. Und für Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage gibt es dem Grundsatz nach - in der gesetzestechnischen Ausführung stecken wesentliche Mängel, deren Beseitigung geboten wäre - keine bessere. An sie dürfte nicht zuerst, sondern im Gegenteil zuletzt und erst dann gerührt werden, wenn alles bei uns in Ordnung wäre, wenn Deutschland sich aus allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten so herausgearbeitet hätte, wie wir alle hoffen, daß es sich schließlich trotz allem und trotz unserer eigenen Politik herausarbeiten wird. Ihre volkswirtschaftliche Wirkung ist die für den Augenblick richtige, sie bringt keine unerträglichen Schikanen mit sich und sie hat den großen Vorteil, eine automatische Elastizität aufzuweisen. Ein anderes Beispiel: Sie wissen alle, was die lex Brüning ist. Angesichts der Tatsache, daß die Last der Einkommensteuer in den untersten Einkommenstufen minimal - gleichwohl aber ein wertvolles Erziehungsmittel zu staatsbürgerlicher Verantwortung - und der Ertrag für die Reichskasse nicht unbedeutend ist, angesichts ferner des steigenden Bedarfs für Fürsorgezwecke, ist schon jenes

Gesetz eine völlig verfehlte Maßregel und ein trauriges Symptom dafür gewesen, daß im Konkurrenzkampf der Parteipositionen das Interesse der Nation verstummt. Aber die Konsequenzen, die seither aus dieser Maßregel gezogen wurden, streifen an das Lächerliche. Als ob die Lächerlichkeit noch unterstrichen werden sollte, wurden die dem Steuerpflichtigen erwachsenden Entlastungen mit zwei bzw. drei Reichsmark pro Monat begrenzt. Wem soll das nützen? Ist in unserer heutigen Lage nicht gerade eine Steuer nützlich, die niemand fühlt und die doch etwas einbringt? Und während so vergeudet wurde, ging unsere Politik in weitem Bogen um alle wirklich reformbedürftigen Stellen unseres Finanzsystems herum.

Das Bild der allgemeinen Budgetpolitik der letzten vier Jahre ist dementsprechend trostlos. Schon 1925 war das Gleichgewicht gestört, denn auch ein aus früheren Überschüssen gedecktes Defizit ist ein Defizit. 1926 waren die Überschüsse im Wesen verzehrt. Und die Folgezeit arbeitet mit Dingen wie die dauernde Inanspruchnahme des Reichsbankkredits und kleinen Auskunftsmitgliedern. In vier Jahren stieg die Ausgaben-summe des Reiches von 7,2 auf 9,5 Milliarden, darin die Personalausgaben von 1613 auf 2605 Millionen. Und während anderwärts gewissenhafte Verwaltung der Staatsfinanzen zu den Aktiven bürgerlicher Politik vor der Geschichte gehört, steht heute bei uns ein sozialistischer Finanzminister vor der für ihn fast unlösbaren Aufgabe, finanzieller Vernunft Geltung zu verschaffen.

Das Morgen ist das Kind von heute. Aus der Entwicklung der Vergangenheit und dem Zustand der Gegenwart ergibt sich die Prognose, die wir gewinnen wollen. Vorher jedoch noch einen Blick auf die Lage, wie sie jetzt ist. Darf man sich auch nicht über ihren Ernst täuschen, so muß man sich doch auch vor jenem Pessimismus hüten, der oft nur eine Form des Leichtsinns ist. Die finanzielle Lage des Reiches ist schlecht, aber sie ist nicht unmittelbar gefahrdrohend. Neue Einnahmen sind allerdings unentbehrlich, aber in einem zunächst noch nicht beunruhigenden Umfang. Dieser Umfang ist deshalb schwer abzuschätzen, weil das zusätzliche Erfordernis von drei Unbekannten abhängt: Von der Solidität der Gebarung<sup>76</sup> – je solider diese, um so größer das Erfordernis –, von der Widerstandskraft des Ministers gegen weitere oder auch schon bewilligte Ausgaben und von dem Maße, in welchem ihm jene Geschicklichkeit eigen ist, welche Mr. Churchill so sehr auszeichnet, die Geschicklichkeit im Entdecken kleiner Auskunftsmit-tel. Aber ein paar hundert Millionen – ich meine, es können nicht mehr sein als 5 bis 600 – werden aufzubringen sein. Das wäre dann eine Finanzreform im Sinne der Vorkriegs-zeit, *also keine*, aber wenigstens ist das Problem sachlich durchaus lösbar. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die niemand wehe tun würde, könnte das Wesentliche liefern und für den Rest könnten die Getränke aufkommen. Ich bin kein Antialkoholiker, aber

---

<sup>76</sup> Ein österreichisches Wort: Haushaltsführung

trotzdem erscheint es mir als eine unentschuld bare Frivolität, daß in einem Lande, in welchem alles übersteuert ist, nur gerade das Trinken prämiert wird. Denn auf ein *Prämieren* des Trinkens kommt unsere Finanzpolitik heraus.<sup>77</sup> Hoffentlich gibt es keine Erhöhung der Erbschaftsteuern, die wegen ihrer Tendenz, Kapital in Einkommen zu verwandeln, gegenwärtig – wiederum: Nur gegenwärtig – zu den schlechtesten Steuern gehören, die es gibt.

Auch die Lage unseres Wirtschaftskörpers ist nicht ohne Schatten. Nur in jenen Zweigen, in denen, wie vor allem in der chemischen Industrie, große neue Taten vorübergehend hohe Erträge geschaffen haben, kann die Lage als befriedigend betrachtet werden, während überall sonst Raum zu Besorgnissen ist. Gleichwohl fehlen Lichtpunkte nicht völlig. Die Welt erholt sich, und die Ziffern der europäischen Produktion von Rohstahl und Kohle übertreffen schon die Vorkriegszeit. Deutschland hat Schritt gehalten. Es vermag 4 Millionen neuer Arbeiter zu ernähren und das auf Basis einer Lebenshaltung, welche die der Vorkriegszeit übertrifft. Das deutsche Volkseinkommen – wenn wir es für die Vorkriegszeit mit 43 Milliarden ansetzen können – hat dem Güterinhalt nach die Vorkriegeshöhe erreicht: In Geld heutiger Kaufkraft ist es um rund 50 Prozent gewachsen. Diesen Ziffern standen nun nach einer sehr verdienstlichen amtlichen Untersuchung an öffentlichen Ausgaben (Reich, Länder, Gemeinden) gegenüber: Im letzten Vorkriegsjahr 7232,6 und in 25/26 14 478 Millionen. Nehmen wir nun an, daß eine Steigerung von 50 Prozent bloß nominell und der Geldentwertung entsprechend wäre, so haben wir eine reale Steigerung um rund ein Drittel – was nur durch eine unzweckmäßige Verteilung der Last erdrückend sein könnte. Freilich kommen die Steigerungen seither und zum Teil unvermeidliche Steigerungen in der Zukunft noch hinzu. Aber in England steht die Sache folgendermaßen: Das englische Volkseinkommen in Geld gerechnet war im letzten Vorkriegsjahre 2,2 und ist jetzt 3,5 Milliarden Pfund, und die Steuerlast ist unterdessen von rund 200 auf rund 825 Millionen gestiegen, also etwas mehr als vervierfacht worden. Freilich ist diese Rechnung falsch. Sie übersieht, was auch unsere besitzsteuerfreudigen Politiker immer übersehen, nämlich die gewaltige, nur in Rußland noch übertroffene Besitzsteuer, die in der Eliminierung der öffentlichen Schulden lag, während in England 45,8 Prozent der erwähnten Summe auf den Dienst der Staatsschuld verwendet wird. Berücksichtigt man das, dann ist die Steigerung bei uns und in England ungefähr gleich. Aber der große Unterschied bleibt: England altert, es richtet sich auf einen Beharrungszustand ein, dem stark progressive Personalsteuern angemessen sind, obgleich auch in England sich so manches und darunter auch die Mil-

---

<sup>77</sup> Man stelle sich, wenn man kann, das Fürchterliche vor: daß der Liter Bier mit weiteren 10 Pfennigen belastet würde: Das allein würde die Schwierigkeit überwinden. Liegt solcher Gipfel von Entsagung wirklich außerhalb der moralischen Reichweite des deutschen Volkes? (Eine Anmerkung Schumpeters)

lion Arbeitsloser mit aus der Steuerpolitik erklärt – wollen denn auch wir schon alt sein, verzichten und beharren?

Wäre Deutschland eine Firma, für die rationelles Verhalten Selbstverständlichkeit ist, deren Leitung begreift, was es heißt, finanziell gesund zu sein und Reserven zu haben, dann würde sich uns nun keine ungünstige Prognose ergeben. Und wie Gedeihen des öffentlichen Haushalts, so könnte auch Gedeihen der Volkswirtschaft für eine nicht ferne Zukunft mit Zuversicht vorausgesagt werden. Da innere und äußere Kriegslasten und auch einzelne sozialpolitische und Fürsorgeausgaben mit der Zeit fortfallen werden, so beschließt das gegenwärtige Budget die Tendenz, sich auf den Vorkriegsstand – unter Berücksichtigung der Geldentwertung – automatisch einzustellen, und zwar ohne daß irgend etwas Wesentliches von unsern Sozialausgaben aufgegeben würde. Erleichterte man die Reichtumsentwicklung durch einen Umbau unseres Finanzsystems in der angedeuteten Richtung und vernichtete man nicht jede Hoffnung auf Entlastung dadurch, daß man für jede fortfallende Ausgabe eine neue und womöglich noch größere beschließt, dann kann sich in Deutschland ein solches Wunder zutragen wie in Ägypten unter der Verwaltung Cromer, welche aus einem Lande entsetzlicher Armut in zehn Jahren ein reiches machte. Dazu gehört auch eine rationelle Auseinandersetzung mit den Ländern und Gemeinden – alles überhaupt, was 1924 möglich und notwendig war und auch heute noch möglich und notwendig ist. Der Weg, der sich damals öffnete, kann, wenngleich mit verringertem Erfolg, auch heute noch gegangen werden. Und einen andern gibt es nicht.

Ein Punkt bezüglich der sozialpolitischen und Fürsorgeausgaben verlangt Präzisierung. Ich habe gesagt, daß diese Ausgaben getragen werden können und füge nun noch hinzu, daß sie auch getragen werden müssen. Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob ihr gewaltiges Ansteigen in diesem Tempo einerseits unvermeidlich und andererseits rationell war. Darüber jedoch kann kein Zweifel sein, daß sich diese Institutionen, einmal ausgeführt, nicht mehr abbauen lassen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die, wie vor allem die Ausgaben für Wohnungsfürsorge, wesentlich in abnormalen Zeitverhältnissen wurzeln: Bei einem Zinsfuß von 10 Prozent gibt es keine normale Bautätigkeit. Aber ebenso utopisch wie der Glaube, daß sich das einmal Gewachsene jemals wieder zurückschrauben läßt, ist der gegenüberstehende Glaube, daß seine Finanzierung – auf die Dauer und abgesehen von einem mäßigen Beitrag – aus anderen Quellen als aus dem Arbeitseinkommen möglich ist. Denn rund 75 Prozent der ganzen Einkommenssumme ist ja Arbeitseinkommen, wenngleich nicht bloß Einkommen der sprachüblich sogenannten Lohnarbeit. Und von den übrig bleibenden 25 Prozent muß selbst bei mildester Besteuerung und bei Beschränkung der Rücklagen auf das bescheidenste Maß reichlich die Hälfte durch diese Zwecke in Anspruch genom-

men werden. Die hier entscheidende Größe, nämlich jener Teil der Besitzeinkommen, welche konsumtiv ausgegeben wird, ist auf alle Fälle nur einem Teil der Last der Sozialgesetzgebung gewachsen. Auf alle Fälle also muß diese zu einem sehr erheblichen Teil auf das Arbeitseinkommen fallen. Daran kann kein Reichstag und auch kein Sozialismus etwas ändern. Geschieht das nun direkt, so liegt, wie schon gesagt, eine erzwungene Verwendung des Arbeitseinkommens nach bestimmter Richtung vor, was lediglich günstige Wirkungen hat. Geschieht das so wie jetzt, nämlich indirekt durch komplizierte Abwälzungsprozesse hindurch, so bedeutet das eine Störung des Wirtschaftslebens und eine Schädigung der Kapitalbildung, die auf die Dauer mit einer Schädigung des Arbeiterinteresses gleichbedeutend ist. Das ist der ganze Unterschied, und es hat gar keinen Sinn, vor diesem durchaus nicht geheimnisvollen Zusammenhang die Augen zu schließen und der Arbeiterschaft Besteuerungsmöglichkeiten der oberen Einkommenschichten vorzutäuschen, die bestenfalls in der Phantasie wohlmeinender Laien existieren.

Dieses Bild wird nun ganz verändert durch die Tatsache, daß Finanzpolitik Politik ist, die Tatsache, daß es bei uns unmöglich sein mag, eine rationelle Linie zu halten. Das ist durchaus nicht bloß die Schuld der linksstehenden Parteien. Insbesondere würden Sie unseren Sozialisten bitter Unrecht tun, wenn Sie glaubten, daß sozialistische Nationalökonomien zu hundert Prozent verurteilen würden, was ich heute gesagt habe. Aber daß sie selbst eine solche Politik machen, das ist natürlich zuviel verlangt. Das müßten schon bürgerliche Finanzpolitiker tun. Und solche Gegenspieler des Sozialismus, die seinen Vertretern gleichwertig wären, fehlen eben, wie die Partei fehlt, die ihnen folgen würde. Das ist das Unglück unseres ganzen öffentlichen Lebens und auch das Unglück unserer Sozialdemokratie, die darunter leidet und dadurch in eine schiefe Position kommt, daß sie keine große konservative Partei mit Churchills und Birkenheads an der Spitze sich gegenüber hat.

Und da das nun einmal so ist, so können wir uns nicht darüber täuschen, daß der mögliche Weg, den ich angedeutet habe, nicht der Weg ist, der eingeschlagen werden wird. Freilich gibts da und dort einen Hoffnungsschimmer, besonders nach zwei Richtungen: Die eine betrifft die Daweslasten. Mehr und mehr beruhigen sich, trotz aller zeitweiliger Rückschläge, die alten Animositäten. Mehr und mehr wird die Welt geneigt, Deutschland entgegenzukommen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Leistungen intern beschlossene Sache und fast zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Die andere Richtung, in der ich Hoffnung sehe, beruht auf der gesunden Vernunft unseres Volkes. Und hier ersteht rationeller Finanzpolitik mit der Zeit ein Bundesgenosse, der sich nur sehr langsam geltend macht, aber deshalb nicht unterschätzt werden darf. Das ist die Statistik und überhaupt die Durch-



forschung der Tatsachen und Zusammenhänge des Wirtschaftslebens. Es ist ja die einfache und beschämende Wahrheit, daß unsere Finanzpolitik auf Täuschungen und Irrtümern beruht, auf Täuschungen, denen sich der Laie über die quantitative Bedeutung der Unternehmergewinne und Kapitalisteneinkommen hingibt, auf Irrtümern über die volkswirtschaftlichen Wirkungen, die sich staatsfinanziell erzielen lassen bzw. ungewollt hervorgebracht werden. Solche Täuschungen und Irrtümer leben nicht ewig, zumal sie mit ganz einfachen Argumenten beseitigt werden können. Und die Erkenntnis, daß manches in seinen Wirkungen arbeiterfeindlich ist, was vom Standpunkt des Arbeiterinteresses verlangt zu werden pflegt, liegt nicht meilenfern.

Gleichwohl erhebt sich die Frage, wie sich die Dinge gestalten werden, wenn das alles nichts nutzt. Das ist leider ganz einfach zu sagen. Es wird das immer weitere Anschwellen der Staatsausgaben auf die Währung, das immer weitere Anschwellen der Steuern auf die Kapitalbildung und beides auf die Lebenshaltung aller Schichten drücken, schon in einer ziemlich nahen Zukunft. Dabei sind Wirkungen von einer ganz anderen Größenordnung zu erwarten als etwa jetzt schon festgestellt werden können. Denn aus zwei wesentlichen Gründen hat sich unser Finanzsystem bisher nicht so ausgewirkt wie es seiner Natur entspräche. Die unzulängliche heimische Kapitalbildung konnte bislang, wenn auch zu einem für sehr viele Zweige auf die Dauer untragbaren Zinsfuß, durch einströmendes fremdes Kapital ersetzt werden. Aus einer Reihe von Gründen ist zu erwarten, daß der, wenn ich so sagen darf, Nettozustrom im Lauf weniger Jahre versiegen wird. Außerdem wird immer übersehen, daß die desorganisierende Wirkung unserer Steuerpolitik auf die wirtschaftliche Motivation bisher deshalb nicht greifbar zu Tage trat, weil die Leute den Zustand für temporär halten und auch, weil eine durch Generationen erworbene Disziplin gewohnheitsmäßig fortwirkt, auch wenn ihre vernunftmäßige Basis fortgefallen ist. Aber das ändert sich. Auf die Dauer kann man die wirtschaftlich tätigen Leute nicht zu bloßen unbesoldeten Steuereinnehmern machen, ohne die Produktivität der Volkswirtschaft zu reduzieren. Langsamer würde sich dann das deutsche Volk emporarbeiten, schlechter würden unsere Kinder leben, intensiver würde die finanzielle Abhängigkeit vom Ausland fühlbar sein, als alles das sachlich nötig wäre.

Eben dieses letzterwähnte Moment ist vielleicht das Unangenehmste an der Sache: Das Bild, das sich eröffnet, ist trüb – und müßte es doch nicht sein. Der Mensch findet sich ab mit einem Schicksal, das er als unentrinnbar erkennt. Aber eine an sich durchaus mögliche freundliche Zukunft durch das eigene Verhalten zerstört zu sehen – das erst ist wahre Tragik.

## 6. Individualismus oder gebundene Wirtschaft?

6.1 Fassung vom 21. September 1928, Großhandelstag in München<sup>78</sup>

### **Individualismus oder gebundene Wirtschaft?**

#### I.

Meine hochverehrten Herren! Der Großhandel überhaupt und besonders der Überseehandel ist der Pionier des modernen Wirtschaftslebens und der modernen Lebensformen gewesen. Sich anpassend an die wechselnden Situationen, bald seine Tätigkeit ausdehnend auf Produktion – wie z.B. heute in Nordamerika vielfach geschieht – bald sich beschränkend auf die bloße Finanzierung des Warenverkehrs – wie das seit langem die Pariser Exporthäuser tun, welche den französischen Export nach Südamerika finanzieren – hat er an der wirtschaftlichen und damit auch an der sozialen Situation gebaut, vor der wir heute stehen und die uns zum Schicksal geworden ist. Konnte er sich auch niemals völlig ausleben, haben seine Interessen auch niemals politisch geherrscht und ist er auch stets dem Eingriff der inneren und äußeren Politik ausgesetzt gewesen, so war er doch stets eine der großen treibenden Kräfte der Wirtschaftsentwicklung und der reinste Repräsentant „kapitalistischen“ Wirtschaftsgeistes. Deshalb liegt Logik darin, daß Sie, die Sie bedrückt von vielen unmittelbaren Sorgen zu ihrer Tagung gekommen sind, doch nicht bloß diese auf ihre Tagesordnung gesetzt haben, sondern auch eine grundsätzliche Frage, deren Bedeutung über die unmittelbaren Interessen des Großhandels natürlich weit hinausgeht. Diese Frage lautet nicht, ob sich die Organisation der Volkswirtschaft in Umbildung befindet oder nicht. Alles Lebende ist stets in Umbildung begriffen, und niemals kann eine bestimmte Wirtschaftsform Ideal für alle Zeiten und Schluß aller Weisheit sein. Vielmehr handelt es sich nur darum, ob wirklich schon heute, wie nicht bloß von sozialistischer Seite behauptet wird, die private Initiative, wie sie sich in der Firma des einzelnen Industriellen und Kaufmanns und, wie wir gleich betonen wollen, auch in der von einzelnen Persönlichkeiten beherrschten Aktiengesellschaft und im Konzern eines Industriekapitäns verkörpert, in dem Sinn überwunden ist, daß der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens nicht mehr in ihr liege, daß es keinen Sinn mehr habe für ihre Bewegungsfreiheit wirtschaftspolitisch einzutreten und überflüssig wäre auf ihre Lebensnotwendigkeiten Rücksicht zu nehmen. Wichtigen Tendenzen der Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik aller Länder, zahlreichen fachlichen und laienhaften Urteilen über wirtschaftliche Fragen der Gegenwart liegt tatsächlich eine solche Auffassung zugrunde. Von Männern der Wissenschaft von internationalem Rang hat sich bisher nur einer, dafür aber auch einer der

---

<sup>78</sup> Quelle: Individualismus und gebundene Wirtschaft. In: Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels, Nr. 31/34, Oktober 1928, S. 61-67

allerersten, dazu bekannt, wenngleich mit sehr viel Einschränkungen: John M. Keynes – dessen Kampf gegen den Versailler Frieden ihn weit über den Fachkreis hinaus bei uns bekannt gemacht hat und dessen Berliner Vortrag über „Das Ende des Laisser faire“ die beste [wie] zugleich populäre und wissenschaftlich ernstzunehmende Formulierung dieses Standpunktes enthält.

So gestellt, ist unsere Frage von erheblicher praktischer Wichtigkeit. Der Mann, der im täglichen Kleinkrieg des praktischen Lebens steht, hat freilich das Gefühl, wie wenn alles, was geschieht, lediglich von unmittelbaren Gruppeninteressen und von Notwendigkeiten der Parteitaktik beherrscht wäre und Gesichtspunkte von größerer Reichweite gar keine Rolle spielten. So ist es auch – es sind schon Kriege lediglich aus parteitaktischer Notwendigkeit geführt worden. Aber gerade in wirtschaftspolitischen Fragen müssen Gruppeninteressen und auch Parteiideale, eben um sich politisch durchzusetzen, um die öffentliche Meinung werben. Und da ist es durchaus nicht gleichgültig, ob die Argumente, mit denen das geschieht, sachlich richtig sind oder nicht. In unserem Fall ist es praktisch durchaus nicht gleichgültig, ob im ganzen Volk der Glaube lebt, daß jeder Schritt zu planwirtschaftlicher Ausschaltung des Unternehmers unter allen Umständen ein Fortschritt ist, und beim Industriellen und Kaufmann selbst das desorganisierende Gefühl, daß er auf einem verlorenen Posten steht. Planwirtschaftliche Tendenzen haben dann eine Schlagkraft, die sich im Kleinsten und im Größten geltend macht und als Vorspann für jede einzelne derartige Maßregel dient, die sonst, nur durch besondere Umstände des einzelnen Falles oder durch offene Berufung auf ein Einzelinteresse verteidigt, einer kühlen öffentlichen Kritik begegnen und jeder Faszination entbehren würde. Wie sehr die Möglichkeiten sachlicher Erörterung gestiegen sind, dafür ist das im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebene Buch ein Zeichen, das den Titel „Wirtschaftsdemokratie“ führt. Man denke wie man will über die Behandlung, die unsere wirtschaftlichen Grund- und Einzelfragen da finden – der ernste Ton, das Streben nach dem sachlichen Argument und nach Vermeiden von Phrasen stellt es nicht unwürdig neben den Programmband der englischen liberalen Partei über „Britain's Industrial Future“, den eine Gruppe englischer Nationalökonomien für die Zwecke der liberalen „Summer Schools“ – eine ganz gute Einrichtung zur ökonomischen Schulung von Parteimitgliedern – zusammengestellt hat.

Nun wollen wir, um nicht unnötige Mißverständnisse zu erzeugen, es tunlichst vermeiden, Ausdrücke zu gebrauchen, deren Bedeutung nicht ausreichend präzise ist wie „Kapitalismus“ oder Ausdrücke, die politische, soziale oder philosophische Nebenbedeutungen und Assoziationen haben – die für uns vollständig irrelevant sind – wie z.B. Individualismus. Wir sprechen einfach von dem unter eigener wirtschaftlicher Verantwortung handelnden kaufmännischen und industriellen Unternehmer und stellen ihm die „gebundene Wirtschaft“ gegenüber, worunter wir sowohl eine grundsätz-

lich unbegrenzte wirtschaftliche Beteiligung von Staaten, Gemeinden usw., als auch alle Formen des planwirtschaftlich regelnden Verhaltens seitens dieser Körperschaften gegenüber der Sphäre der privaten Wirtschaftsführung verstehen wollen. Gleich sei bemerkt: Diese Gegenüberstellung kann sehr irreführend sein, und zwar nach zwei Richtungen. Der Gegensatz ist zu allen Zeiten von Laien und Fachleuten oft gleichgesetzt worden dem Gegensatz zwischen einer planlosen oder, wie man auch oft sagte, „anarchischen“ und einer planvoll geleiteten Volkswirtschaft. Das ist der erste der vielen Irrtümer, auf denen unkritische Begeisterung für gebundene oder Planwirtschaft beruht: Abwesenheit eines in einer Zentralstelle bewußt ausgearbeiteten und durch deren Verfügungen durchgeführten Wirtschaftsplans bedeutet noch nicht Anarchie der Produktion. Aus dem an der Situation und der geschäftlichen Notwendigkeit orientierten Verhalten der Industriellen und Kaufleute ergibt sich vielmehr von selbst ein organisches Zusammenwirken von solcher Präzision, daß ein Beschauer von einem anderen Planeten an das Vorhandensein eines bewußt ausgearbeiteten Planes glauben müßte. Sodann schließen sich beide Systeme tatsächlich nicht aus und ihr Gegensatz wird nur dann prinzipiell, wenn der Anspruch auf ausschließliche Geltung des einen oder des andern erhoben wird. Tatsächlich haben sie seit Jahrhunderten koexistiert. Jedem entgegengesetzten Willen zum Trotz tauchen private Unternehmungen mitten aus der bolschewistischen Herrschaft und z.B. gemein- oder gemischtwirtschaftliche Elektrizitätswerke in einem rein privatwirtschaftlich arbeitenden Industriekörper auf, wenn die Logik der Situation das erzwingt. Wir haben es nur mit jenem grundsätzlichen Anspruch zu tun. Wir haben uns zu fragen, welchen Sinn im Deutschland von heute jener politische Wille hat, der nach Planwirtschaft um der Planwirtschaft willen strebt, der die öffentliche Unternehmertätigkeit oder die öffentliche und korporative Bindung der privaten Industrie als an sich erstrebenswert und jeden Schritt in dieser Richtung schon deshalb als Fortschritt betrachtet, weil er eben ein Schritt in dieser Richtung ist. Allerdings ist diese grundsätzliche Tendenz zur Durchsetzung der Planwirtschaft oft schwer zu unterscheiden von der eben angedeuteten Erscheinung. Diese Durchsetzung zerfällt ja auch in einzelne Maßregeln, von denen jede einzelne der Wirtschaftspolitiker sich selbst und andern durch Argumente mundgerecht zu machen sucht, die sich nur auf den einzelnen Fall beziehen und nur gerade diesen einen Schritt rechtfertigen sollen – während umgekehrt ein jeder, der Planwirtschaft grundsätzlich will, versuchen wird, die einzelnen gemeinwirtschaftlichen Elemente, die das Wirtschaftsleben jeweils aus besonderen Gründen der einzelnen Fälle aufweist, als Symptome einer allgemeinen planwirtschaftlichen Tendenz zu deuten. Sie kennen reichlich Beispiele für beide aus Ihrer Praxis und aus den wirtschaftspolitischen Erörterungen der letzten Jahre.

## II.

Die wirtschaftspolitische Situation in dem uns interessierenden Belang ist ja ganz merkwürdig. Ein praktisches Experiment über die heutige Leistungsfähigkeit der gebundenen und der freien Wirtschaftsführung liegt unmittelbar hinter uns. Die gebundene Wirtschaft des Krieges und der ersten Nachkriegszeit kann nicht einfach damit abgetan werden, daß sie einer Situation von unerhörter Schwierigkeit gegenüberstand. Denn obgleich niemand verlangen konnte und verlangt hat, daß die gebundene Wirtschaft von damals eine normale Güterversorgung darbiete, so war doch das, was überhaupt erreichbar war, damals viel leichter zu erreichen als sonst: Der Konsument verzichtete auf alle Launen und war schon zufrieden, wenn er nur zu essen hatte. Die vorhandenen Produktionsmittelvorräte waren übersehbar wie sonst nie und alle die Elemente, welche die Schwierigkeit kaufmännischer Kalkulation ausmachen, fehlten fast völlig. Außerdem war das ganze System – von manchen sogar begrüßt als das Morgenrot einer neuen Zeit – besonders im Anfang getragen von einem so starken nationalen Willen, daß vieles leicht wurde, was sonst unmöglich ist. Trotzdem war das Resultat so, daß wirklich das Wunderbare geschah und dieses ganze planwirtschaftliche Bauwerk so gut wie völlig verschwand. Ich nenne das „wunderbar“, weil wir doch alle die Zähigkeit des Lebenswillens jedes einmal geschaffenen Verwaltungsapparates kennen, weil wir wissen, wie verzweifelt er sich in unserm Fall gegen seinen Abbau wehrte und weil die Zeit, in der dieser Abbau trotz allem erfolgte, erfüllt war von entschlossener Feindschaft gegen private wirtschaftliche Betätigung. Aber die Leute hungerten, und wandten sich, größtenteils noch mit dem antikapitalistischen Bekenntnis im Mund, dem Industriellen und Kaufmann zu in der instinktiven aber übermächtigen Überzeugung, daß nur er helfen und zum Erfolg führen könne. Wie ist sie nun ausgefallen, diese Gegenprobe aufs Exempel? Gehemmt durch die Überreste und die Widerstände der Organe und der Politik der voraufgegangenen Planwirtschaft, ihres Betriebskapitals, zunächst auch aller Vorräte, der Kreditmöglichkeiten und Auslandaktiven beraubt, von einer unrationellen Steuerpolitik belastet, inmitten aller Reibungen sozialer Desorganisation und solcher Zwischenfälle wie die Ruhrbesetzung, haben Industrielle und Kaufleute in fünf Jahren einen großartigeren Wirtschaftskörper geschaffen als ihn Deutschland vor dem Krieg hatte – der die vermehrte Masse der Bevölkerung besser ernährt, als die geringere vor dem Krieg ernährt wurde. Ich bin Theoretiker genug, um zu wissen, daß bloße tatsächliche Abläufe niemals vollgültige Beweise sind. Insoweit aber jemals die Wirtschaftsgeschichte etwas nachweisen kann, insoweit ist der Befähigungsnachweis der privatwirtschaftlichen Initiative vernünftigerweise nicht zu bezweifeln. In allen Ländern war das genau ebenso und doch fehlt nur in Amerika (und wohl auch da nur temporär) eine Mentalität, die mit der privaten Wirtschaftsführung lieber heute als morgen Schluß machen möchte.

Dieses Befähigungsnachweises hätte es aber gar nicht bedurft. Zwei Prophezeiungen sind seinerzeit der Epoche der Wirtschaftsfreiheit in die Wiege gelegt worden. Die eine entwarf ein Bild ungeheurer Möglichkeiten, welche die von staatlicher und korporativer Bevormundung befreite Energie des Industriellen und des Kaufmanns realisieren würde, die andere ein Bild immer zunehmenden Massenelends. Wir würden unsere Zeit verschwenden, wenn wir uns bei der Frage aufhalten wollten, welche von beiden Prophezeiungen recht behalten hat und ob der kühle Hinweis auf künftige Früchte, mit dem man den nur allzu berechtigten Klagen der Arbeiter am Anfang des 19. Jahrhunderts begegnete, ein leerer Trost war oder nicht. Selbst jene sozialpolitischen Errungenschaften, die wenigstens zum Teil im Kampf mit den kapitalistischen Interessen durchgesetzt wurden, sind insofern deren Werk, als die Erfolge der Unternehmer die Mittel geschaffen haben, deren Vorhandensein sie ermöglichte. Und in jenen Ländern, deren Entwicklung nicht oder nur wenig von politischen Hemmungen und außerkapitalistischen Einflüssen gebremst war – Dänemark z.B. – war schon 1913 der Zusammenhang zwischen Hunger und sozialer Frage zerrissen. Gleichwohl – mancher Soziologe wird sagen: eben deshalb – war die private Leitung der Volkswirtschaft schon damals Gegenstand einer abfälligen Kritik, die weit über den sozialistischen Kreis hinaus reichte und gerade, soweit sie nicht sozialistischen Quellen entsprang, praktisch besonders einflußreich war. Es ist hoffnungslos – wenngleich es überaus instruktiv wäre – in Kürze diese Mentalität und ihre wesentlichen Faktoren zu schildern: Da war die feudale und die intellektuelle Rancune gegen den persönlichen Erfolg der Wirtschaftsführer und des Geschäftsmannes überhaupt, beim Intellektuellen kompliziert durch den unschuldsvollen Glauben, daß er selbst alles viel besser machen könnte – beide Arten von Rancune zusammenfließend in der staatlichen Beamtenschaft: da war, besonders in Deutschland, der unkritische Glaube an den Staat und die Allweisheit der Behörde – ein letzter Abglanz des ungeheuren Prestiges des alten Fürstenstaates – ein Glaube, den das industrielle und kaufmännische Bürgertum, an jahrhundertelange Bevormundung gewöhnt, weithin teilte; da waren die Schichten, über welche die Räder der Wirtschaftsentwicklung gingen, vor allem große Teile des Handwerks; da war die Arbeiterschaft, die in einer Richtung und gerade in ihren nichtsozialistischen Teilen dem Ungeheuer Kapitalismus noch feindlicher gegenüberstand als heute, weil ihr die Einsicht in sein Wesen noch mehr fehlte als sie heute fehlt; und alle die politischen Tendenzen, die aus diesen Elementen der Situation ihre Kraft zogen und noch heute wirksam sind. Beschränken wir uns jedoch auf die argumentative Seite der Sache, fragen wir uns, was an jener Art von Kritik sachlich wahr und falsch ist. Beides läuft auch auf diesem engeren Feld fast unentwerrbar durcheinander und in den Nebeln der öffentlichen Meinung alliieren sich die primitivsten Irrtümer mit sehr gesunden Erkenntnissen, vorwissenschaftliche Denkweisen mit den letzten Fortschritten der Analyse.

Zunächst einige einfache Beispiele für solche Irrtümer oder Quellen von Fehlar-  
 gumenten – alle schon oft widerlegt und, was auf keinem andern Gebiet sonst vor-  
 kommt, trotzdem immer wieder auftauchend, so daß sich niemand ihrer zu schämen  
 braucht oder befürchten muß, sich mit ihnen zu blamieren. Da ist z.B. die rein gefühls-  
 mäßige Freude vieler Leute über jeden neuen Staatsbetrieb als solchen. Jene Sozialisten,  
 die in produktiver Tätigkeit des Staates oder der Gemeinden eine Sozialisierungsmethode  
 sehen, haben ein Recht, sich über dergleichen zu freuen. Aber beim Nichtsozialisten  
 ist die Freude vernunftmäßig überhaupt nicht zu erklären, fließt sie vielmehr aus  
 derselben Einstellung, die während des Burenkrieges jeden Bettler in den Straßen von  
 London von „unsern“ südafrikanischen Untertanen sprechen ließ, wie wenn sie seine  
 Untertanen wären oder er auch nur das Allergeringste von der politischen Herrschaft  
 Englands in Südafrika gehabt hätte. Ähnlich fühlt sich so mancher einem Staats- oder  
 Gemeindebetrieb irgendwie näher als einem privaten, obgleich er an Argumenten für  
 seinen Standpunkt höchstens anführen könnte, daß die öffentliche Leitung eines Betrie-  
 bes doch „selbstverständlich“ besser sein müsse als die private, weil sie im Dienst des  
 öffentlichen Wohles stehe, während der private Betrieb eben im Privatinteresse geleitet  
 sei, oder daß die öffentliche Unternehmung billiger arbeiten müsse als die private, weil  
 sie doch keinen Gewinn herauswirtschaften brauche. Mag sein, daß es nicht der Mühe  
 wert und nicht ohne Banalität möglich ist, diese beiden Argumente zu widerlegen, aber  
 zwei Dinge sind zweifellos: Erstens daß in diesen Argumenten eine ungeheure politi-  
 sche Kraft liegt und daß sie im Unterbewußtsein auch bei Leuten wirken, welche die  
 Zumutung, daß sie dergleichen glauben, als Beleidigung zurückweisen würden: zwei-  
 tens daß das Niveau unserer volkswirtschaftlichen Bildung ein solches ist, daß man die  
 Leute suchen muß, die korrekt angeben können, worin der Fehler jener beiden Argu-  
 mente liegt.

Bei dieser Gelegenheit sei auch das gegenwärtig so populäre Argument berührt,  
 daß das tadellose Funktionieren von öffentlichen Betrieben die Expansionstendenz der  
 öffentlichen Körperschaften auf diesem Gebiet schon für sich allein rechtfertige. Ich sa-  
 ge nicht, daß diese Tadellosigkeit naturgemäß Ansichtssache sein muß oder daß Bei-  
 spielen dieser Tadellosigkeit Beispiele von Mißerfolgen gegenüberstehen oder daß die  
 Erfolge mitunter offenbar einiges zu tun haben mit steuerlichen Privilegien, Absatzsi-  
 cherung, verbilligtem Kredit oder gar mit dem Umstande, daß die Kostenkalkulation  
 und besonders die Kalkulation der fixen Kosten nicht geeignet ist, ein richtiges Bild zu  
 geben. Denn so unbestreitbar alles dieses ist, so liegt der entscheidende Punkt doch an-  
 derswo. Auch wenn öffentliche Betriebe aus keinem dieser Punkte der Kritik ausgesetzt  
 sind und einwandfrei nachgewiesen werden kann, daß sie wirklich und nicht bloß  
 scheinbar tadellos funktionieren, so beweist das nichts. Denn die privatwirtschaftliche  
 Welt, in die sie eingebettet sind, lehrt sie, was sie zu tun haben, mehr als das, nötigt  
 ihnen den Fortschritt in Gestalt neuer Maschinen usw. auf. Man könnte sogar sagen,  
 daß, abgesehen von den Störungen der Übernahme, geradezu die meisten privaten Be-

triebe von öffentlichen Körperschaften in der jeweils gegebenen Weise weiterbetrieben werden könnten. Die Schwierigkeit entsteht bei der neuen Situation, die Anpassung der bisherigen Praxis erfordert, und bei der Durchsetzung von neuen Dingen. Das ist die Hauptfunktion der privaten Unternehmung sowohl in der Industrie wie im Handel. Wären die großen Neuerungen des 19. Jahrhunderts oder auch der Gegenwart nicht aus der Privatindustrie, sondern aus staatlichen und gemeindlichen Betrieben hervorgegangen, dann könnte man von einem bedeutsamen Symptom dafür sprechen, daß öffentliche Wirtschaftsführung in die Funktionen und Leistungen der privaten hineinwachse. Aber so ist die Sache ja nicht, nicht einmal auf einem Gebiet, das sich verhältnismäßig so leicht von der Staatsverwaltung betreuen läßt wie das Eisenbahnwesen. Ohne den gewiß sehr guten öffentlichen Bahnverwaltungen Deutschlands zu nahe treten zu wollen – die Wurzeln der großen Leistungen auf diesem Gebiet, die das Antlitz der Erde umgestaltet haben, liegen nicht bei ihnen, sondern bei der privaten Unternehmertätigkeit, die ihnen vorausgehend den Weg wies, und in den privaten Leistungen in England und besonders in Amerika. Ebenso wenig als der Hinweis auf erfolgreiche laufende Verwaltung ein Argument für die öffentliche Wirtschaftsleitung ist, ebenso wenig ist das Vorkommen augenfälliger und selbst beschämender Mißerfolge für sich allein ein Argument gegen sie: Nicht darauf kommt es an, daß Mißerfolge vorkommen, sondern auf den Umstand, daß in der privaten Industrie und dem privaten Handel die Mißerfolge automatisch ausgeschieden werden – der wirtschaftlich unzweckmäßige Betrieb geht zugrunde oder wird stillgelegt –, während dieser Kontrollapparat beim öffentlichen Betrieb praktisch fehlt und der schlechteste Betrieb beliebig lange überleben kann: Dabei halten dann die bekannten „öffentlichen Rücksichten“ her, aus denen der schlechte Betrieb gleichwohl aufrecht erhalten werden müsse. Wie eine Reform eines veralteten Industriekörpers in der öffentlichen Hand aussehen würde, dafür ist unsere heutige Erörterung über die Verwaltungsreform ein Beispiel.

Damit streifen wir eine andere Quelle von Fehltrüben. In der politischen Erörterung werden die Leistungen und Möglichkeiten der privaten und der öffentlichen Wirtschaftsführung notwendigerweise miteinander verglichen. Dieser Vergleich ist natürlich immer schwierig, weil wir so gut wie nie in der Lage sind, beide Formen unter genau gleichen Bedingungen am Werke zu sehen. Aber er wird sinnlos, wenn man, wie es fast immer und in bestem Glauben geschieht, die Resultate beider Systeme mit verschiedenem Maße mißt. Das heißt nicht etwa nur, daß ein jeder die eine Alternative voll Liebe und die andere voll Abneigung betrachtet, sondern daß der grundsätzliche Fehler begangen wird, ein Idealbild der einen mit der Wirklichkeit der andern zu vergleichen. Beispiele: In seiner beifälligen Besprechung der Berliner Vorträge von Keynes, sagt niemand geringerer als Sidney Webb, daß unter den Dingen, welche das alte Argument für freie Wirtschaft übersehen haben, auch die Tatsache sei, daß Unternehmer und Konsumenten weder allwissend noch selbst auf der Höhe des jeweiligen Wissens seien. Und der Staat ist wohl allwissend? Gewiß behauptet Webb einen solchen Unsinn nicht



ausdrücklich, aber wenn jene Wendung in diesem Zusammenhang Sinn haben soll, so ist er impliziert. Oder: In der heutigen englischen Diskussion unserer Frage spielt das auf Marshall zurückgehende Argument eine große Rolle, daß der Staat „can take the longer view“, d.h. daß der Staat sein wirtschaftliches Verhalten an Gesichtspunkten orientieren könne, die weit in die Zukunft ragen, während der private Betrieb in seinem Lebenskampf sich von der kurzfristigen Situation beherrschen lassen muß. Darin stecken gleich drei potentielle Fehler. Erstens bedeutet dieses Beherrschtsein von der jeweiligen Situation zugleich prompte Anpassung an diese und damit einen wesentlichen Vorteil. Zweitens könnte der Staat so langfristige Politik nur in einzelnen Fällen, aber nicht in Bezug auf das ganze Wirtschaftsleben eines Volkes betreiben, weil er sonst an jene Schranke stößt, die man als Kapitalmangel bezeichnet. Drittens aber – und darauf kommt es hier an – ist es gewiß richtig, daß der Staat oft Politik auf längere Sicht machen könnte als eine Privatindustrie. Aber die Frage ist ja eben, ob er sie bei der Art seiner Willensbildung treiben würde. Und da sehen wir doch, daß tatsächlich das genaue Gegenteil der Fall ist. Der ganze heutige Lohnkampf ist seinem Wesen nach ein Kampf zwischen dem Interesse an möglichst großer Konsumtion im Augenblick und dem Interesse des Ausbaues unserer Wirtschaftsmöglichkeiten für die Zukunft. Wo in diesem Kampf die politischen Parteien stehen und wie sich eine politisch bedingte Wirtschaftsleitung in bezug auf die Rücklagen der Industrie verhalten würde, ist leider ausreichend klar. Und die Investitionspolitik unserer privaten Wirtschaft ist ebenfalls klar – tatsächlich ist das Interesse des privaten Unternehmers gegenwärtig der einzige Hort unserer wirtschaftlichen Zukunft.

Eine andere bei aller Primitivität praktisch sehr wichtige Quelle von Fehlurteilen: Eine so gewaltige Maschine wie die moderne Volkswirtschaft arbeitet natürlich nicht fehlerfrei, zumal sie sich eben in steter Umbildung befindet. Man braucht nun bloß den Blick auf eine solche mangelhafte Stelle zu konzentrieren und dieser Stelle in Gedanken die ganze wirtschaftliche Macht des Staates gegenüberzustellen, um selbstverständlich zum Resultat zu kommen, daß der Mangel durch einen geeigneten staatlichen Eingriff behoben werden könnte. Solche Urteile fehlen meist schon sachlich dadurch, daß sie nur das Stück des volkswirtschaftlichen Zusammenhangs sehen, das unmittelbar in die Augen springt: So hat in der Erörterung über den Plan eines staatlichen Getreidehandelsmonopols der Hinweis auf unzureichende Kapitalkraft des privaten Getreidehandels eine Rolle gespielt. Aber wie könnte das anders sein, wenn der Getreidehandel in der Hand des Staates läge? Da wir doch nicht annehmen wollen, daß Finanzierung durch Inflation gemeint sei und da der private Handel sich ausländischen Kredit nicht nur ebenso gut sondern besser verschaffen kann als das Reich – einer der Gründe für den schnellen Aufschwung nach Beseitigung der Zwangswirtschaft –, so bleibt nichts anderes übrig als die erforderlichen Mittel im Inlande entweder durch Steuern oder durch Anleihen in Anspruch zu nehmen. Das geht gewiß, nur muß dann das Kapital in genau gleichem Betrage an einer andern Stelle der Volkswirtschaft fehlen, und zwar an

einer Stelle, wo es noch schwerer zu entbehren ist, denn sonst wäre es nicht dort. Wie die schönsten Pläne dieser Art an dieser Schwierigkeit scheitern, so erklärt sich doch eben daraus der Erfolg in der Öffentlichkeit, der ihnen fast niemals fehlt: Den Mangel, über den man sich gerade ärgert, sieht man und seine Beseitigung empfindet man dankbar. Die Opfer aber, die die Beseitigung kostet, sind, obgleich im allgemeinen größer als der Nutzen, doch so über die ganze Volkswirtschaft verteilt, daß niemand die Schädigung präzise lokalisieren kann: Irgendwo werden Arbeiter arbeitslos, irgendwo verkümmern einige Betriebe – wer beachtet das? Abgesehen davon aber ist natürlich bei einem Vergleich zwischen zwei Organisationsformen das Resultat eines Vergleiches zwischen Einzelpunkten für ein Gesamturteil niemals relevant.

Weiter: Die Wirtschaft der privaten Initiative war das Resultat eines langen historischen Prozesses. Einerseits hat sie sich nur langsam und unter Kämpfen durchgesetzt und ihre Entwicklungskrankheiten – Arbeiterelend, vehemente Krisen – wurden und werden oft für ihrem Wesen eigene Züge gehalten – in grotesker Überzeichnung bilden sie z.B. die praktisch wichtigsten Bausteine des marxistischen Systems. Andererseits hat sich diese Wirtschaftsform ja nie und nirgends völlig durchgesetzt. Nicht nur die geistige und wirtschaftliche Erbschaft früherer Zeiten, auch ihrem Wesen fremde wirtschaftliche und soziale Machtpositionen haben sich in ihrem Milieu erhalten, seine Entwicklung gemodelt und abgelenkt, und so hat sich für die soziale Kritik jene unsterbliche Verwechslung ergeben, Kraft deren immer wieder dem modernen Wirtschaftssystem vorgeworfen wird, was sich nur daraus erklärt, daß es sich nicht vollständig durchsetzen konnte – so die immer wieder auftauchenden merkantilistischen Tendenzen, so auch jene Gruppe von Erscheinungen, die man unpräzise unter dem Sammelnamen „Imperialismus“ begreift. Und immer wieder wird dem Wirtschaftssystem Schuld gegeben an unhaltbaren Situationen – um ein Beispiel anzuführen: Die Zuckersituation vor der Brüsseler Konferenz – die eben durch „regulierende Eingriffe“ geschaffen wurde.

### III.

Das soll nicht heißen, daß die private Wirtschaftsführung ein unantastbares Ideal ist. Die Nationalökonomie von vor hundert Jahren oder, richtiger gesagt, die populäre Darstellung ihrer Resultate hat das behauptet. Und diese Position wurde von der neueren Analyse als unhaltbar erwiesen, nicht etwa nur in dem Sinn, daß die Wirtschaftsfreiheit kein Ideal für alle Orte und Zeiten sei – was selbstverständlich ist –, sondern in dem viel weitergehenden Sinn, daß auch rein theoretisch genommen und unter Absehen von allen Funktionsstörungen, völlige Wirtschaftsfreiheit nicht das leistet, was unsere Vorgänger ihr nachsagten. Vor allem sagte ein in der populären Literatur allerdings bis zur Entstellung übertriebenes Theorem, daß die Wirtschaftsfreiheit das Ma-

ximum der unter den gegebenen Umständen möglichen Bedarfsbefriedigung für die gesamte Volkswirtschaft gewährleiste. Der Umstand, von dem sehr oft die Kritik dieses Satzes ausging, nämlich daß unter den „gegebenen Umständen“ auch die jeweilige Reichumsverteilung ist, bedeutet zwar weniger als man glauben könnte. Denn abgesehen von relativ geringfügigen Ausnahmen hat die Reichumsverteilung der kapitalistischen Gesellschaft ihre soziale Funktion, und es wäre nicht schwer nachzuweisen, daß fast jeder Versuch sie zu ändern mehr Schaden als Nutzen stiften würde. Aber es läßt sich zeigen, daß das Theorem insofern nicht richtig ist, als sich regulierende Eingriffe denken lassen, welche den Befriedigungszustand aller Glieder der Volkswirtschaft über jenes der unregulierten Wirtschaftsfreiheit zugängliche Maximum erhöhen. Der einfachste hierher gehörige Fall ist die Förderung der Expansion von Industrien, deren Einheitskosten bei Expansion sinken, auf Kosten der Expansion von Industrien, deren Kosten bei Expansion steigen. Daß ferner eine planmäßig auf Stabilhalten des Preisniveaus gerichtete Politik einer volkswirtschaftlichen Zentralstelle – die in der Regel die Notenbank sein würde – viele Störungen vermeiden kann, denen die Volkswirtschaft bei unregulierter Kreditgewährung ausgesetzt ist, ist eine alte Geschichte, die nur neuerdings mehr Beachtung findet. Und daß ganz allgemein die moderne Durchforschung des Wirtschaftskörpers Möglichkeiten erfolgreicher Eingriffe eröffnet, ist zweifellos.

Man beachte nun die paradoxe Situation der wirtschaftspolitischen Erörterung, die auf diese Art geschaffen wurde. Weil also wirklich die verfeinerten Methoden der modernen Wissenschaft, welche kaum zwei Dutzend Nationalökonomien aller Länder wirklich beherrschen, in einer Anzahl von komplizierten Fällen, denen der Ausnahmecharakter auf der Stirne geschrieben steht, die theoretische Möglichkeit tatsächlich förderlicher Regelungen gezeigt haben, denkt sich nun ein jeder, zu dessen Ohren vermitteltst eines popularisierenden Vortrags die Kunde davon dringt, daß die Wirtschaftsfreiheit nunmehr erledigt und jeder alte Unsinn hinterher gerechtfertigt ist. Aber der Unsinn bleibt, was er war; gerade die angedeuteten Resultate zeigen, wie viel praktische Weisheit in den gröberen Sätzen der sog. klassischen Ökonomen lag. Sie bestätigen die Regel, in dem sie dartun, wie außerordentlich schwer es ist, die Leistung der Wirtschaftsfreiheit zu übertreffen. Übrigens fehlt ihnen vorläufig noch fast jede praktische Bedeutung, da ihre Verwertung Organe von einer Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft voraussetzen würde, die es gegenwärtig nirgends gibt. Sie gleichen der Lanzette eines Arztes, und was die praktische Politik tatsächlich in Bewegung setzen könnte, gleiche der Heugabel eines Stallknechtes. Das braucht nicht immer so zu bleiben. Aber wir sprechen von der heutigen Lage.

Doch, so hören wir gegenwärtig von allen Seiten, das bisher vorgeführte Argument paßt nicht auf die Bedingungen der modernen Industrie. Die meisten Nationalökonomien, darunter auch Sozialisten, sind geneigt, es für eine Wirtschaft der freien Konkurrenz, wie sie annäherungsweise im 19. Jahrhundert bestand, ganz oder teilweise

anzuerkennen. Hingegen mehrt sich täglich die Zahl der Stimmen, die diese Wirtschaftsform für überwunden, für der Vergangenheit angehörig erklären. Wir wollen uns nun nicht mit den Übertreibungen aufhalten, die in allen solchen Behauptungen liegen. Die große industrielle Einheit, der Konzern und der Trust, beherrschen das industrielle Leben von heute nicht annähernd so ausschließlich, wie es nötig wäre, um heute schon von einer neuen Wirtschaftsform sprechen zu können. Ist doch selbst das Überwiegen der Großindustrie nur dann gegeben, wenn man eine so kleinbürgerliche Vorstellung von einem Großbetrieb hat wie unsere Statistik, welche schon von fünfzig Arbeitern ab von einem Großbetrieb spricht. Wenden wir uns aber der Prinzipienfrage zu.

Je vollkommener unsere praktische, statistische und theoretische Einsicht in den Wirtschaftsprozeß wird, ein umso größerer Bezirk wird dem individuellen Urteil des einzelnen Industriellen und Kaufmanns entzogen und zum allgemein zugänglichen Gemeingut. Ehemals war die Anlage einer neuen Fabrik eine viel schwierigere Sache als heute – heute kann man eine neue Fabrik in vielen Zweigen von der sachkundigen Hand spezialisierter Firmen fertig hingestellt bekommen; gewiß ist die Firma, die eine solche Aufgabe löst, selbst wieder eine private Unternehmung, aber alle jene, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, sind in ihrer Unternehmerfunktion wesentlich entlastet. Die technische Forschung ferner bietet vielfach ihre Ergebnisse in einer allgemein zugänglichen Weise an, so daß die praktische Verwertung derselben in viel höherem Maß als früher von einer ganzen Industrie auch durch korporative Aktion vorgenommen werden kann. Auch die ökonomische Forschung, namentlich im Felde der Konjunkturprognose, fängt an, Dinge beizutragen, die früher der individuellen Intuition überlassen waren. Dieses Material wird von öffentlichen oder korporativen Büros allen Unternehmungen zugeführt – und fast jede unserer industriellen Organisationen hat auch ihr Rationalisierungs-, ihr technisches, ihr Rohstoff- usw. Organ, in der Form irgendwelcher Ausschüsse, durch welche also nicht mehr der einzelne Firmenchef, sondern sozusagen die Industrie als Ganzes handelt. Und das ist sowohl eine Art von Bindung – diese braucht nicht durch Zwang oder Verpflichtung zu erfolgen – als auch eine Art Gemeinwirtschaft. Der Sozialist hat nicht Unrecht, wenn er auf diese Erscheinung hinweist. Nur mit unserem Problem hat sie nichts zu tun. Denn abgesehen davon, daß sie nichts daran ändert, daß der Unternehmer die treibende Kraft der Industrie bleibt, mag diese Tendenz Boden gewinnen oder nicht, das Wirtschaftsleben fundamental umgestalten oder nicht, mit öffentlicher Regelung, mit Eingriffen der Staatsgewalt hat sie nur dann etwas zu tun, wenn einer rückständigen Industrie derartige Fortschritte aufgenötigt werden müßten. Historische Beispiele dafür fehlen nicht, aber offenbar ist das nicht der Fall im Deutschland von heute.

Das öffentliche Verlangen nach Regelungen und Bindungen geht auch gar nicht davon aus, sondern von der – zunächst wieder rein gefühlsmäßigen – Abneigung gegen

den, um gleich einen von mehreren möglichen Ausdrücken festzulegen, modernen Trust. Das sachliche Argument lautet wesentlich, daß während bei freier Konkurrenz der Preis einer Ware auf die Dauer jene Höhe nicht übersteigen kann, die nötig ist, um ein Angebot hervorzurufen, das die bei diesem Preise kaufwillige Nachfrage befriedigt, ein Trust Monopolpolitik betreiben, unnötig hohe Preise ansetzen und seine Abnehmer ausbeuten kann, was nur durch staatliches Eingreifen abgewendet werden könne. Daher eine ganz andere und viel bedeutsamere Rolle des Staates in der heutigen als in der früheren Wirtschaft. Weiter aber bedeutet eine Trustbildung das Ausschalten der Unternehmertätigkeit der Inhaber der früher selbständigen Firmen. Er ist insoweit eine Art von privater Sozialisierung. Ein großer bürokratischer Apparat tritt dadurch an die Stelle der individuellen Initiative. Ist das nicht ein erster Schritt zu wirklicher Sozialisierung? Für den Sozialisten hat es besonderen Reiz, die Entwicklung zum Trust im Sinne der Prognose von Karl Marx zu deuten: Als Verifikation der Prophezeiung, daß das Wachstum der Produktivkraft zum Niederringen aller Unternehmungen bis auf wenige und dieses zum „Expropriieren“ dieser letzten „Expropriateure“ führen müsse. Und ohne jede Rücksicht auf die Tatsache, daß diese Prophezeiung an einer Kette von lauter unhaltbaren Gliedern hängt und nur einer Ähnlichkeit von Oberflächenerscheinungen ihre scheinbare Verifikation verdankt, wird das heute mitunter von sehr unsozialistischer Seite nachgesprochen. Nun sind die industriellen Zusammenschlüsse der Gegenwart eine sehr komplizierte Erscheinung, die ihre einheitliche Auffassung lediglich der allgemeinen Jagd nach der kurzen demagogischen Phrase verdankt. Viele Kartelle eines älteren Stils waren in der Tat nichts anderes als Vereinbarungen zum Ausschluß der Konkurrenz und zum Hochhalten der Preise. Hier wurde zwar kein Unternehmer ausgeschaltet, wohl jeder Unternehmer in einem entscheidenden Punkt mattgesetzt – nur daß das richtige Heilmittel in diesen Fällen nicht in einem staatlichen Eingriff, sondern in der Beseitigung des staatlichen Eingriffs bestanden haben würde, der schuld daran war, nämlich des Schutzzolls. Davon unterscheidet sich der moderne Trust dadurch, daß er in seiner reinsten Form wenigstens – selbst eine Unternehmung ist, eine Unternehmung, die über den Rahmen des einzelnen Betriebes hinauswächst, bis sie die ganze Industrie erfaßt hat, oder doch ihr beherrschender Faktor geworden ist – dadurch, daß er produktionstechnisch oder organisatorisch einen Fortschritt bedeutet. Diese – die eigentlich wesentliche Erscheinung – vernichtet die individuelle Initiative nicht nur nicht, sondern sie ist ihr stärkster Ausdruck: Irgendwelche Persönlichkeiten von überdurchschnittlichen Maßen müssen sie schaffen, sonst entsteht sie nicht, und führen, sonst zerbricht sie. Das gilt ja auch für alle kleineren Konzerne – wenngleich auch bei diesen die persönliche Leitung öffentlich weniger hervortritt als bei der Privatunternehmung: Neun Zehntel der deutschen Industrie und des deutschen Handels sind „persönlichkeitsgebunden“ in dem Sinne, daß man sie ohne weiteres mit individuellen Namen verbinden kann. Und die wenigen trustähnlichen Gebilde, die wir überhaupt haben, tragen alle den Stempel einzelner Persönlichkeiten.

In großen Konzernen – die sich natürlich namentlich in den Industrien finden, die großes Anlagekapital erfordern – geht die Auswahl der führenden Persönlichkeiten gewiß nicht mehr durch den alten und so wirksamen Mechanismus des Wachsens oder Zugrundegehens der Unternehmungen selbst vor sich. Und das geschäftliche Handeln großer Konzerne nimmt selbstverständlich immer mehr die Form des Verhandeln mit anderen ebenfalls organisierten Interessen an. Mit dieser Möglichkeit der Beherrschung oder der Beeinflussung des Marktes entsteht die Möglichkeit planmäßiger „Politik“, die der einzelnen Firma in der Konkurrenzwirtschaft fehlt, weil für sie die Marktsituation jeweils gegeben und unabänderlich ist. Wenn man will, so mag man das „Planwirtschaft“ nennen. Nur darf man dann nicht vergessen, daß diese Art von Planwirtschaft grundverschieden ist von jener anderen, die bisher so bezeichnet wurde. Es wäre eine kaufmännische Planwirtschaft und keine politisch bedingte. Es wäre eine gewachsene Planwirtschaft und keine bloß ausgedachte. Es wäre eine Planwirtschaft, die durch Leistung und keine, die durch Erstarrung bestehen würde. Eine Tendenz nach jener ist keine Tendenz nach dieser.

Bleibt noch ein letzter Punkt: Mag es auch ein Mißverständnis sein zu glauben, daß die vertrustete Wirtschaft der Unternehmerfunktion heute entraten könne, und ein weiteres Mißverständnis, in den vorhandenen Elementen kaufmännischer Planwirtschaft die Planwirtschaft des Politikers und des Intellektuellen zu sehen, so bleibt noch immer das stürmische Verlangen weiter Kreise nach staatlicher Regelung der vorhandenen privatwirtschaftlichen Organisationen, nach Fesselung der mystischen Mächte des Großkapitals, nach Unterwerfung dieser Staaten im Staate usw. Was ist davon zu halten, soweit mehr darin liegt als jene naive Identifizierung des parlamentarischen und bürokratischen Staatsapparats mit dem Gemeinwohl, welche natürlich unter schlechthin allen Umständen das Maximum von Staatseinfluß anstrebt? Vor allem ist vollständig klar, daß die von industriellen Zusammenschlüssen beherrschte Wirtschaft nicht etwa der öffentlichen Regelung bedarf, um überhaupt zu funktionieren. Ich wäre nicht auf den Gedanken gekommen, das zu sagen, wenn nicht neuerdings von betriebswissenschaftlicher Seite das Gegenteil behauptet worden wäre. Die industriellen Zusammenschlüsse bedeuten selbst Regelungen. Bleiben diese hinter dem jeweils möglichen Maß zurück, so ist das nur ganz ausnahmsweise ein Unglück – in der Regel spricht ja das ökonomische Argument entscheidend für die freie Wirtschaft, wo diese überhaupt möglich ist. Und gehen die Selbstorganisationen der Industrie über das jeweils angepaßte Maß hinaus, so kann das Übel offenbar nicht durch noch weitere Regelungen gebessert werden. Stabilität der Wirtschaft bedeutet nicht nur Vorteile, sondern auch mangelnde Elastizität. Springen die Übel der Instabilität mehr in die Augen, so ist Stabilität doch etwas, wovon man leicht zuviel haben kann.

Aber man ruft ja meist aus anderen Gründen nach Bindungen. Und da ist es ganz wesentlich, sich auch hier klarzumachen, daß nicht die Körner der Wahrheit, die es

auch da gibt, die wirtschaftliche Einstellung bestimmen, sondern die Massen von Irrtum. Wenn wir die Fragen der Lohnpolitik – welche auf ein anderes Blatt gehören und offenbar ausreichend wahrgenommen sind – abscheiden und ferner annehmen dürfen, daß Staat und Öffentlichkeit an der produktionstechnischen Leistung unserer organisierten Industrien nichts auszusetzen haben bzw. nicht glauben, sie bessern zu müssen, so bleibt im Wesentlichen die Preispolitik übrig. Abgesehen davon, daß die Preispolitik einer modernen Unternehmervereinigung einen anderen Fall darstellt als die Preispolitik eines inmitten einer Konkurrenzwirtschaft stehenden einzelnen Monopolisten, ist es doch eine Tatsache, daß jeder Preis, der zu Gewinnen führt, an deren Höhe die Öffentlichkeit Anstoß nehmen könnte, dadurch in ein anderes Licht rückt, daß diese Gewinne tatsächlich zum Mittel der Finanzierung des Ausbaus der Produktionsanlagen werden – die führenden Persönlichkeiten unserer Industrie haben bekanntlich keinerlei Leidenschaft für hohe Dividenden. Außerdem kann ein Monopolpreis bei veränderter Produktionsmethode niedriger sein als der Konkurrenzpreis bei der früheren – unvollkommeneren – Produktionsmethode. Endlich hängt die praktische Stellungnahme natürlich sehr wesentlich davon ab, wogegen man gegenwärtig die wirkliche oder angebliche Preiswillkür der Unternehmervverbände austauschen würde. Erfahrungen wie die, daß die Preisfestsetzung gleichsam politisiert wird und schließlich jede Anpassungsfähigkeit verliert – nach hinauf, weil sämtliche Abnehmer und die ganze Öffentlichkeit in Aufruhr geraten, nach hinunter, weil die Konzernleitung weiß, daß späteres Hinaufsetzen unmöglich sein kann – sind nicht ermutigend. Und die bisher gefundenen Methoden staatlicher Kartellpolitik sind so unvollkommen und mit solchem Kraftverlust verbunden, daß die theoretische Möglichkeit von erheblichen Erfolgen sachgemäßer Regulierung, die auch hier besteht, praktisch nichts nützt.

Denn immer kommt es darauf hinaus – und das ist nicht wesentlich anders in der Wirtschaft der Zusammenschlüsse als in der Wirtschaft der freien Konkurrenz: Bewußtes Streben nach planwirtschaftlichen Regelungen und nach staatlichen Eingriffen um ihrer selbst willen, deshalb also, weil Planwirtschaft und staatliche Regelungen als solche und ihrer Natur nach der privaten Wirtschaft überlegen wären, hat heute gar keinen Sinn und beruht lediglich auf Gefühlsmomenten, auf den Ambitionen des Politikers oder auf Irrtümern über den Lebensprozeß der Wirtschaft. Und von Fällen großer wirtschaftlicher oder sozialer Störungen abgesehen, ist der Erfolg auch des einzelnen regelnden Eingriffs an Voraussetzungen geknüpft, die heute und bei uns fast nie gegeben sind. Und sind sie nicht gegeben, so bewährt sich der unregulierte Zustand besser als der regulierte, wie die Menschheit ohne Ärzte besser daran wäre als mit Kurpfuschern. Jene Wirtschaftsform, die heute so unpopulär ist, hat sich vorläufig bewährt. Und wie immer die fernere Zukunft aussehen mag, die gegenwärtige Stunde gehört der privaten Initiative, und jene Völker dienen ihrer Zukunft am besten, die das am besten begreifen. (Lang anhaltender Beifall)

6.2 Teilveröffentlichung des Vortrages in *Papier und Pappe*<sup>79</sup> Nr. 41, 1928

**Individualismus oder gebundene Wirtschaft.**

von Professor Schumpeter, Bonn

Die praktische Frage, um die es sich heute bei der Erörterung dieses Themas handelt ist nicht, ob sich die Organisation der Volkswirtschaften in Umbildung befinde oder nicht: Denn alles Lebende ist stets in Umbildung begriffen und keine Organisationsform kann jemals Ideal und Schluss aller Weisheit für alle Zeiten sein. Vielmehr handelt es sich darum, ob heute wirklich, wie nicht bloß von sozialistischer Seite behauptet wird, die private Initiative, wie sie sich in der Firma des einzelnen Industriellen und Kaufmanns verkörpert, in dem Sinne überwunden ist, dass der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens nicht mehr in ihr liegt, es keinen Sinn mehr hat, für ihre Bewegungsfreiheit wirtschaftspolitisch einzutreten und überflüssig ist, auf ihre Lebensnotwendigkeiten Rücksicht zu nehmen. Wichtigen Tendenzen der Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik aller europäischen Länder, einflussreichen Strömungen der öffentlichen Meinung, zahlreichen fachlichen und laienhaften Urteilen über wirtschaftliche Dinge liegt tatsächlich eine solche Auffassung zu Grunde. Von Männern der Wissenschaft von internationalem Rang hat sich bisher nur einer, dafür aber auch einer der allerbesten, dazu bekannt: John Keynes, dessen Berliner Vortrag über „Das Ende des *laissez faire*“ die beste zugleich populäre und wissenschaftlich ernst zu nehmende Formulierung dieses Standpunktes enthält.

Die in Kürze nicht leicht zu formulierende Sachlage, die der Kaufmann und Industrielle verstehen muss, wenn er sich in der Erörterung über die sozialen und wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten seines Standes zurecht finden will, ist nur zunächst die folgende:

Seit überhaupt Industrie und Handel vom Ausgang des Mittelalters herwärts die bestimmenden Faktoren des wirtschaftlichen Schicksals der Völker geworden sind, sind die Fürsten und ihre Beamten und mit ihnen die öffentliche Meinung – die des industriellen und des kommerziellen Bürgertums eingeschlossen – fast stets der Ansicht gewesen, dass das Wirtschaftsleben staatlicher Förderung und Regelung bedürfe, dass es ohne diese nicht funktionieren würde, und das ohne irgendwie „gebundene“ Wirtschaft die sich selbst überlassene Initiative der individuellen Firma nicht einmal deren eigenes Wohl, viel weniger das Wohl aller Volksgenossen, garantiere. Diese Auffassung ist in der Zeit des sog. wirtschaftlichen Liberalismus von der sich damals zur Wissen-

---

<sup>79</sup> *Papier und Pappe*, Nr. 41 (1928) S. 966f. Das Verbandsorgan publizierte den Vortrag unter der Rubrik „Großhandelsfragen“ und teilte hierzu in Nr. 40 S. 941 mit, man gebe nunmehr interessante Berichte von der Reichsausschußsitzung und der Vollsitzung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels e. V. vom 20. und 21. September 1928 in München wieder.



schaft entwickelnden Nationalökonomie im wesentlichen mit Erfolg als ein Irrtum, als die bloße Folge ungenügender Einsicht in das Wesen des Wirtschaftsprozesses erwiesen worden – woraus denn umgekehrt die Auffassung folgte, dass der Wirtschaftsprozess Bindungen und Regelungen grundsätzlich weder brauche noch verträge und alles Heil in tunlichst vollständiger Autonomie der individuellen Firma gelegen sei. Nun aber lebten erstens die widerlegten Irrtümern in den Kreisen wirtschaftspolitischer Praxis fort, und, sowie sich Anlass oder Möglichkeit ergeben, werden noch heute Bindungen und Regelungen staatlicher und korporative Natur – auch von Industriellen und Kaufleuten selbst – mit Argumenten angestrebt, welche nichts weiter sind als jene alten Irrtümern – es ist unglaublich, ein wie großer Teil der modernen Wirtschaftspolitik auf Anschauungen beruht, die längst als falsch erwiesen sind. Zweitens jedoch hat jene beginnende ökonomische Wissenschaft von vor 100 Jahren, die sog. „Klassische Ökonomie“, ihren Resultaten einer Allgemeinheit und Einfachheit gegeben, die ihrerseits unhaltbar war, so dass die moderne Analyse, die sich in dieser Beziehung vor allem an den Namen von Alfred Marshall knüpft, eine ganze Reihe von Ausnahmen aufzuführen hat, in denen planwirtschaftlicher Eingriff zu allseits besseren Resultaten führt, als die Wirtschaftsfreiheit: Daher der tragikomische Zustand, dass Vertreter ältester Irrtümer auf neueste Ergebnisse der Wissenschaft wie auf Bundesgenossen hinweisen können. Bedeutung und Grenzen dieser neueren Erkenntnisse kann man an zwei Beispielen ersehen:

1. Die ältere Nationalökonomie kannte überhaupt kein besseres Währungssystem als eine sich selbst überlassende Goldwährung. Wir wissen heute, dass es bessere gibt – die aber gewiss ein erhebliches Maß an bewusster Regelung erfordern.

2. Die älteren Nationalökonomien schrieben überwiegend dem System der Wirtschaftsfreiheit die Eigenschaft zu, dass es die Produktion der größtmöglichen Masse von Verbrauchsgütern, insofern also ein Maximum wirtschaftlicher Wohlfahrt erzwingt. Wir wissen heute, dass das nicht so ist, sondern dass sich ein System von Eingriffen denken lässt, welches durch Fördern einzelner und Bremsen anderer Produktionszweige eine noch größere Produktions- und Absatzmenge erzwingen könnte. Allein das erstere Beispiel beweist nichts gegen die private Initiative auf dem Gebiet der Wirtschaft – denn das Währungswesen wird dieser besonders in abnormalen Zeiten stets entzogen sein. Und das zweite Resultat hebt nicht nur den Ausnahmecharakter erfolgreicher Regelung hervor, sondern auch die fatale Voraussetzung, auf welcher alle solche Möglichkeiten beruhen: Die Voraussetzung überragender Einsicht und Machtstellung<sup>80</sup> der Instanz, die dieses feine Instrument wirtschaftlicher Therapie zu handhaben hätte. Die von der Praxis geübten, von der öffentlichen Meinung geforderten Fesselungen des privaten Unternehmergeistes verhalten sich zu den soeben angedeuteten wie eine Heugabel zur Lanzette eines Arztes – und dieser Heugabel gegenüber hat das Argument der

---

<sup>80</sup> In der Vorlage befindet sich hinter „Machtstellung“ ein Koma.

Klassiker nach seiner wirtschaftlichen wie auch seiner moralischen Seite noch fast ganz so recht wie vor 100 Jahren.

Aber eine Wirtschaftsordnung kann nicht nur deshalb „überwunden“ sein, weil sich die Möglichkeiten einer vollkommeneren erweisen lässt, sondern auch deshalb, weil sie, was immer ihre Vorzüge, unanwendbar wird. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass alte wie neuere Nationalökonomien bei Ihrem Argument vor allem eine vom Prinzip der freien Konkurrenz beherrschte Volkswirtschaft vor Augen haben, und auf die weitere Tatsache, dass sich durch das unaufhaltsame Hinauswachsen der Unternehmung über den einzelnen Betrieb – zum Konzern, zum Trust, zum übernationalen Wirtschaftskörper – der Geltungsbereich der freien Konkurrenz immer mehr eingeengt, scheint jenes Argument an praktischer Bedeutung zu verlieren und sich ein weites Feld möglicher und notwendiger Wirtschaftsbindung zu eröffnen. Wer lediglich behauptet, dass diese Entwicklung die „Bindung“ sehr vieler früher unabhängiger Existenzen an die Entscheidungen einer sehr viel geringeren Anzahl von Konzernführern bedeutet, sagt eine Selbstverständlichkeit. Aber wer behauptet, dass diese der selbsttätigen Regelung durch die Konkurrenz entratene Wirtschaftsform nun ipso facto staatlicher Regelung bedürfe, sagt etwas Falsches: Denn die Dispositionen einer selbst völlig vertrauten Wirtschaft würden ebensosehr, wenngleich in anderer Weise, von wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert sein, wie die Dispositionen der Konkurrenzwirtschaft. Was da emporwächst, das ist eine kaufmännische, eine private „Planwirtschaft“, gegen deren Auslieferung an den von der politischen Situation des Tages beherrschten Staat ganz ähnliche Gründe sprechen würden wie in der Zeit der freien Konkurrenz. Und wer endlich behauptet, dass die kaufmännische und industrielle Initiative einer solchen – etwa ohne Schaden zu bürokratisierenden – Wirtschaft entbehrlich sei, übersieht das Wesen der großen industriellen Einheiten von heute, die nicht einfach Agglomerationen vorhandener Mittel sind, die man bloß zu verwalten hätte, sondern Verkörperungen der individuellen Initiative von Unternehmern, deren Persönlichkeit sie schafft und die sich nur durch die stets erneute industrielle und kommerzielle Initiative erhalten – sonst schnell zerbröseln. In dieser Umwelt halten sich zwar auch Staatsunternehmungen, denen die umgebende Privatindustrie den Fortschritt aufdrängt; diese Umwelt hält ferner auch die verschiedensten Eingriffe aus; aber ihre treibende Kraft ist bislang das industrielle oder kaufmännische Individuum gewesen, auf dessen Rechnungen die beiden großen Leistungen zu setzen sind, die das hinter uns liegende Stück Wirtschaftsgeschichte aufzuweisen hat: Die Umstellung auf den Krieg, die zum großen Teil, die Umstellung auf den Frieden und eine völlig veränderte Lage, die so gut wie ganz Leistung unseres Unternehmertums war. Aus einer Lage, wie sie kaum schlechter sein konnte, hat das System, welches nicht ganz zutreffend „wirtschaftlicher Individualismus“ genannt zu werden pflegt, Deutschland in einen Zustand gebracht, der der Masse des Volkes bessere Lebensbedingungen bietet als die Vorkriegszeit – wobei die „verwaltungswirtschaftlichen“ Versuche an denen es ja nicht fehlte, fast durchweg als Passiv-

posten zu buchen sind. Wie immer man daher über seine fernere Zukunft denken, ob man jenes System lieben oder hassen mag – die gegenwärtige Stunde gehört ihm und jene Völker werden am frühesten eine bessere Zukunft sehen, die das am besten begreifen.

(Schluss folgt.)<sup>81</sup>

6.3 Fassung vom 1. Februar 1929, Eisen- und Stahlwarenindustriebund, Elberfeld<sup>82</sup>

### **Individualismus oder gebundene Wirtschaft?**

Von Professor Dr. J. Schumpeter, Bonn

Das Umsichgreifen der politischen Sphäre in der modernen Volkswirtschaft durch Ausdehnung der Unternehmertätigkeit der öffentlichen Instanzen und durch regelnde Eingriffe in die Privatwirtschaft wird in der Öffentlichkeit fast stets im Licht fundamentaler Prinzipien, unvereinbarer „letzter Ziele“ oder gar entgegengesetzter Weltanschauungen erörtert. Das ist deshalb bedauerlich, weil es den Sinn für nüchterne praktische Fragen trübt, die Interessenten in grundsätzlich geschiedene Truppenkörper formiert und politische und philosophische Unsachlichkeiten in die Entscheidungen von Dingen bringt, deren richtige Behandlung nichts so sehr verlangt als Sachlichkeit. So handelt es sich zum Beispiel gar nicht darum, ob man in einem sozialphilosophischen Sinn Individualist ist oder nicht, d.h. ob man den letzten Sinn sozialen Seins im Individuum oder in überindividuellen Gebilden sieht – kann doch in dieser Bedeutung des Wortes sogar ein Sozialist Individualist sein. So handelt es sich auch nicht darum, ob man in politischem Sinne Individualist ist, was, wenngleich nicht immer, so doch in der Regel dasselbe bedeutet wie „liberal“ sein. Sondern es handelt sich praktisch lediglich darum, ob die Leitung unserer Volkswirtschaft dem unter privatwirtschaftlicher Verantwortung arbeitenden Industriellen und Kaufmann oder dem unter den Bedingungen politischer Verantwortung arbeitenden Politiker oder öffentlichen Funktionär zustehen soll. Auch das aber ist letzten Endes eine Frage des Wollens der Volksgenos-

<sup>81</sup> Die Veröffentlichung wurde jedoch nicht fortgesetzt.

<sup>82</sup> Bei dem Auditorium handelte es sich um die Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes, Elberfeld, 1.2.1929. In *der Metallzeitung*, dem Organ des Verbandes, war Schumpeters Vortrag am Donnerstag dem 31.1.1929 noch mit dem Titel *Individualismus und gebundene Wirtschaft* angekündigt worden. Die *Metallzeitung* vom 6.2.1929 teilte S. 2 in ihrem Bericht über die Tagung jedoch mit, Schumpeter habe zum Thema *Individualismus oder gebundene Wirtschaft?* gesprochen – und kündigte eine Teilveröffentlichung des Vortrages an.

sen, welche die Wissenschaft nicht entscheiden sondern zu der Sie nur Erklärungen von Tatsachen und Zusammenhängen beitragen kann

Nun ist aber vor allem festzustellen, dass es eine völlig ungebundene Wirtschaft nie gegeben hat und nie geben kann. Abgesehen von den Grenzen, welche Recht und Sitte der industriellen Entschlussfreiheit ziehen, hat die öffentliche Verwaltung niemals darauf verzichtet, in die Wirtschaft regelnd einzugreifen, mitunter tief, mitunter wenig, mitunter mit Erfolg, mitunter mit Misserfolg, aber immer irgendwie. Auch die liberalsten Regierungen des 19. Jahrhunderts haben ihre Handels- und Sozialpolitik gehabt, wie umgekehrt selbst das bolschewistische System private Wirtschaftsführung nicht zu 100 Prozent ausschließen kann.

Die Schwierigkeit, der jeder solcher Eingriff begegnet, liegt nicht nur einfach darin, dass er an sich und notwendig ein wirtschaftliches Übel wäre. Das behauptet weder die Wissenschaft, noch kann das die Industrie behaupten, denn sehr viele dieser Eingriffe - Schutzzölle, Subventionen usw. - werden von ihr selbst gefordert. Auch in industriellen Kreisen gilt es nicht als Lob der Regierung, wenn von ihr gesagt wird, dass sie wirtschaftlich „nichts tut“, und selbst Eingriffe in die Organisation der Industrie können allseitig als Vorteil empfunden (Kaligesetz), oder doch widerspruchslos hingenommen werden (Zündhölzergesetz). In manchen Fällen sind Eingriffe überhaupt unvermeidlich. So ist in dem Augenblick, in welchem Arbeitnehmer und Arbeitgeber organisiert sind und der Marktmechanismus für den Arbeitsvertrag nicht mehr funktioniert, irgend eine Art von Schlichtungswesen unentbehrlich, und nur gegen seine Konstruktion und Handhabung, nicht aber gegen seinen Grundsatz kann vernünftigerweise argumentiert werden. Natürlich wird Bedeutung und Nützlichkeit derartiger Eingriffe von der Öffentlichkeit überschätzt, ebenso natürlich werden sie oft aufgrund von wirtschaftlichen Anschauungen vorgenommen, die sich als Irrtümern erweisen lassen, aber schon in einer Konkurrenzwirtschaft noch viel mehr in einer vertrusteten Wirtschaft ist ihre grundsätzliche Ablehnung unmöglich. Ihr Problem liegt anderswo: Nicht darin nämlich, dass sie Eingriffe sind, sondern dass sie politische Eingriffe sind, d.h. dass sie unter den Bedingungen politischer Willensbildung zustande kommen. Zum sachlichen Argumente für und gegen eine Maßregel gesellt sich das politische und das parteitaktische. Und das ist es, wogegen sich die Industrie wehrt und zwar mit Recht: Sie wehrt sich mit Recht, wenn sie die Wendung hört, welche das, was ich meine zum schärfsten Ausdruck bringt: „Das oder jenes ist gewiss wirtschaftlich schädlich, aber politisch muss es eben sein.“

Dass das so ist, sieht man daraus, dass es Bindungen der Wirtschaft gibt, gegen welche sich die Industrie nicht wehrt und die sie sogar von selbst durchführt. Industrie und Handel keines Landes hat sich so gegen die Existenz einer Zentralbank gewährt und zwar nicht etwa bloß nicht gegen deren währungspolitische Funktion, sondern

auch nicht gegen deren oft so sehr tief gehende kreditpolitische Regulierungen. Und den bis zum Überdruß und bis zur Übertreibung sattsam betonten Tatbeständen moderner Massenproduktion gegenüber reagiert ja die Industrie von selbst dadurch, dass sie sich durchorganisiert. Vor unseren Augen entsteht einerseits durch die Konzernbildung und andererseits durch die Verbandsbildung eine kaufmännische Planwirtschaft, deren Wesen darin liegt, dass sie die Initiative und die Selbstverantwortung der Industrie und des Handels nicht erschlägt und nach dem Gesichtspunkt höchster wirtschaftlicher Wirksamkeit erfolgt. Jeder Normungsausschuss, jeder Verbandsbeschluss über Lieferungsbedingungen ist ein Schritt auf diesem Wege, auf dem die Tätigkeit des Unternehmers immer wirksamer wird dadurch, dass sie ihm ein Teil seiner Funktionen abgenommen und zur Sache verbandsmäßigen Zusammenhandelns wird.

Es ist die Schicksalsfrage des deutschen Industriellen, ob er sich der Aufgabe gewachsen zeigt, an diesem Bau zu arbeiten. Gerade um das Maß von konkurrenzwirtschaftlicher Freiheit zu erhalten, das heute noch vorhanden ist und den wir zum großen Teil die schnelle Aufrichtung Deutschlands verdanken, ist diszipliniertes Zusammenhandeln nötig. Sonst werden diese Inseln zwischen den Konzernen zerrieben oder von der Politik geplündert.

## 7. Lohnniveau und nationale Zukunft. Berlin, 3. Oktober 1928<sup>83</sup>

Herr Professor *Schumpeter* führte etwa folgendes aus:

„Inmitten der allseitigen Irritation, welche die unaufhörlichen Lohnkämpfe zur Folge haben, mag es sehr sonderbar und weltfremd aussehen, wenn jemand nachzuweisen versucht, daß rein sachlich Einigung der Parteien auf ganz bestimmte Grundsätze der Lohnbestimmung möglich sei, und behauptet, daß sich früher oder später alle Beteiligten dieser Grundsätze bewußt werden, und die Lohnkämpfe aufhören werden – daß sie also eigentlich nur vorübergehende Folgen des Umstandes sind, daß keine der beiden Parteien, und schon gar nicht die Öffentlichkeit, die wahre Sachlage überblickt und die wahren Kausalzusammenhänge durchschaut. Diese Vorhersage geht allerdings von der Annahme aus, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter lediglich ihre ökonomischen Interessen wahren, nicht aber Lohnforderungen lediglich zum Zweck der Störung und schließlich der Zerstörung unseres Wirtschaftskörpers erheben oder unter Schädigung des eigenen Interesses soziale Rancune befriedigen wollen. In der Mehrzahl der Fälle darf das aber auch angenommen werden.

Bei der Beurteilung der momentanen Lage darf auch nicht vergessen werden, daß unser Schlichtungswesen neu und noch unvollkommen verstanden ist. Erst die Erfahrungen, die wir jetzt machen, werden den beteiligten Parteien und auch den Faktoren, die es geschaffen haben und handhaben, das Wesen seines Mechanismus klarmachen. Vorläufig wird vielfach das, was als Sicherung sozialen Friedens gemeint ist, gerade umgekehrt zur Quelle von Störungen. So z.B. das Rechtsinstitut der Verbindlichkeitserklärung. Wie die Dinge heute liegen, wirkt dieses Institut wie eine Prämie auf das Erheben von Lohnforderungen, so daß ein noch so gewissenhafter Arbeitervertreter unvernünftigen Wünschen seiner Mandanten nicht entgegentreten kann, weil er immer auf die Einwendung stößt, daß man bestehende Verträge doch ruhig kündigen und Mehrforderungen erheben könne, weil man ja keinesfalls etwas dabei riskiere.

Abgesehen jedoch von diesen nicht im Wesen der Sache begründeten Elementen der augenblicklichen Lage stehen die Dinge folgendermaßen: Die Arbeiterschaft ist bezüglich ihrer Lohnforderungen in keiner anderen Stellung als jeder, der etwas zu verkaufen hat. Und wie jeder andere einsieht, daß er durch zu hohe Preisforderungen sich auch selbst schädigen kann, weil er dann eben zu wenig absetzt, so kann es auch dem Arbeiter klar werden, daß es einen Lohnsatz gibt, über den hinaus der Lohn von seinem eigenen Standpunkt aus zu hoch ist, weil die gesamte Lohnsumme dann niedriger wird,

---

<sup>83</sup> Ordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie. Quelle: Lohnniveau und nationale Zukunft. In: Der Papier-Fabrikant, XXVI. Jg., Nr. 4, Berlin, 28.10.1928.

als sie es bei niedrigerem Lohnsatz wäre. Nur die Psychologie der Lohnverhandlungen erklärt, daß diese nicht sehr verborgene Wahrheit immer vergessen wird. Arbeiterschaft und Arbeitervertreter haben sich eben so sehr daran gewöhnt, in jeder Lohnerhöhung einen Erfolg zu sehen, und diesen Erfolg auch als einen Vorteil zu betrachten, daß der Gedanke, es könnte der Erfolg einen Nachteil gebracht haben, gar nicht auftaucht oder als lächerlich sofort abgelehnt wird.

Ganz ebenso, ferner wie für jeden anderen Verkäufer, ist das erreichbare Maximum verschieden je nach der Zeitperiode, auf die es sich bezieht. Jeder Verkäufer kann in der entsprechenden Situation momentan Preise erzielen, die weit über das hinausgehen, was der Käufer normalerweise zahlen kann und will. Er kann ferner unter den jeweils gegebenen Umständen einen Preis erzielen, der, niedriger als der erste, *dauernd* den Maximalertrag *unter diesen Umständen* liefern würde. Er kann endlich durch einen noch niedrigeren Preis eben diese gegebenen Umstände ändern, *Nachfrage züchten* wollen und so à la longue einen Maximalertrag in bezug auf geänderte Verhältnisse erzielen, der größer ist als der unter den „gegebenen“ mögliche. Es ist nun leicht zu zeigen: 1. daß die erstgenannte Politik, auch wenn möglich, der Arbeiterschaft als ein Ganzes genommen, so gut wie nie vorteilhaft sein kann; 2. daß die an zweiter Stelle genannte Politik voraussetzt, daß der Lohn kompatibel bleibt mit der Vornahme der nötigen Abschreibungen, einer dem Zustand des Weltmarktes entsprechenden Verzinsung und einer Risikoprämie; 3. daß die dritte – und für die Arbeiterschaft auf die Dauer vorteilhafteste – Politik einfach darin bestünde, außerdem noch auf ausreichende Neubildung von Kapital Rücksicht zu nehmen und deshalb den eigentlichen Unternehmergeinn zu schonen, welcher die Hauptquelle dieser Neubildung ist – die ihrerseits wiederum die künftige Nachfrage nach Arbeit, damit das Lohnniveau hebt.

Das ist einfach genug. Und soweit es jemals bestritten war, zeigt sich gegenwärtig die Tendenz auch in gewerkschaftlichen Kreisen, es zuzugeben. So war vor allem bestritten, daß Kapitalbildung ein Interesse der Arbeiterschaft sei: Bedeutet sie doch Neuinvestierung und diese fast stets Mechanisierung und Rationalisierung, also relativ geringere Nachfrage nach Arbeit – die „Reservearmee“ und „Verelendung“ von Marx. Kaum irgendein moderner Gewerkschaftsführer wird das heute noch behaupten. Wird das Gesagte aber nicht bestritten, so folgt unvermeidlich, daß das überhaupt erreichbare Maximum der Lohnsumme, d.h. jener Lohnsatz, welcher der für den Arbeiter auf die Dauer vorteilhafteste ist, mit jenem zusammenfällt, der – ebenfalls auf die Dauer – für die Industrie tragbar ist. Und man braucht die sub 2 und 3 oben angedeuteten Grenzlinien nur durchzudenken, um zu erkennen, daß es keinen modernen Industriellen gibt, der nicht mit einem Lohn bis zu diesen Grenzen einverstanden wäre. Das ist eine einfache Konsequenz der Tatsache, daß der Hauptinteressent an der Industrie eben weder

der Unternehmer noch der Kapitalist, sondern der Arbeiter ist. Und der Arbeiter ist nicht etwa nur an seinem Anteil am Ertrag interessiert, sondern auch an jenem des Anteils der Unternehmer und Kapitalisten, der von diesen nicht konsumiert, sondern zurückgelegt wird. Nehmen wir beispielsweise die Verhältnisse in Preußen der Vorkriegszeit, für welche wir durch die Untersuchung Rogowskis gute Daten haben, so können wir in runden Ziffern sagen, daß aus den Einkommen über 9000 M. etwa 2,3 Milliarden erspart und nur 1,7 Milliarden ausgegeben wurden. Und nur die letzte Summe [fiel]<sup>84</sup> nach Abzug der darauf entfallenden Steuern, wirklich Unternehmern und Kapitalisten zu – also etwa 5 % des damaligen Volkseinkommens – der Rest diente dem Ausbau des Produktionsapparates, der Finanzierung von Staatsanleihen usw. Der Interessengegensatz, von dem so viel gesprochen wird, besteht also tatsächlich nicht in dem Sinn, in dem ihn die Öffentlichkeit versteht. Bestünde er, so würde bei der gegenwärtigen Marktlage kein Appell nützen, und das Ende könnte nur Eliminierung aller Einkommen außer den Arbeitslöhnen sein. Da er aber nicht besteht, und da diese Erkenntnis nicht allzu fern liegt, so ist die Hoffnung, daß die Lohnkämpfe kein ewiges Schicksal des Wirtschaftslebens sein werden, nicht utopisch, umsoweniger als die oben angedeuteten Grundsätze es gestatten, beim Vorliegen der nötigen Statistik die Lohnsätze in einfacher und jedermann verständlicher Weise zu errechnen. Freilich setzt das Einigung über das Maß der Kapitalneubildung voraus, und diese wiederum, daß die Arbeiterschaft an die nationale Zukunft, an das Schicksal ihrer Kinder denkt. Hier liegt die sachliche Hauptschwierigkeit, die jedoch wesentlich dadurch abgeschwächt wird, daß Summen, die viel bedeuten für den Ausbau der Produktionsanlagen, von geringer Bedeutung sind, wenn man sie auf alle Arbeiter als Lohnerhöhung verteilt.

Aber mehr als diese Schwierigkeit steht etwas anderes einer den lebenswichtigen Interessen aller Parteien genügenden Lohnfestsetzung – die also sachlich möglich wäre, und die nur durch das Vorhandensein von Irrtümern über Daten und Kausalzusammenhänge für unmöglich gehalten wird – entgegen, der Umstand nämlich, daß es auf diesem Gebiet Scheinerfolge gibt, die immer wieder den Blick der Arbeiterschaft trüben: Prozentual sehr große Lohnerhöhungen werden doch vor ihren Augen durchgesetzt – straft das nicht alle theoretischen Grenzen lügen? Allein die Möglichkeit solcher Lohnerhöhungen liegt, abgesehen davon, daß der Arbeiter ihre Wirkungen auf die Zukunft übersieht, lediglich daran, daß sie zum größten Teil auf Kosten der Arbeiterschaft selbst gehen. Und das auf drei verschiedene Arten: Erstens erzeugen sie Arbeitslosigkeit – was man heute „strukturelle“ Arbeitslosigkeit zu nennen pflegt, ist größtenteils einfache Folge des Lohnniveaus, ist nichts anderes als Unabsetzbarkeit einer zu teuren Ware. Zweitens erfolgt Überwälzung auf die Produktpreise und dadurch auch auf andere Arbeiter. Drittens wirkt die Lohnerhöhung auf die Kaufkraft des Geldes – wie die

---

<sup>84</sup> Im Text heißt es: lief



Preisentwicklung bei uns übrigens zeigt –, weil die höheren Produktionskosten zu einer Kreditexpansion, also einer Art von Inflation, führen. Und so werden Lohnerhöhungen *scheinbar* möglich, die *effektiv* nicht möglich wären. Aber die gestiegene Lohnziffer blendet.

Die Frage, ob bei uns der unter Berücksichtigung der Entwicklung unserer Volkswirtschaft höchstmögliche Lohn erreicht, noch nicht erreicht oder überschritten ist, ist natürlich überaus schwierig. Die[Unzulänglichkeit]<sup>85</sup> der Summe unserer jährlichen Rücklage – selbst wenn man sie mit *Welter* auf neun Milliarden ansetzt, liegt Unzulänglichkeit vor – deutet darauf, daß die Grenze überschritten ist. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß in dieser betrüblichen Sachlage unser unrationelles Steuersystem einen wesentlichen Faktor bildet. Und die Antwort auf unsere Frage dürfte sein: Unser Lohnniveau einschließlich Soziallasten ist höher als mit der Rücksicht auf das Schicksal kommender Geschlechter vereinbar ist – *bei diesem Steuersystem. Aber zugleich könnte eben dieses Lohnniveau tragbar und selbststeigerungsfähig sein, wenn nicht die Finanzpolitik Unternehmertätigkeit und Kapitalbildung lähmte.*“

---

<sup>85</sup> Im Text heißt es: Hinzulänglichkeit

## 8. Der neueste Stand des Konjunkturproblems. Münster, 24. November 1928<sup>86</sup>

[Vortrag von Professor Doktor J Schumpeter – Bonn, gehalten am Samstag, 24. 11. 1928 in der *Weltwirtschaftlichen Gesellschaft Münster* im Fürstenhof, nachmittags 5½ Uhr]

### **Zusammenfassung der Überlieferung durch den Herausgeber**

Dieser Vortrag liegt in einer 12seitigen maschineschriftlichen Überlieferung, einem von der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft gestempeltem Arbeitsexemplar im Harvard University Archives vor. Die Wiedergabe dieser Überlieferung verbietet sich m.E. jedoch, weil sie in manchen Passagen zu dilettantisch, ja beinahe läppisch ist.<sup>87</sup> Da es andererseits natürlich mit Blick auf die spätere Themenentwicklung von großem Interesse ist, was Schumpeter im Herbst 1928 zum Stand des Konjunkturproblems spezifisch zu sagen hatte, habe ich nachfolgend das diesbezüglich Wichtigste knapp referierend zusammengestellt.

Schumpeter skizziert in diesem Vortrag, dessen Zweck er dahin bestimmt, das Verständnis für eine zukünftige Vorlesung Spiethoffs zu wecken, einfache Konturen der Geschichte, des Standes und der handwerklichen Mittel der Konjunkturforschung. Dabei hebt er auch die Leistung Spiethoffs hervor. Hauptsächlich ihm verdanke die Konjunkturforschung die Erkenntnis, dass die Produktionsmittelindustrien konjunkturell viel stärker reagieren als die der Genussgüter.

Mit Blick auf die konjunkturelle Situation entwickelt Schumpeter im letzten Abschnitt seines Vortrages folgende drei Aspekte.

- Die gegenwärtige Situation bestimmt er gemäß der vorliegenden Überlieferung dahin: "Wir sind wahrscheinlich in dem dritten Stadium der absteigenden langen Welle. Wir werden in der nächsten Zeit im Großen und Ganzen auf der Welt beobachten, dass es der Landwirtschaft im Ganzen schlecht geht, dass die Depressionen vorwiegend sind, die Aufschwünge seltener, noch eine ganze Weile und [werden] vermutlich soziale Schwierigkeiten sozialer Art haben. (Die Ursachen sind soziales Unbehagen und radikale Gesinnungen)"<sup>88</sup>

- Hinsichtlich seines konjunkturtheoretischen Ansatzes – Neugründungen von Unternehmen erfolgen in der Wirtschaft nicht kontinuierlich, so dass die Anpassung und Resorption des Neuen nicht ohne Störung vor sich gehen kann – bemerkt Schumpeter, dieser Ansatz werde durch die Erscheinung verifiziert, „ ... dass der Konjunk-

---

<sup>86</sup> Quelle: Harvard University Archives, Papers of Josef Alois Schumpeter, HUG (FP) 4.50, Der neueste Stand des Konjunkturproblems.

<sup>87</sup> Vgl. hierzu auch die Einschätzung des Manuskriptes durch Wolfgang F. Stolper. In: Wolfgang F. Stolper: Joseph A. Schumpeter–The Public Life of a Private Man. 1994, Princeton: University Press, p.63, n. 5

<sup>88</sup> Harvard University Archives, Papers of Josef Alois Schumpeter, HUG (FP) 4.50, Der neueste Stand des Konjunkturproblems. Ebenda p. 11.

turwechsel milder zu werden tendiert, d.h. dass die Welt den Kapitalismus besser und besser versteht. Heute gibt es auch noch Psychose, aber man sieht die Dinge richtiger als früher.<sup>89</sup>

- Nicht nur die neuen analytischen Möglichkeiten der Konjunkturtheorie, sondern vor allem die mit Zentralbanken gegebenen Wirkungsmöglichkeiten stellen viel versprechende aber auch nicht unproblematische Mittel dar, depressive Situationen zu bewältigen. „Ist es wünschenswert, diesen Pulsschlag des Wirtschaftslebens ganz zu unterdrücken? Es ist notwendig, Arbeitslosigkeit und Insolvenzen zu vermeiden. Deshalb ist es gut, wenn die moderne Bankbewegung diese Wellenbildung hindert.“<sup>90</sup>

Ich entnehme dem Manuskript, dass der Redner schließlich betont hat, es wäre bedenklich, die Konjunkturbewegung gänzlich unterdrücken zu wollen. Sie werde aber mit der Zeit aufhören, ein sozialer Übelstand zu sein und werde sich eher in leichten Wellenbewegung darstellen, während sie früher eine Geschichte von lauter Böen und Wirbelstürmen war.<sup>91</sup>

---

<sup>89</sup> Ebenda, p.10

<sup>90</sup> Ebenda, p 12

<sup>91</sup> Vgl. ebenda, p. 12

9. Kann eine Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden und wie? [Berlin, 13. Dezember 1928]<sup>92</sup>

Einem Vortrag des Herrn Professor Dr. Schumpeter, Bonn, in der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 12. Dezember 1928 entnehmen wir folgendes:

Seit mehr als einem halben Jahre findet bei uns ein Abgleiten der Konjunktur statt, über dessen Qualifikation als einer „Depression“ heute wohl wenig Meinungsverschiedenheit besteht. Diese bekanntlich periodisch wiederkehrende Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens brauchte an sich nicht viel zu bedeuten. Allein im vorliegenden Fall konstatieren wir erstens, daß manche der „normalen“ Depressionssymptome fehlen – so hat sich die Steigerung des Preisniveaus länger fortgesetzt als gewöhnlich – und zweitens, daß manche der bekannten therapeutischen Mittel – wie Diskontherabsetzung – nicht angewendet werden konnten.

Das deutet auf eine tiefere Ursache der gegenwärtigen Depression, als sie in der „normalen“ Reaktion auf einen Aufschwung gegeben ist, weshalb versucht werden muß, durch eine kausale Verknüpfung der verschiedenen Indices der Wirtschaftslage zu einer Diagnose des Gesamtzustandes zu kommen. Dabei stoßen wir zuerst auf eine Gruppe von Indices, die an sich geeignet ist, ein überaus erfreuliches Bild zu geben. So muß, rein wirtschaftlich genommen, das Sinken des Bevölkerungszuwachses von rund 1,4 v. H. im Jahre 1908 auf 0,5 v. H. insofern günstig gewertet werden, als es viele wirtschaftliche Probleme erleichtert, zumal es mit höherem Wachstum der Erwerbstätigen und scharfer Senkung der Säuglingssterblichkeit verbunden ist. Die Summe der privaten Geldeinkommen übertrifft die entsprechende Vorkriegssumme um ungefähr 50 v. H., das dieser Summe entsprechende Realeinkommen ist etwas höher als vor dem Kriege. Insbesondere ist bei sinkender Arbeitszeit der Reallohn erheblich gestiegen, worüber eine im Gang befindliche Untersuchung Näheres bringen wird – man darf vermuten, daß die Steigerung nicht wesentlich unter 20 v. H. liegt, ein Resultat, das nur von Amerika übertroffen und sonst nirgends auch nur annähernd erreicht wird. Dem entspricht eine durch fast alle in Betracht kommenden Indices ausgedrückte Konsumausweitung. Die Resorption der Arbeitslosigkeit im Jahre 1927 war ungeachtet des verbleibenden abnormal hohen Restes ein Beweis großer Kraft. Die Passivität des Außenhan-

<sup>92</sup> Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 12. Dezember 1928. Quelle: Kann eine Krise der deutschen Wirtschaft verhindert werden und wie? In: Der Deutsche Leinen-Industrielle, Nr. 51, Jg. XXXXVI, Berlin, 20. Dez. 1928. (Wortverlaufsgleich auch erschienen in: Rauch und Staub (Düsseldorf) XVIII. Jg., November 1928, Nr. 111, S. 119ff. Die Metall Zeitung, Tageszeitung der Metall und Eisenwirtschaft, sprach in ihrem Leitartikel vom 31.1.1929 davon, dass diese Ausführungen Schumpeters starke Beachtung gefunden haben. Vgl.: Wesen und Wirken des Eisen und Stahlwarenindustrie Bundes, in Metall-Zeitung, ebd., S. 1

dels war an sich und als Folge der Kapitaleinfuhr sowohl unvermeidlich als auch nicht annähernd so bedenklich, wie oft angenommen wird. Die bedrängte Lage der Landwirtschaft, gewiß ein sehr ernstes Problem, ist keine spezifisch deutsche Erscheinung und ähnlich zu erklären wie derselbe Sachverhalt nach den napoleonischen Kriegen in England.

Da wir die momentane Lage analysieren, können die Daweszahlungen, die vom auswärtigen Kapitalzustrom bisher überkompensiert waren, außer Betracht bleiben. Aber leider ist auch, abgesehen davon, jenes erfreuliche Bild zum Teil trügerisch. Wenngleich weder die Passivität der Handelsbilanz – die nur infolge der Depression einer temporären Aktivität gewichen ist – noch die ausländische Verschuldung ganz die Bedeutung haben, die ihnen oft beigelegt wird, so ist doch zweifellos, daß der Kapitalzustrom jene Ausweitung der Konsumtion zum Teil ermöglicht hat und sein Versiegen eine Lage schaffen muß, die in Verbindung mit den Daweszahlungen schwierig werden kann. Ganz unhaltbar ist es, daß die Rentabilität der Industrie, die gegen die Vorkriegszeit um durchschnittlich 30 v. H. gesunken ist, dauernd unter dem langfristigen Zinsfuß liegt, welcher gegen die Vorkriegszeit um rund 50 v. H. gestiegen ist. Das bedeutet, daß Investition heute, von den bekannten Inseln von Prosperität abgesehen, die es an einigen Stellen gibt, nur mit Verlust erfolgen kann, daß das Eigenkapital der Industrie nicht wirtschaftlich, d.h. nicht so arbeitet, wie es auf die Dauer möglich ist und daß „Selbstfinanzierung“ steigenden Schwierigkeiten begegnen muß. Da der Zinsfuß auf die Dauer nicht bankpolitisch beeinflußt werden kann, so würde, wenn sich die übrigen Kostenelemente als unzusammendrückbar erweisen, eine Störung der Produktion und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit unvermeidlich, d.h. ein Anpassungsprozeß nötig sein, der schmerzhaft und verlustreich ist – gegen welche Möglichkeit günstige Zufälle in die Waagschale zu legen sind. Nur Irrtümer über die angeblich wirtschaftsfördernde Wirkung der Konsumausweitung, naiver Glaube an ungeheure Margen und Reserven der Industrie und mangelnde Einsicht in die volkswirtschaftliche Bedeutung einer unter dem Zinsfuß liegenden Rentabilität – die vielmehr als eine bloß Aktionäre berührende Angelegenheit betrachtet wird – verhüllen die Tatsache, daß Überkonsumtion vorliegt – was sich auch darin zeigt, daß die Preise der Konsumartikel mehr stiegen, als die der Produktionsmittel – und die Kapitalbildung ungenügend ist.

In solcher Lage müßte und würde eine vernünftig geleitete sozialistische Gemeinschaft Einschränkung der Konsumtion verfügen. In der kapitalistischen Wirtschaft kommt das, von Palliativen abgesehen, auf die Erhöhung der Rücklagen der Industrie und Privater hinaus. Und darum handelt es sich in den Kämpfen der Gegenwart: Zwar erscheint in der privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaft jede soziale Funktion im Gewande eines privaten Interesses; aber das Wesen der Sache liegt nicht im Kampf der

Klasseninteressen, sondern im Kampf zweier unvereinbarer Allgemeininteressen: Des Interesses an momentaner Konsumtion und des Interesses am Ausbau des Produktionsapparates, des Interesses der Gegenwart und des Interesses der Zukunft.

10. Wirtschaftspolitische Möglichkeiten. Berlin, 25. Januar 1929<sup>93</sup>

Der Verband der Glasindustriellen Deutschlands, E. V., veranstaltete am 25.1. in Berlin, Hotel „Russischer Hof“, seine diesjährige Mitgliederversammlung. Nach dem geschäftlichen Teil und einer Sitzung des neugewählten Hauptausschusses wurde der allgemeine Teil behandelt, zu dem auch Industrielle, die weder direkt noch indirekt dem Verband angehören, willkommen waren. [...] Dr. Schaller, der den Geschäftsbericht erstattete, gab zunächst eine Übersicht über die Konjunkturlage und befaßte sich mit den Rentabilitätsverhältnissen in der deutschen Glasindustrie. [...] Den Ausführungen Dr. Schallers, die starkes Interesse erweckten, folgte der Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Schumpeter über „Wirtschaftspolitische Möglichkeiten“. Die wirtschaftspolitische Lage, so führte der Redner aus, sei voll von Abnormitäten. Die wichtigste sei zweifellos der Widerspruch zwischen der gewaltigen Konsumausweitung der letzten Jahre und der Tatsache steigender Schwierigkeiten im industriellen Organismus. Diesen Widerspruch zu beseitigen, sei das einzig mögliche Ziel jeder Wirtschaftspolitik. Nur völlige Klarlegung der Lage unserer Industrie könne die heute noch bestehenden phantastischen Vorstellungen von der Größe der Gewinne usw. zerstreuen. Die Konjunktur sei im Abgleiten begriffen, steuerliche und soziale Belastung und Lohnsteigerungen hätten die Gewinne des Konjunkturjahres „abgeschöpft“. Durch solche Momente müsse jeder künftige Aufschwung im ersten Anlauf geknickt werden. Besonders sei im Falle des Aufhörens des ausländischen Kapitalzustroms und des dadurch bedingten Effektivwerdens der Daweszahlungen eine scharfe Depression zu erwarten. Professor Schumpeter befaßte sich sodann mit der öffentlichen Finanzpolitik und erörterte die Möglichkeiten, das Defizit der Reichsfinanzen zu heilen. Er kam sodann auf den Zusammenhang zwischen der Lohnfrage und der Steuerlast zu sprechen. Steuerlast und Lohnniveau zusammen erklärten die Unzulänglichkeit unserer Kapitalbildung. Wichtigste Quelle der Kapitalbildung sei der Unternehmergewinn, er dürfe nicht weggesteuert oder sonst für konsumtive Zwecke verwendet werden. Die handelspolitische Situation zeige zwar ein Fortbestehen hochschutzzöllnerischer Tendenzen, aber doch auch Symptome der Besserung. Man dürfe die deutsche Zollsenkungsaktion nicht verurteilen; exportieren könne man nur, wenn man dem Import die Grenzen nicht verschließe.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

<sup>93</sup> Bei dem Auditorium handelte es sich um die Mitgliederversammlung des *Verbandes der Glasindustriellen Deutschlands*. Quelle: Verbände. In: Sprechsaal für Keramik, Glas und verwandte Industrien. Coburg, Jg. 62 (1929), 21.2.1929

11. Ökonomie und Psychologie des Unternehmers. Version des Vortrages, München, 22. Mai 1929<sup>94</sup>

### Ökonomie und Psychologie des Unternehmers

Der Zentralverband der deutschen Metall-Walzwerks- und Hütten-Industrie E.V. hielt am 22. Mai in München die zehnte ordentliche Mitgliederversammlung ab. Dabei führte Prof. Dr. J. Schumpeter, Bonn, über das Thema *Ökonomie und Psychologie des Unternehmers* folgendes aus:

Ogleich nicht alle Punkte theoretisch und statistisch so geklärt sind wie man wünschen möchte, so ist es heute doch nicht mehr schwer in Umrissen zu zeigen, was der Unternehmer für die Volkswirtschaft in der Vergangenheit bedeutet hat, gegenwärtig bedeutet und in der Zukunft bedeuten wird. Dabei unterscheidet man zweckmäßig zwei Seiten seiner sozialen Funktion: Einmal besorgt der durchschnittliche Industrielle die laufende Geschäftsführung und Verwaltung seiner Unternehmung, eine Tätigkeit, die sich als Arbeitsleistung qualifiziert und von anderen Arten von Arbeitsleistungen nicht wesentlich unterscheidet. Sie wäre in jeder Organisation der Gesellschaft möglich und wird nur bescheiden honoriert, wie die Gewinn- und Verlustrechnungen von Unternehmungen zeigen, die eben bloß innerhalb eingefahrener Bahnen verwaltet werden. Sodann ist es die Funktion des Unternehmers, neue technische und kommerzielle Kombinationen in die Praxis umzusetzen oder, populär gesagt, Träger des wirtschaftlichen Fortschritts zu sein. An diese Führerfunktion knüpfen sich die essentiell temporären, aber oft großen Gewinne, die Unternehmergewinne, welche die wichtigste Quelle der industriellen Vermögen sind. Wenn oft behauptet worden ist, daß der wirtschaftliche Fortschritt Tat des sozialen Ganzen ist, so ist das in dieser Allgemeinheit natürlich richtig, ändert aber nichts daran, daß es, um dem sozialen Ganzen zu dieser Tat zu helfen, einer besonderen Führung bedarf und die dazu nötigen Eigenschaften nicht gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt sind. Wenn ferner behauptet wird, daß die kapitalistische Methode des wirtschaftlichen Fortschritts diesen an dem privaten Vorteil einer kleinen Minderheit orientiere, deren Dienste der Gesamtheit daher zu teuer zu stehen kommen, so ist darauf zu entgegnen:

1. daß eben diese Verknüpfung zwischen privatem Gewinn, verstärkt durch die private Verantwortung für Verluste, ein besonders promptes Funktionieren des Mechanismus sichert;

---

<sup>94</sup> Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Metall-Walzwerks- und Hütten-Industrie. Quelle: *Ökonomie und Psychologie des Unternehmers*. Vortrag von Prof. Dr. Schumpeter auf der Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Metall- Walzwerks- und Hütten-Industrie. In: *Industrie- und Handels-Zeitung*, Berlin, 10. Jg., 23.5.1929



2. daß die Ergebnisse des Fortschrittes in der Folge automatisch dem Volksganzen zugute kommen;

3. daß die privaten Unternehmergewinne die wichtigste Quelle der ebenfalls im Interesse des Volksganzen notwendigen Kapitalbildung und heute auch das wichtigste einzelne Steuerobjekt sind;

4. daß die Gesamtsumme der eigentlichen Unternehmergewinne in der Volkswirtschaft keineswegs auffallend hoch ist, vielmehr nur deshalb hoch erscheint, weil sie so ungleich unter die Unternehmer verteilt ist und gerade die Spitzenerfolge der Öffentlichkeit in die Augen fallen.

Erst im Lichte dieser Gesichtspunkte gewinnen die Daten der Statistik ihre wahre Bedeutung, während es ganz begreiflich ist, daß der Laie die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung schon dann verurteilt, wenn er z.B. hört, daß in England im Jahre 1910 rund 1 % der Einkommen etwa 30% der Einkommenssumme in Anspruch nahmen.

Wenngleich weder die Größe des wirtschaftlichen Aufschwungs aller Länder während der letzten hundert Jahre, der Zeit vorwiegender Freiheit der Unternehmertätigkeit, noch der Zusammenhang zwischen diesem Aufschwung und der freien Unternehmertätigkeit vernünftigerweise bestritten werden kann, so springt doch in die Augen, daß die Bedeutung des individuellen Unternehmers nicht immer die gleiche war und nicht notwendig die gleiche bleiben wird. Vor hundert Jahren war sie sogar zweifellos größer als jetzt. Damals mußte der Unternehmer *erschauen*, was heute zum Teil für ihn *ausgerechnet* werden kann, damals war vielfach schwieriges Wagnis, was heute für ihn fertig hingestellt werden kann – und die Widerstände gegen technische und kommerzielle Neuerung sind immer geringer, steter Fortschritt ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Auch heute dürfte der Unternehmer sowohl als praktischer Führer des wirtschaftlichen Lebens als auch als Bildner von Kapital unentbehrlich sein, aber die fortschreitende Verwissenschaftlichung seiner produktiven und kommerziellen Technik einerseits und die fortschreitende Notwendigkeit verbandmäßigen Zusammenhandelns andererseits müssen in näherer oder fernerer Zukunft die Bedeutung der individuellen Initiative verringern.

Gegenüber dem Unternehmer hat sich nun – trotz aller seiner unleugbaren Erfolge – das soziale Ganze überwiegend feindlich verhalten. Wir sehen das schon im alten Rom, wir sehen das später, seit es eine Industrie im Gegensatz zum Handwerk gibt, und vorher schon an der Haltung von Öffentlichkeit und Regierungen gegenüber dem Kaufmann. Stets war er Angriffs- und Ausbeutungsobjekt aller möglichen Gewalten, vom Raubritter angefangen, und wo ihm Schützer erstanden, hat es sich in der Regel nur darum gehandelt, eine weitersichtige Form der Plünderung an die Stelle einer kurz-

tigen zu setzen. Ganz kurz und klein sind die Zeiten und Orte, in und an denen die Sache anders war. Zwei Umstände werden uns diesen Sachverhalt verstehen lassen: Der Umstand, daß Verachtung wirtschaftlichen Schaffens den feudalen Gewalten von ehemals tief eingewurzelt war, der Kaufmann und Industrielle aber sowohl ihres Schutzes bedurfte als auch psychisch ihrem Prestige unterlag. Man möchte nicht glauben, wieviel dieser Sachverhalt bis dicht an unsere Zeit heran an dem wirtschaftspolitischen Geschehen erklärt. Sodann der Umstand, daß die soziale Leistung des Unternehmers sich im phrasenlosen Alltag und im Gewande des individuellen Gewinnstrebens vollzieht: Um den militärischen Führer anzustarren, der im Glanze eines Sieges strahlt, bedarf es keiner besonderen Analyse – dieser Glanz appelliert an die primitivsten Instinkte. Um den Unternehmer zu würdigen, der im Kleinkampf um die Betriebsdisziplin die nationale Produktion und in der Form der Gewinnakkumulation die nationale Kapitalbildung sichert, bedarf es analysierender Gedankengänge, ganz abgesehen davon, daß die Erfüllung dieser Funktionen ihrer Natur nach unpopulär sein muß.

Die dadurch gegebene soziale Lage der Unternehmer war und ist schwierig – sie ist es heute im Grunde nicht mehr, als sie es immer war. Und sein eigener psychischer Habitus erhöht diese Schwierigkeiten. Begnügen wir uns mit dem Hinweis auf einige wesentliche Elemente desselben. Da ist zunächst das kaufmännische Lebensideal und der kaufmännische Pflichtbegriff, das Lebensideal der wirtschaftlichen Arbeit um ihrer selbst willen, gemessen am privatwirtschaftlichen Erfolg. Dieses Ideal und der entsprechende Pflichtbegriff ist nur dem industriellen und kaufmännischen Bürgertum eigen und allen anderen Gruppen fremd und unsympathisch. Da ist ferner der Umstand, daß die industrielle Familie in der Regel schnell steigt und sinkt, und nicht die Zeit hat einen Typus zu entwickeln, der etwa so imponierte, wie der Feudalherr imponiert hat. Und da ist der Umstand, daß in den meisten Ländern das Bürgertum nie dazu kam, politische Erfahrung und politisches Können zu erwerben, und daß der Beruf des Kaufmanns und Industriellen andere Talente erfordert und entwickelt, als die des Diskutierens, des Formulierens, des Werbens um öffentliche Zustimmung. Der Industrielle ist „Privatmann“, seine Kultur ist die Kultur des Privatlebens. Und sehr oft ist er stumm und hilflos, wo andere Gruppen sich sehr gut zu helfen wissen. Damit wollte ich die Ursachen unserer sozialen Situation von einem bestimmten Standpunkt aus beleuchten. Die praktischen Implikationen sind nicht meine Sache – und außerdem klar genug.

## 12. Die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung. Bonn, 14. April 1930

### 12.1 Der Bericht der Deutschen Reichzeitung<sup>95</sup>

#### **Wirtschaft und Kultur - Zwei Vorträge im Rahmen der Ferienkurse an der Universität Bonn.**

Im Ferienkursus der Universität Bonn hielt am Sonntagmittag Professor Dr. *Schumpeter*, der bekannte Bonner Wirtschaftstheoretiker, vor zahlreichen Zuhörern einen Vortrag: „Über die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung.“ Die Ausführungen Schumpeters konzentrierten sich auf die Beantwortung der Frage: *Enthält unsere ökonomische Situation sozialen Sprengstoff?* Das Objekt seiner Untersuchung war zunächst die Feststellung des Verhältnisses von Nahrungsmittelspielraum zum Bevölkerungsspielraum. Die Konsummenge ist durch die Verschiebung im Altersaufbau gewachsen. Wie steht es aber nun mit dem Malthusischen Gesetz, das besagt: Die Bevölkerung wächst über die vorhandene Nahrungsmittelmenge hinaus, so daß soziale Spannungen im Gesellschaftsgebäude entstehen. Das ist für Deutschland *nicht* der Fall. Professor Schumpeter erklärte, daß die Quote zwischen Nahrungsmittelmenge und Bevölkerungszahl in der Zukunft keine allzu große Differenzen aufweisen wird, da bei *gleichbleibender* Geburts- und Sterbeziffer die Bevölkerung Deutschlands im Jahre 1960 höchstens 70 Millionen und im Jahre 2000 höchstens nur 67 Millionen betragen wird. Man muß aber annehmen, daß die Geburtenziffer weiter *senken* wird, so daß die Gefahr des Pressens des Nahrungsmittelspielraums gegen die Bevölkerungszahl im Sinne einer Umstellung der sozialen Ordnung nicht zu erwarten ist.

Für die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung ist ferner die Stellung der Wirtschaftswelt zur politischen Welt entscheidend. Die Gegensätzlichkeit dieser beiden Faktoren beginnt mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das zum Wirtschaftserfolg und damit zur sozialen Machtstellung führt. Politik und Wirtschaft überschneiden sich in ihren Interessen. Und solange in den Parlamenten Nichtfachmänner über wirtschaftliche Fragen, wie Schlichtungswesen, Kartellfragen usw., entscheiden, wird es Spannungen zwischen [Wirtschaft]<sup>96</sup> und Politik geben. *Darin liegt heute das soziale Problem unserer Zeit.* Zum Ausgleich dieser Spannungen finden wir heute die Ideologien des Rätessystems, des ständischen Prinzips, die in ihrer praktischen Verwirklichung für die Schichtung der sozialen Ordnung entscheidend sind. Den Ausführungen von Professor Schumpeter zollte man lebhaften Beifall.

---

<sup>95</sup> Quelle: Wirtschaft und Kultur - Zwei Vorträge im Rahmen der Ferienkurse an der Universität Bonn. In: Deutsche Reichs-Zeitung vom 14.4. 1930

<sup>96</sup> Im Text heißt es: Wirt

12.2 Der Bericht der Bonner Zeitung<sup>97</sup>**Ferienkurse der Universität**

Gestern Mittag sprach im neuen großen Hörsaal vor den Teilnehmern der Kurse und anderen zahlreichen Gästen Professor Dr. Schumpeter über „Die Zukunft unserer Gesellschaftsordnung“ Der Vortrag sollte nicht, wie es in den Kursen gehandhabt wurde, die Wissenschaftliches auf allen Gebieten mithilfe des Vermittelns der Einzelfragen darboten, eine Fachfrage als solche zur Erörterung stellen, vielmehr als ein an eine allgemeine Hörerschaft gerichteter wissenschaftlicher Gruß hingenommen werden. Eingangs wurde gezeigt, wie bei einem solchen Stück von sozialer Prognose, die auf das Gebiet der Sozialwissenschaft führt, die praktische Seite gegeben sei durch den Zusammenhang mit der politischen Bildung, die darauf beruhe, dass man das Richtige vom Unrichtigen, das Mögliche vom Unmöglichen, das, was gestaltet werden kann, von dem, was uns gestaltet, zu unterscheiden vermag. Dazu sei weiter der Zusammenhang mit der politischen Moral gegeben. Die Prognose, die aufgrund einer Gruppe von feststellbaren Tatsachen und Tendenzen zu stellen war, ging aus von der Darlegung eines wirtschaftlichen Faktors, der Frage des wirtschaftlichen Wohlstands. Diese war dahin zu beantworten, dass der reale Wohlstand, den uns der Lebenskostenindex anzeigt, in Deutschland von 1919 bis 1929 auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet um 20 % gestiegen sei. Wir sehen hier, dass trotz aller Ereignisse, die über uns dahingingen, die deutsche Wirtschaft sich – wenn auch im Vergleich mit anderen Ländern, zum Beispiel Amerika, sehr wenig – doch vorwärts entwickelt hat. Ähnlich den deutschen liegen die Verhältnisse der englischen Wirtschaft, die die gleichen hemmenden sozial- und steuerpolitischen Umstände aufzuweisen hat. Als ein zweiter Faktor der sozialen Lage war die Bevölkerungszahl zu betrachten. Wenn feststeht dass der Druck der Bevölkerung auf die Nahrungsmittelbasis als eine Quelle ...<sup>98</sup> Schwierigkeiten sich erweise, so sei diese Furcht heute nicht mehr zu hegen. Die von dem großen englischen Volkswirtschaftler Marshall dargelegte Gefahr, die der Menschheit aus der Bevölkerungszunahme drohe, bestehe nicht und wenn auch Bevölkerungswachstum zu einem Sinken des Lebensstandards und damit zu revolutionären Tendenzen führe, so sei für uns aus dem sicheren Umstand, dass die Geburtenziffer nicht zunehmen werde, nach dieser Seite keine soziale Verschiebung voraussehen. Als Maximalzahlen seien errechnet, dass bei Konstantbleiben der gegenwärtigen Geburtenzahl und Sterblichkeitsverhältnisse Deutschland bis 1960 70 Millionen haben werde, von da ab die Einwohnerzahlen sinken werden bis auf 67 Millionen im Jahre 2000. Zusammenfassend ergab sich, dass aus der Notwendigkeit

---

<sup>97</sup> Bonner Zeitung, 15.4.1932

<sup>98</sup> Hier fehlt in meiner Vorlage ein Wort

der Wirtschaft keine Erschütterung explosiver Natur für unsere Gesellschaftsordnung zu erwarten sei. Der Zusammenhang zwischen sozialer Frage und Not sei hier zerrissen. Der allgemeine Wohlstand reiche aus, um die Ernährungsfrage aus ihrer bestimmenden Rolle im Bewusstsein des modernen Menschen zurückzudrängen. Wohl seien kurzfristige Störungen möglich, so durch Kriege, die heute eine Katastrophe bedeuten würden, da ...<sup>99</sup> Anders stellt sich die Lage dar, soweit sie politisch verursacht ist. Während die Wirtschaft nach Stabilität tendiere, so sei eine eigentümliche Diskrepanz zwischen der Struktur der wirtschaftlichen und der politischen Welt vorhanden. Es sei diese Erscheinung zu erklären aus dem Vergleich mit der Zeit vor der industriellen Revolution vor etwa 100 Jahren, die das Bürgertum zur politischen Macht führte. Ähnlich sei heute, beschleunigt durch den Krieg, eine politische Herrschaft der Arbeiter und der als solche zu qualifizierenden Intellektuellen entstanden. Da in der Wirtschaft das Prinzip des Individualismus und Verantwortung des Unternehmers herrsche, so streben hier Politik und Wirtschaft auseinander und entstünden die Spannungen unserer Geschichte, aus denen keine günstige Prognose bezüglich der sozialen Stabilität zu sehen<sup>100</sup> sei. Wenn auch der Kapitalismus als Wirtschaftssystem keine Quelle innerer Unfestigkeit bedeute, so schaffe er doch eine soziale Funktion, die mit seinem glatten Wirken unvereinbar sei. Die Krise des demokratisch parlamentarischen Systems rühre daher, dass die politische Macht zu einem Mittel geworden sei, wirtschaftliche Macht zu schaffen und zu erhalten. Es drängten sich hier dem Parlament die Lösung von Fragen auf [...]<sup>101</sup>. Denn es würde dem Parlament die Lösung von Fragen aufgegeben, die weder seinem Verständnis zugänglich noch aber seiner Macht entrückt seien. Als eine Quelle der Unzufriedenheit geben diese Umstände dem diktatorischen Gedanken Kraft und riefen überall die Forderung nach dem Fachmann wach. Eine große Bedeutung gewinne der wirtschaftliche Faktor aus einer psychologischen Einwirkung, seiner versachlichenden, rationalisierenden Tendenz. Ihr gelte nicht mehr die Macht der Tradition als solche. Diese rationalisierte, nivellierte Geistigkeit sei schlecht vereinbar mit der Form der kapitalistischen Wirtschaft. Es ergab sich so zum Schluss, dass der Kapitalismus auch für die Zukunft ebenso viel zu bieten vermöge, wie in der Vergangenheit. Sein System zeige weder innere Gefahren, noch Anzeichen des sozialen Verfalls, noch habe es seine Aufgaben schon erfüllt. Doch sei die psychische Grundlage dieser Produktionsform zerstört. Der Sozialismus, der als eine erfolgreich auf die Dauer wirksamer Ordnung noch in weiter Ferne stehen dürfte, sei eine Möglichkeit, die bis zu einem gewissen Grade Verarmung bedeute. Der Kapitalismus hingegen schaffe Voraussetzungen für andere Bindungen und sei im Begriff, die Sorge um den Lebensunterhalt

<sup>99</sup> Druckfehler, im publizierten Text fehlt ein Halbsatz.

<sup>100</sup> Vielleicht ein Druckfehler: „sehen“ für „ziehen“?

<sup>101</sup> Hier sind dem Setzer Zeilen durcheinandergeraten.

immer weiter zu erleichtern. Die Ausführungen, die die Ergebnisse eines weiten wissenschaftlichen Einblicks in einer so lebensvollen Form weitergaben, fanden starker Anteilnahme und dankbaren Beifall der Hörschaft.

13. Bemerkungen über die gegenwärtige Lage. Bonn, 20. Juli 1931<sup>102</sup>

Unsre wirtschaftliche Situation<sup>103</sup> hängt sehr weit davon ab, wie weit es Frankreich gelingen wird, seine Kammer in der Hand zu halten. Es ist klar, daß die Verschärfung der politischen Situation eintreten kann aus Dingen, die sachlich betrachtet gar nichts bedeuten, die aber gleichwohl eine große Bedeutung bekommen können, weil von ihnen das Leben der französischen Regierung abhängt. Diese Seite der Sache kann gar nicht von rationalen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Welche Taktik da eingeschlagen wird, ist so abhängig von Temperament und Nerven, daß es gar keinen Zweck hat, daß ich darüber hier vom Katheder etwas sage. Es kommt hinzu, daß man über gewisse Dinge auch gar nichts sagen kann, wenn man nicht im politischen Leben drinsteht. Vieles läßt sich so gar nicht beurteilen, und man sieht erst hinterher, ob ein Erfolg oder Mißerfolg in Aussicht stand.

Als die letzte Notverordnung erlassen war, hatten wir ein rein budgetäres Problem vor uns. Selbstverständlich hatten wir eine Wirtschaftskrise und ein großes Staatsdefizit, und es war vor allem richtig, das Staatsdefizit zu bekämpfen. Ich glaube ja, Deutschland kann sich aus politischen inneren und äußeren Gründen ein Staatsdefizit nicht leisten. Man kann nun über die Maßnahmen der Regierung urteilen, wie man will, die Energie, mit der das Problem angefaßt wurde, ist jedenfalls etwas, wozu sich jeder Deutsche nur gratulieren kann. Wir hatten da also die NotVO. und jeder Deutsche hatte das Gefühl, daß damit zunächst ein Sieg errungen und eine weitere NotVO. nicht nötig gewesen wäre, wenn sich die Wirtschaftslage inzwischen gebessert hätte.

<sup>102</sup> Die Niederschrift dieses Vortrages, die mit dem Eingangsvermerk versehen ist „Montag, den 20. Juli 1931. Prof. Schumpeter: Auf Herrn Wiebels Wunsch: Bemerkungen über die gegenwärtige Lage“, habe ich in einer Schumpeter-Mappe der Universitätsbibliothek Mainz entdeckt, die neben dieser Niederschrift, zahlreichen Schmitz gewidmeten Sonderdrucken, einer Schumpeter-Bibliographie und Fotografien auch folgende handschriftliche Widmung Schumpeters vom 19. Juli 1929 für seinen Assistenten Joseph Schmitz enthält: „Die kleinen Dinge dieser Mappe, welche die Jugend hoffentlich bald überholen wird.“ Die Mappe war später von Joseph Schmitz der Bibliothek übereignet worden. Sie wird nunmehr im RARA-Bestand der Bibliothek geführt. Der Niederschrift des Vortrages, einem 5-seitigen Typoskript, liegt offenbar eine stenografische Mitschrift zugrunde.

<sup>103</sup> Am 13. Juli 1931 war die Danat die zweitgrößte Bank Deutschlands durch den Konkurs der Norddeutschen Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei zahlungsunfähig geworden. Am 14. Juli 1931 blieben die deutschen Börsen sowie alle Banken und Sparkassen geschlossen. In einem Brief an Gustav Stolper hat Schumpeter am 13.7. 1931 hierzu bemerkt: „Schöne Geschichte! Und doch nimmt sie sich von der Studierstube nicht ganz so tragisch aus als sie es wohl im Zentrum des Hexenkessels trifft. Übrigens – was freilich niemand zugeben wird – zeigen sich nun die Folgen einer Finanzpolitik, die die nötigen Reserven nicht entstehen lässt. Das ist der tiefere und bössere Aspekt. Der bankpolitische Leichtsin, der keine Rücksicht auf das bei politischen Erschütterungen unvermeidliche Abschwimmen der 10 Milliarden nahm, ist nur sekundär. Wie gern spräche ich mit Ihnen die ganze Sache durch!“ J. A. Schumpeter: an Gustav Stolper, Bonn 13.7.1931. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Gustav Stolper (N 1186), 31

So war die Wirtschaftslage vor einem Monat. Nun passierten verschiedene Dinge. Zunächst der Run auf die Reichsbank. Wie Sie wissen, haben wir seit rund 1925 eine restriktive Kreditpolitik treiben müssen, die wir uns zum Teil dadurch erträglich machten, daß wir lang- und kurzfristige Kredite aufnahmen. Die langfristigen Kredite waren schon Gegenstand kritischer Betrachtung. Und das mit Recht. Das große Argument war, daß langfristige Kredite nicht dazu verwendet werden dürften, Pläne gemeindepolitischer Ausgestaltung zu finanzieren, etc; denn es handelte sich nicht darum, daß Werte überhaupt geschaffen werden, sondern daß marktwirtschaftliche Werte geschaffen werden. In diese Rubrik fallen weder Parks noch Sportanlagen, noch die Errichtung von Wohnhäusern, die ja auch keine Kapitalbildung darstellen, wenn sie nicht privatwirtschaftlich rentabel sind. Die Restriktionspolitik ist geknüpft an den Namen Schacht, der durch seine so energische Haltung sich den Widerstand sozialistischer und kommunaler Kreise zuzog. – Nimmt man einen ausländischen Kredit auf, so erwirbt man damit Guthaben bei ausländischen Banken. Man kann diese Guthaben nun verwenden, indem man Reparationszahlungen, oder indem man Importe damit begleicht. Später trat diese Verwendung jedoch gegen eine andere zurück. Die Kommunen etc., die Anleihen aufnahmen, brauchten keine \$, sondern M. Die wechselten also ihre \$ gegen M. Das bewirkte das starke Steigen der Deckungsdevisen bei der Reichsbank. Und dieses wiederum bewirkte, daß mehr Zahlungsmittel in Deutschland zirkulierten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das wiederum hatte zur Folge eine relative Steigerung des Preisniveaus, was wieder sich gegen unsere Handpolitik auswirkte. Außerdem machte es unsre Staatslasten weniger fühlbar, und das ist nicht gut. Man soll fühlen, was man zu tragen hat. Sind das schon Argumente gegen langfristige Kredite, so gibt es noch viel mehr gegen kurzfristige Kredite. Bekam man keine Kredite bei der Reichsbank, so verschaffte man sich die Kredite im Ausland. So sahen auch wirtschaftlich manche Dinge in Deutschland besser aus, als sie waren. Es war aber eine große Gefahr, daß wir eine kurzfristige Verschuldung von 12 Milliarden hatten, was sich in jeder politisch heiklen Situation zeigen konnte. Wenn man nun irgendwelche Vorwürfe machen will, so kann man natürlich unsrer Finanzpolitik den Vorwurf nicht ersparen, daß sie auf diese Situation keine Rücksicht nahm. Denn unsre Geschäftswelt konnte bei den Gegebenheiten nicht anders handeln, als sie handelte. Auch die Banken hatten es nicht an Vorsicht fehlen lassen. Etwa 8 Milliarden kurzfristiger Schulden im Ausland entsprachen 4 Milliarden kurzfristiger Anlagen im Ausland. Nun ist eine 50%ige Deckung der Banken nicht riskant und leichtfertig zu nennen. Was aber unsre Lage auf keinen Fall ertrug, waren politische Erschütterungen.

Nun hat Frankreich seit Behebung seiner Inflation sich in sehr kostspieliger Weise eine finanzielle Stärke verschafft, die so groß ist, wie die der U. S. A. Man kann natürlich fragen, was Frankreich zu dieser wirklich kostspieligen Politik geführt hat. Es ist da



zu sagen, daß Frankreich sich hier eine gleich kostspielige Rüstung zulegte wie auf militärischem Gebiet. Man kann heute feststellen, daß sich diese Politik bewährt hat. Frankreich hat durch seine Kapitalansammlung im allgemeinen und besonders der international verwertbarer Zahlungsmittel und Forderungen sich eine Macht geschaffen, die cum grano salis jede Macht heute auf die Knie zwingen kann, d. h. also alle Staaten mit starkem Anteil am internationalen Verkehr sind heute in der Lage, daß Frankreich sie durch bloße Geltendmachung seine Forderungen in der Hand hält. Nun, das ist eine höchst unsympathische Situation. Es wäre zu fragen, wie Frankreich sich diese Situation schaffen konnte. Es kam zum großen alten Reichtum Frankreichs die Finanzpolitik seit 1926 hinzu. Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, welche Stärke diese Finanzpolitik mit sich brachte. Sie schaffte ein niedriges Preisniveau, eine Rückkehr der geflüchteten Kapitalien. So ergab sich einfach der Goldzustrom nach Frankreich, der der Ausfluß einer sehr großen physischen Gesundheit ist. Hätte sich bei uns eine ähnliche Politik ergeben, so wären wir jedenfalls nie so abhängig geworden, wie wir es jetzt durch unsre kurzfristigen Kredite sind. Bei uns sind infolge starrer Preise eben sehr große Gruppen nicht elastisch. So gerieten wir in eine Abhängigkeit, die umso ärgerlicher sein muß, als sie vermeidbar war. Es kann nicht stark genug betont werden, daß sachkundige Finanzpolitik schicksalbestimmend sein kann für ein Volk.

Die politische Beunruhigung trat ein. Die Guthaben strömten ab, wobei man sich das nicht so vorzustellen hat, als ob irgendeine feindliche Macht sie abberief. Aber in der Wirkung ist es dasselbe. Zunächst gab die Reichsbank die Devisen her, dann standen ihr die 4 Milliarden der Banken zur Verfügung, die auch heute noch nicht erschöpft sind, und dann stand ihr noch einiges zur Verfügung.

Besonders kritisch wurde die Situation zunächst für unsre aktivste und international angesehenste Bank, die Danatbank, und damit war das Signal gegeben. Eine Rolle spielt dabei auch die Abziehung von der Danatbank im Inlande, die aus anderen Gründen propagiert wurde. Ich sagte, daß die kurzfristigen Kredite in großem Maße nicht zur Finanzierung des Importes nötig waren, sondern zur Finanzierung unsres Geldbedarfs. Wozu ist es denn aber nötig, daß, wenn Schuster und Schneider tauschen, Gold oder eine ausländische Währung da sein muß? Doch nur als Schutzmittel gegen inflationistische Maßnahmen, was der Sinn dieser Gold- und Devisenbestimmung ist. Wenn also, im selben Maße, wie jetzt das Geld abströmt, neues Geld geschaffen würde, so bedeutete das weiter nichts. Das zeigt, daß das Abströmen von ausländischen Guthaben nichts weiter als eine technische Schwierigkeit wäre. Allein es traut ja kein Mensch irgendeiner Instanz unendliche Weisheit und Sicherheit in der Versuchung zu, in der Geldschöpfung innezuhalten. Und wenn man dieser Ansicht ist, so kann ja die Reichsbank unmöglich diese Bahn betreten, weil allgemein Panik und Mißtrauen die Folgen wären.

Deshalb steht diesem Abschwimmen eines Teils der Basis unsres Zirkulationssystems hier keine Möglichkeit entgegen. Was wir haben, ist eine Deflationskrise. Eine solche Deflation ist aus sehr vielen Gründen ein Malheur, aber noch keine Katastrophe. Diese Deflation äußert sich im Hinaufgehen der Diskontsätze und in einzelnen Fällen in direktem Zahlungsmittelmangel usw. Ein zweites Moment ist, daß sich ein Mißtrauen gegen die Mark geltend macht. Nun, das bedeutet gar nichts. Denn wenn keine Inflation getrieben wird, und bis jetzt wird keine getrieben, bezahlt eben jeder Baissier eine sehr hohe Strafe, die ihm herzlich zu gönnen ist. Es bedeutet also nichts, wenn allgemeines Mißtrauen die Mark auf Stunden und Tage an ausländischen Börsen zum Sinken bringt. Denn wenn nichts geschieht, um dieses Mißtrauen zu rechtfertigen, so sind die Baissiers die beste Hilfstruppe. Jeder Baissier muß ja dann zur Deckung schreiten und damit selbst die Schlinge zuziehen, in die er seinen Kopf gesteckt hat. Und darum ist es richtig, diese Dinge laufen zu lassen, und deshalb ist es falsch, das zu machen was die Regierung mit der KapitalfluchtnotVO gemacht hat.

Das, was als Nettoresultat sich jetzt ergeben wird, auch wenn wir neue Kredite bekommen, ist eine neue Welle von Arbeitslosigkeit und Bankrotten. Denn das Hinaufgehen der Diskontsätze wird einige Unternehmungen töten, die sich sonst noch hätten halten können. Trotzdem war es weise von der Regierung, zu erklären, daß die Gläubiger der Danatbank entschädigt würden, und wenn die Diskontsätze zunächst scharf heraufgesetzt wurden. Und es war gut, sich um Kredit zu bemühen. Doch nun müssen wir die Nerven behalten und unter keinen Umständen Konzessionen machen. Im übrigen dürfen wir keine so populären Maßnahmen treffen wie es die vor einigen Tagen waren. Es ist dann anzunehmen, daß sich die Sache von selbst in einigen Wochen gibt. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die Situation überwunden wird ohne soziale Erschütterungen, aber es ist kein Zustand, daß solche Dinge sich überhaupt ereignen können.

## 14. Reparationen und Weltkrise. Bonn, 10. November 1931

### 14.1 Der Bericht der Deutschen Reichs-Zeitung<sup>104</sup>

#### **Reparationen und Weltkrise. Vortrag von Professor Dr. Schumpeter**

Die *Politisch-akademische Vereinigung* an der Universität Bonn begann gestern Abend ihre Wintertätigkeit mit einem Vortragsabend, auf dem der bekannte Finanzwissenschaftler Professor Schumpeter über Reparationen und Weltkrise sprach. Professor Schumpeter ging kurz auf die Hauptursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ein. Sie sind in den bekannten Tatsachen zu suchen, daß unter den europäischen Ländern vor allem Deutschland nach der Wiederherstellung seiner Währung verschwenderisch wirtschaftete, während sich in Frankreich, das wenig Bedarf für Anlagekapital hatte, das Kapital durch Rückwanderung und neuen Zustrom zusammenziehen konnte. Bis Ende 1930 nahm Deutschland etwa 18,2 Milliarden äußere Schulden auf sich. Davon wurden die Reparationen bezahlt und der Fehlbetrag der Handelsbilanz gedeckt. Das Ende der Tributzahlungen werde schließlich durch den Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen herbeigeführt. Deutschland kann die Reparationsleistungen nicht anders als durch gesteigerten Export aufbringen. Dies wirkt auf den schon geschwächten Weltmarkt zerstörend. Wegen dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit, auf die Reparationszahlungen zu verzichten, werden sich die Gläubigerländer schließlich von selbst auf menschliche Gesichtspunkte zurückziehen, um das weltwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Dies gelte schließlich auch von Frankreich, obwohl dieses auf Grund seiner Machtstellung den stärksten Widerstand leistet. Die Reparationen nach dem Youngplan, die sich bis 1988 erstrecken sollen, begannen mit 1200 Millionen Mark. Diese Zahlungen haben sich von Anfang an als undurchführbar erwiesen, weil sie in eine Weltwirtschaftskrise fielen, in der sich alle Staaten gegen eine deutsche Reparationsausfuhr verzweifelt wehrten. An Schumpeters anderthalbstündige Ausführungen, die mit größtem Interesse aufgenommen wurden, schloß sich eine längere, sehr angelegte Aussprache an.

---

<sup>104</sup> Quelle: Reparationen und Weltkrise. Vortrag von Professor Dr. Schumpeter. In: Deutsche Reichs-Zeitung, 12.11.1931

14.2 Der Bericht der Bonner Zeitung<sup>105</sup>**Von der Universität**

Die politisch-akademische Vereinigung an der Bonner Universität trat gestern mit einem Vortragsabend an die Öffentlichkeit. Ihr Leiter konnte im großen Hörsaal außerordentlich zahlreiche Zuhörer begrüßen, ganz besonders die Professoren, vor allem Herrn Professor Schumpeter, den Redner des Abends [...]

Professor Schumpeter führte, bevor er mit seinem Vortrag *Weltkrise und Reparationen* begann, aus, dass die Lehrkräfte der Universität die Vereinigung herzlich begrüßen. Man habe das Bedürfnis, über den Hörsaal hinaus sich auszusprechen, nicht über Dinge, die dem Einzelnen als Ideal gelten und die in der eigenen Brust ausgekämpft werden müssen. Denn es sei ja der Beruf des Intellektuellen in der Politik, den Raum der Politik zu begrenzen, so dass nicht über Dinge diskutiert werde, für die der Zweck nicht ersichtlich ist. Auf sein Thema eingehend meinte der Redner dann, es sei verständlich dass die gegenwärtige Krise von dem ersten auf das Kapital, vom zweiten auf die zu hohen Löhne, vom dritten auf die Goldwährung und vom vierten schließlich auf den Sozialismus zurückgeführt werde. Alle diese Standpunkte seien psychologisch verständlich, man schiebe eben dem herrschenden System alles in die Schuhe, auch wenn die persönliche Verärgerung durch unangenehme Ereignisse, die an sich nichts damit zu tun haben, hervorgerufen sei. Der Deutsche betrachte die Reparationen immer, und das mit Recht, selbst wenn sie nur zehn Pfennige im Jahr betragen würden, als eine ihm zugefügte Schmach, als eine Beeinträchtigung in der Gleichstellung mit anderen Völkern. Er habe aber im Gegensatz dazu auszugehen von der Diagnose der Wirtschaftskrise. Hier ist der Grundvorgang eine Phase in der Bewegung des Wirtschaftslebens, die man seit dessen Bestehen feststellen kann. Das Paradoxe sei, dass in einer Zeit ungeheuren Reichtums die produktiven Möglichkeiten auf einen Stand gekommen sind, den man vor zehn Jahren noch nicht für möglich hielt. Wenn unsere Sache heute so böse stehe, so komme das vom politischen Gebiet. Eine Reihe von Preisen sind politisch gebunden, und besonders in den Vereinigten Staaten hindert das den Rohstoff, zum Produkt zu werden und zum Produzenten zu kommen. Vom Laien werde vielfach die Bedeutung der Goldwährung überschätzt, da es von sekundärer Bedeutung sei, ob eine Golddeckung oder Goldkerndeckung vorhanden sei. Zur Bedeutung der Reparationen sei, nicht im allgemeinen, zu sagen, dass England nicht gespart habe und seine Ausgaben im Staatshaushalt anschwellen ließ und auch Deutschland seit dem Jahre 24 eine

---

<sup>105</sup> Bonner Zeitung, 11. 11. 1931. Erwähnenswert scheint mir, dass nach diesem eine Woche später ein zweiter öffentlicher Abend der politisch-akademischen Vereinigung zum Thema *Weltabrüstung oder europäischer Zusammenbruch* stattfand. Es sprachen Frida Perlen und Mdme Duchese, eine deutsche und eine französische Vertreterin der Internationalen Frauenliga.

sehr laxe Finanzpolitik getrieben habe. So ergab sich die Situation des kurzfristigen Kapitals, dem Öl in der Maschine vergleichbar, dass es in Deutschland und in England nicht entsprechend hergestellt werden konnte, und das kurzfristige Kapital bei der geringsten politischen Bewegung in sein Herkunftsland zurückgezogen wurde. Dadurch erklärt sich auch die Machtstellung Frankreichs auf finanziellem Gebiet. Frankreich hat sich nicht nur durch seine Sparsamkeit, sondern auch durch Einkommensdruck seine Kapitalrückwanderung erhalten. Bedenklich ist bei der kurzfristigen Verschuldung, dass sie eine Goldschuld ist; das Zurückziehen zupft an der Basis und kann so wohl Ursache zu einer Krise werden. Die Frage des kurzfristigen Kapitals ist umso trauriger, beschämender bei uns, als bei einer etwas besseren Finanzpolitik diese Kette am Fuß unseres Landes nie entstanden wäre. Sie ist inkommentibel mit Gleichberechtigung anderer Völker und eine Ursache moderner Politik. In dieser Lage ist Deutschland nur durch seine Finanzpolitik geraten. In Depressionen machen sich die Reparationen besonders bemerkbar. Mit geliehenem Gelde wurden die Reparationen bezahlt. Wie schlimm es ist und werden kann, wenn durch politisches Misstrauen Kredite entzogen werden, sei an einem Beispiel festgehalten. Eine deutsche Firma baut für deutsche Rechnung und deutsche Auftraggeber. Sie hat Dollars gehandelt, die billiger als die Mark waren, und muss sie nun plötzlich zurückgeben. Dieses Zupfen an der Basis fühlte auch England. Es überließ deshalb zunächst das Pfund sich selbst, um seine politische Selbstständigkeit zurückzugewinnen. Der Abzug hat mit den Reparationsfragen insofern etwas zu tun, als bei der Diskussion des Youngplanes die deutschen Nationalökonomien sich damals in zwei Lager teilten, von denen das eine die Möglichkeit, dass andere die Unmöglichkeit der Durchführung des Youngplanes erklärte. Beide haben Recht behalten. Wenn das Ausland uns Reparationen nachlässt, so macht es das nicht aus Liebe zu uns, sondern weil die Reparationen das Weltgeschäft verderben und Deutschland durch erhöhten Export mehr Waren auf den Markt bringt und eine Überschwemmung eintritt. Der deutsche Export wird immer mehr an Boden gewinnen, wenn der vom Ausland geübte Druck nur stark genug ist; er wird über jede Zollmauer klettern und den Grund des Auslandes, sich in der Nachlassung der Reparationen auf humanitärer Basis zurückzuziehen, verstehen lassen. Auch das Feiertjahr ist zweifellos der heiklen Situation amerikanischer Großbanken zu verdanken, die sonst umgeworfen hätten.<sup>106</sup> Die Durchführung der bis 1988 laufenden Reparationen ist deshalb undurchführbar, weil sich das Ausland verzweifelt gegen den deutschen Reparationsexport, die einzige Möglichkeit zur Erfüllung, wehrt. Er glaubt persönlich dass der Youngplan rechtlich – er sei ein schlechter Jurist, nehme es aber an – haltlos wird, da Deutschland nicht in der Lage ist, anders zu erfüllen. Aber selbst dieses bescheidene Maß ökonomischer Einsicht fehle der politischen Welt. Eine Zinsverbilligung müsse den kurzfristigen

---

<sup>106</sup> So im Text

Kredit noch mehr verringern, und von der Zinsverbilligung bis zur Kreditrationierung werde man in absehbarer Zeit wieder zur Brotkarte kommen. [...]

## 15. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Bonn, 28. April 1932

### 15.1 Eine Vortragszusammenfassung im persönlichen Archiv Wolfgang F. Stolpers<sup>107</sup>

#### **Soziale und wirtschaftliche Entwicklung**

Zunächst gilt es das Thema vor Missverständnissen zu schützen, die beim Wort „Entwicklung“ auftauchen können. Es handelt sich bei Entwicklung um Veränderungen sozialer Formen, geistiger Gebilde, technischer Einrichtungen usw. Missverständnisse kommen einmal daher, dass man beim Wort Entwicklung an den naiven Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts zu denken geneigt ist, das den Fortschritt gleichzeitig positiv wertet. Entwicklung als positiv gewerteter Fortschritt hat mit dem Thema nichts zu tun. Der bürgerliche Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts, dessen Mutter das Hauptbuch ist, hat hier nichts zu suchen.

Der andere Grund zu Missverständnissen liegt in der Ablehnung des Evolutionismus des 19. Jahrhunderts, der aber schon im 18. Jahrhundert seine Vorläufer hat, einer Ablehnung, die sich daraus erklärt, dass der Evolutionismus zur Spitzmarke geistigen Dilettantismus geworden ist. Man kam auf den Gedanken, die Deszendenztheorie auch auf andere Gebiete anzuwenden, was ohne Zweifel in einigen Fällen geht. Der Evolutionismus entsprach einem tiefen Bedürfnis insofern, als er ein wichtiges Glied im System des Materialismus wurde, als solcher manchen ab initio sympathisch, anderen unsympathisch war.

Auf diesen Gedanken und Glauben können wir uns nicht berufen, da er unser Problem verkleistert.

Wir müssen von unserer einzelwissenschaftlichen Problemlage ausgehen.

Die Formen der Kultur ändern sich, wie ändern sie sich, und wie setzen sie sich durch?

Das tiefste Erlebnis des Menschen ist zweifellos das Anderswerden der Dinge um ihn. Es muss aber ein Kern herausgeschnitten werden aus dem Oberbegriff des Anderswerdens der Dinge um uns und unserer selbst. Wir meinen aber nicht in erster Linie die Inhalte, die anders werden: diese kann man beschreiben. Unser Problem ist formal: Wie werden die Dinge anders? Das ist die Kernfrage die uns interessiert. Das Wesentliche ist, wie eine Epoche, was immer es für eine sein mag, in eine andere übergeht. Eine wissenschaftliche Entwicklung ist vor allem in ihrer Wirkung auf unser geistiges

---

<sup>107</sup> Xerokopie eines 4seitigen Typoskriptes aus dem ehemaligen Privatarhiv Wolfgang F. Stolper mit der Überschrift: „Schumpeter: Soziale und wirtschaftliche Entwicklung“ und der handschriftlichen Notiz Stolpers: „Vortrag in der sozialphilosophischen Arbeitsgemeinschaft, gehalten am 28.IV.1932“ Da in einer Ecke des Typoskriptes, verblasst und von dritter Hand geschrieben, „Stolper“ steht, kann es sich bei dem Typoskript auch um eine Aufzeichnung Kläre Tisches handeln, die an W. F. Stolper gelangte.

Sein von Bedeutung. Es handelt sich hier aber nicht darum, sondern lediglich um das „Wie“. Wenn die Ökonomie zuerst zu Wort kommt, so geschieht es nur aus Zufall; obwohl ein Grund vorläge, ein Primat der Ökonomie anzunehmen, da die Ökonomie die quantitativste Wissenschaft ist. Aus diesem Grunde kann man an der Ökonomie so gut Dinge ausführen, weil man hier messen kann, wo man sonst abschätzen muss. Andererseits leidet Ökonomie ganz besonders unter dem Geheimnis der „Entwicklung“.

Das wichtigste Element der rechnenden Ökonomie sind die Zeitreihen. Man versteht darunter Datenreihen, deren Benutzung die Schwierigkeit hat, dass sich ihre Norm ändert.

Von Entwicklung sprechen wir dann, wenn eine Änderung der Norm in infinitesimalen Schritten nicht möglich ist. Man kann noch soviel Postkutschen nehmen, nie wird eine Eisenbahn daraus. Es ist vielmehr ein Ruck da und diesen Ruck zu enträtseln, ist die eigentliche Aufgabe der Ökonomie, nachdem es ihr im 19. Jahrhundert gelungen ist, einen bestimmten Zustand unter Annahme von ausreichend vielen Gleichungen eindeutig zu bestimmen (León Walras)

Wir beobachten nun aber, dass die Normen nicht dieselben bleiben.

Wie hat man nun versucht, das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung zu lösen?

1. Der Historiker hat historisch die Veränderungen aufgezeigt.
2. Der Theoretiker hat versucht, allgemeine Umstände anzugeben, welche das Bild der Wirtschaft dauernd verändern:

- a) zum Beispiel andere Umstände, die außerhalb des ökonomischen Systems liegen, wie Erdbeben, Weltkrieg.

- b) Datenänderungen, wie Zunahme des Kapitals, der Bevölkerung, neue Techniken usw. können als Ursache der Entwicklung angegeben werden.

Das Unbefriedigende an diesen Verfahren und der daran geknüpften Prognosen liegt darin, dass auf diese Art das wirtschaftliche Leben selbst nur als ein Anpassungsvorgang beschrieben wird. Genügte das, würde das Entwicklungsproblem, das wir zu erkennen suchen, nicht eintreten.

Die Wirtschaft reagiert fast nie so, wie es ihre Auffassung als Anpassungsvorgang erfordern würde. Sie hat vielmehr ihre eigene immanente Entwicklung.

Dieser Auffassung lehrt uns festzustellen, wo im wirtschaftlichen Leben Terminierte und Determinierte und wo im wirtschaftlichen Leben schöpferisches Leben erfolgt.

Da die wirtschaftliche Entwicklung ruckweise vor sich geht, kann nach der Entwicklung die Wirtschaft wieder in ihren statischen Zustand übergehen, d.h. in einen Zustand, in dem die Änderungen der Norm in infinitesimalen Schritten vor sich gehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich darstellen als eine Art Wellenbewegung, die nur deshalb so unregelmäßig aussieht, weil mehrere Wellen zusammenfallen, die



aber isoliert sehr regelmäßig sind. Diese Wellen drehen sich um eine in der kapitalistischen Wirtschaft ständig steigende Linie, die man den Trend nennt.

Die Wellenbewegungen sehen kontinuierlich aus, doch trägt hier das Bild, da die Entwicklung, wie gezeigt, ruckweise verläuft. Daraus erklärt sich auch das regelmäßig auftretende Erscheinen von Depressionen und Krisen in der kapitalistischen Wirtschaft.

Sch. hofft gezeigt zu haben, dass selbst, wenn die Umstände um uns gleich blieben und wenn die Menschen gleich blieben, es doch eine immanente wirtschaftliche Entwicklung geben würde.

Woher kommt nun diese Entwicklung, die nicht selbstverständlich ist? Man weiß, dass man die „Ursache“ der Entwicklung im Unternehmer sieht, dass das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmer ist. Jedoch ist auch das keine letzte Erklärung. Auch mit dem Wort „Genie“ die Unternehmerfunktion zu erklären wollen, ist nur die Verkleisterung des Problems mit einem Wort. Man sollte ruhig zugeben, dass hier noch ein ungelöstes Geheimnis steckt.

Schumpeter will es scheinen, als ob die Schwierigkeit der Lösung weniger in einem Mangel des Materials läge als in dem Umstand, dass der menschliche Denkkaparat nur in Zuständen denken kann. Es wird dies wahrscheinlich immer ein Geheimnis bleiben, und es ist besser, man gibt das zu, als dass man das Problem durch Worte verschüttet.

-----

Soziale Entwicklung scheint es Schumpeter im allgemeinen nicht zu geben. Es gibt nur eine soziale Entwicklung in allen den unterscheidbaren Gruppen des sozialen Seins, die durch bestimmte Personengruppen vertreten werden. Es gibt Entwicklung der Kunst, weil es Künstler im Hauptberuf gibt usw.

Es ist eine Fiktion, von einem<sup>108</sup> Zeitgeist zu sprechen, da die Koexistenz von mehreren Kulturen eine der wichtigsten Probleme zu sein scheint.

Auch Entwicklung auf anderen Gebieten scheint eine Analogie zu sein, zu dem, was wir bei der ökonomischen Entwicklung festgestellt haben.

Wer eingesehen hat, dass es mit der dauernden Entwicklung nicht geht, weil man sich hierbei im Kreise dreht, bei dem liegt es nahe, sich von der Erscheinung der Entwicklung selbst abzuwenden. In der Kulturkreistheorie ist eine Theorie verkörpert, die hauptsächlich eine Reaktion auf den Evolutionismus ist.

Wenn neue Betriebsformen eingebaut werden ist es klar, dass sich durch die Vibrationen hindurch ein neuer Gleichgewichtszustand herauskristallisiert. Aber nicht, dass, sondern wie diese neuen Betriebsformen entstehen, ist die Frage.

Wenn fundamental Neues in der Welt geschieht, dann stehen wir vor einem Rätsel.

---

<sup>108</sup> Unterstreichen vom Herausgeber: Die Einheitlichkeit des Zeitgeistes steht in Rede. U.H.

15.2 Der Bericht der Bonner Zeitung<sup>109</sup>**Die philosophisch soziologische Arbeitsgemeinschaft<sup>110</sup>**

unter dem Professorenkern, Rothacker und Schumpeter, behandelt in diesem Semester das Problem der Entwicklung. In der gestrigen ersten Sitzung sprach Professor Schumpeter zur Einleitung und Zuspitzung des Gesamtthemas und gab sodann die erste Einzelbehandlung aus seinem Fachgebiet, in dem er zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seine Anschauungen äußerst ansprechend und verlebendigend darlegte. Es erwies sich, in ein wie weites und reiches Gebiet der Gedanke der Entwicklung führt, wie mit ihm der Gesamtaufgabe der Arbeitsgemeinschaft eine Fülle neuer wichtiger Gesichtspunkte gewonnen werden. Es wurde zunächst eine scharfe Abgrenzung vorgenommen gegenüber dem naiven Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts, der die Veränderung geistiger Gebilde und Formen positiv wertete, ein Glaube, als dessen Mutter das Hauptbuch des Bürgers genannt wurde. Ferner war ein Trennungsstrich zu ziehen gegenüber dem Evolutionismus, vor allem des 19. Jahrhunderts, einerseits gegen die Versuche, das Schicksal der sozialen Dinge auf einzelne Entwicklungslinien aufzureihen, andererseits gegen den materialistischen Glauben an eine notwendige Entwicklung in notwendig wiederkehrenden Entwicklungsreihen. Auf solche Weise wurde das Gefühl für das Entstandensein der Dinge schematisiert und zum großen Teil unfruchtbar gemacht. Und doch ist dies Anderswerden der Dinge um den Menschen herum dessen tiefstes Erlebnis. Mit ihm erhebt sich vor allem die Frage nach dem Wie. An dem Gegenstand der Wirtschaft wurde sie zuerst behandelt. Ökonomisch war Entwicklung zu bestimmen als Veränderungen, zwischen denen ein Übergang in unendlichen, sich aneinanderreihenden Schritten nicht möglich ist. Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Anpassungsvorgang; sie ist vielmehr eine ruckweise Veränderung, die aus dem Wirtschaftssystem selbst hervorgeht. Sie stellt sich dar als eine Wellenbewegung, das Abbild eines wesentlich ungleichmäßigen Vorganges. Auch wenn die Daten der Wirtschaft immer gleich blieben, keine gewaltsamen Eingriffe sie trafen, würde es trotzdem ein Anderswerden der Wirtschaft, eine innerliche wirtschaftliche Entwicklung geben. Dies ist leicht zu beschreiben, aber schwer zu erklären. Das Wie ist besser als ein Geheimnis zu bezeichnen, als es mit einem Wort zu verkleistern. Die Schwierigkeit dürfte darin liegen, dass wir unserem logischen Vermögen nach schwerlich anders als in Zuständen denken können.

---

<sup>109</sup> Bonner Zeitung, 29. April 1932

<sup>110</sup> Vgl. auch den Bericht der Bonner Zeitung vom 29.7.1932 (Bonner Nachrichten. Die philosophisch-soziologische Arbeitsgemeinschaft) über das Nachwort Erich Rothackers zum Entwicklungszyklus, in dem er auch auf Schumpeters Vortrag eingeht. In der Sitzung vom 2.6.1932 hat Fritz Kern mit einer persönlich gehalten Bemerkung den Weggang Schumpeters bedauert. (Vgl. Bonner Zeitung vom 3.6.1932. Von der Universität)

16. Tendenz zum Sozialismus? Bonn, 18. Juli 1932<sup>111</sup>

16.1 Wolfgang F. Stolper (1932/1994): Zum Vortrag *Tendenz zum Sozialismus?*<sup>112</sup>

[...] In July 1932, Schumpeter spoke about tendency toward socialism. He started with two questions: "First, to what extent is there a tendency towards socialism? And once this question is answered: Second, how does the present situation fit into this picture?" Schumpeter dealt with Marx in terms which he later worked out in *Capitalism*. "The greatness [of the Marxian theory] lies *not* in its content but in its form [and] in the fact that thousands find in it a substitute for religion." But its theoretical bases, the theory of accumulation and of the breakdown, are not tenable. "What really happened was, that the army of workers led by the entrepreneur has broken through the constraints (Hemmungen) which surround the individual."

Competitive capitalism would be stable, "except that we find that things developed differently.... Competitive capitalism has never existed by itself, but was always permeated by the preceding Herrenkultur, lordly culture." Because of this we find combinations, cartels, trusts, and so on, and the bourgeoisie (Bürgertum) socialized itself. The result is that though socialism is not inevitable it becomes more and more possible.

Since the talk was given in 1932, Schumpeter dealt with three contemporary problems, all of which have their present-day analogues. First, England's abandonment of the gold standard is a more important symptom of the way to socialism than anything "that happens in Russia." Second, the world crisis is not a verification of the move towards socialism. Quite the contrary: "it may radicalize the masses but it is a temporary setback which has made the chances for socialism smaller than ever before. As soon as one recognizes that the present situation is a [temporary] reversal, it becomes clear that the modern planned economy is not comparable to what will come but to what was. The analogy lies in the 18th century. Then, too, [there was a] crisis psychology with autarky etc. Then, too, there was bureaucracy" (1932b; translated from my notes).

Once one investigates the inherent possibilities of a system one can say something about the future, although there is, of course, nothing deterministic about this. But there is one thought which I do not recall being expressed later: once some disturbance occurs, the system gets additional degrees of freedom, and this allows development in different directions.

<sup>111</sup> Die Vortragsankündigung der Bonner Nachrichten vom 18.7.1932 lautete: In der Politisch-Akademischen Vereinigung wird heute Abend im neuen großen Hörsaal der Universität (10) Herr Prof Schumpeter über „Tendenz zum Sozialismus?“ sprechen. Da Herr Prof. Sch. nach Amerika berufen ist, wird dies die letzte Gelegenheit sein, ihn hier in Bonn zu hören. Dieser öffentliche Vortrag (mit Aussprache) ist gleichzeitig der letzte Vortragsabend der Politisch-Akademischen Vereinigung in diesem Semester.

<sup>112</sup> Wolfgang F. Stolper: Joseph A. Schumpeter—The Public Life of a Private Man. 1994, Princeton: University Press, p.111-112

The third point of interest is what Schumpeter had to say about national socialism in 1932, half a year before the Nazis actually came to power. It is these additional degrees of freedom which make it inappropriate to "describe national socialism in categories which have been taken from the ideologies of a preceding period."

"The essential point about national socialism appears to Schumpeter to be that it is possible to take a group out of the population which, as it were, considers only the common good and the common weal which, because it is taken out, is not class-oriented but can at any one moment pursue that policy which benefits best the common ideal. This structural idea explains among others the absence of a program so characteristic of the National Socialists. Such a party could pursue a capitalist or a socialist policy without logical contradiction" (translated from my notes).

This characterization of the National Socialist ideas does not, of course, prove that Schumpeter thought them correct. But it is in this general context that Schumpeter deals with intellectuals and sociology. In Schumpeter's view, the bourgeois stratum can survive only in symbiosis with something emotionally more uplifting than prices and products and production and economic well-being. Those of us who lived through die Great Depression remember the optimism that all would be well with the world if only mass unemployment were eliminated. Instead, the result seems to be, at least in the United States, what has been referred to as the now-now generation with a diminished sense of community and regard for future generations. [...]

## 16.2 Der Bericht der Bonner Zeitung<sup>113</sup>

### **Bonner Nachrichten**

Prof. Dr. Schumpeter

sprach kurz vor seinem Scheiden von Bonn gestern Abend unter sehr großer Anteilnahme im Kreise der politisch akademischen Vereinigung über das Thema *Tendenz zum Sozialismus?* In wissenschaftlich kritischer Linienführung brachten die einsichtsvollen und zeitnahen Darlegungen wertvollste Anregung und reichste Gesichtspunkte für die Einschätzung der sozialistischen Bewegung aller Färbungen, der 4 Fünftel der Deutschen heute irgendwie nahe stehen. Zur Beantwortung der Frage: Ist das, was wir heute sehen, die Krise, der Kampf der Gegenwart, die Durchbruchsschlacht des Sozialismus? wurde zunächst die Marxsche Lehre vom Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsform herangezogen und von ihr aus die Zeitlage geprüft. Im Hinblick auf die

---

<sup>113</sup> Bonner Zeitung, 19.7.1932

Rationalisierung mit ihren seelischen Folgerungen ergab sich, dass es zwar nicht richtig ist, dass die Wirtschaft aus sich, als notwendiges Ergebnis eine sozialistische Wirtschaftsform schaffen würde, das aber unbezweifelbar der Sozialismus im Ablauf der Zeit immer möglicher werde. Die Voraussetzungen hierzu waren deutlich aufzuzeigen an den heute bereits so weit fortgeschrittenen Zusammenfassungen im wirtschaftlichen Leben, die den Sozialisierungsvorgang immer einfacher werden ließen, der in seiner wirtschaftlichen Wirksamkeit klar abgelehnt wurde. Der Weg zu einem Sozialismus, d.h. der zentralen Beherrschung der Produktionsmittel durch eine Organisation, die das Wirtschaftliche aus dem Leben des einzelnen herausnimmt, wird heute vielfach von den Dingen, die über den Kopf der Führer wachsen, aufgezwungen. Bei der gegenwärtigen Krise, die als eine äußere Störung des sehr störungsempfindlichen Kapitalismus, nicht als durch ihn bedingt aufgezeigt wurde, seien die Möglichkeiten einer Voraussage der weiteren Entwicklung sehr erschüttert. Der nationalsozialistischen Bewegung seien viele Möglichkeiten offen. Die Aufgabe gerade des heutigen Deutschland, das seine wirtschaftliche Stellung sich zurückerobern müsse in der Welt, dürften, wenn wir auch dem Sozialismus der Tendenz nach zutreiben, diesem unsere Zeit nicht näher kommen lassen.

### 16.3 Eine (zum Teil unzuverlässige) Notiz des Bonner General-Anzeiger<sup>114</sup>

#### **Prof. Schumpeters letzter Vortrag in Bonn<sup>115</sup>**

Die *Politisch-Akademische Vereinigung* an der Universität Bonn schloß mit dem gestern abgehaltenen Vortragsabend die Reihe der Vorträge im Sommersemester. Prof. Schumpeter, der in allernächster Zeit die Universität verläßt, sprach über das Thema *Tendenz zum Sozialismus*. In seinen von Sachlichkeit getragenen und jeglicher Kritik fernstehenden Ausführungen beleuchtete Prof. Schumpeter alle Punkte, die sich an das Thema anknüpfen lassen. Ausgehend davon, daß ein dauernder Erfolg den Parteien beschieden sei, die es verständen, eine günstige Situation in richtiger Weise auszunützen, erklärte er, die [sozialistischen Erfolge seien eine Tatsache, deren Analyse man den Wünschen voranzustellen habe].<sup>116</sup> Es werfe sich die Frage auf, ist alles das, was wir heute sehen, die Durchbruchsschlacht des Sozialismus? Um diese Frage zu beantworten,

<sup>114</sup> General-Anzeiger für Bonn und Umgebung vom 19.7.1932. Siehe auch Fn. 89

<sup>115</sup> Es handelt sich bei diesem Vortrag um den letzten *öffentlichen* Vortrag Schumpeters in Deutschland. Der noch folgende zum *Woher und Wohin unserer Wissenschaft* galt dem Auditorium der Staatswissenschaftlichen Fachschaft der Universität.

<sup>116</sup> Im Originaltext steht hier der offensichtlich verdorbene Satzteil: „die sozialistischen Erfolge seien eine Tatsachenganalyse, die man den Wünschen vorausgestellt habe.“

müsse man sie von verschiedenen Punkten aus betrachten und behandeln. So ergibt sich zunächst allgemein die Frage, ob es eine Entwicklung nach dem Sozialismus gibt. Der Nationalismus könne als eine Schutzorganisation des Kapitalismus betrachtet werden. In der marxistischen Idee sei der Sozialismus nicht als Ideal zu betrachten, sondern als eine Entwicklung. Karl Marx sei bestrebt gewesen sein System zu einer inneren logischen Einstellung zu machen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts sei der Gedanke entstanden, „wofür du kämpfst, das kann nicht untergehen.“

Zum Konkurrenzkapitalismus bemerkte der Redner, daß er nirgends allein existiere, sondern sich mit Elementen verbinde, die ihn anders gestalteten. Der Bürger sei stets das Ausbeutungsobjekt gewesen. In dem Rationalisierungsprozeß müsse der Bürger seine Selbständigkeit aufgeben. – Der Sozialismus werde im Lauf der Zeit immer mehr möglich. – Der technische Vorgang der Sozialisierung werde immer einfacher und die psychischen Voraussetzungen zum Gelingen nähmen zu. Hier<sup>117</sup> bedeute der Sozialismus die zentrale Beherrschung der Produktionsmittel. Es seien bereits gewaltige Fortschritte der Konzentration zu verzeichnen. Oft würden Regierungen, die nicht sozialisieren wollten, Maßnahmen durchführen, die wie Sozialisierung wirkten. Wenn man von der jetzigen Krise eine Folgerung auf den Krieg ziehe, so sei dieser eine Einwirkung von außen gewesen, dazu [in der]<sup>118</sup> Hochblüte des Kapitalismus. Eine moderne Planwirtschaft dürfen wir nicht vergleichen mit dem, was noch kommen werde, sondern mit dem, was gewesen sei. Schließlich bemerkte Prof. Schumpeter, daß wir dem Sozialismus [in der]<sup>119</sup> Tendenz zutreiben würden.

---

<sup>117</sup> Ein Druckfehler für: Heute?

<sup>118</sup> Im Original steht hier für „in der“: „eine“.

<sup>119</sup> Im Original steht hier für „in der“: „eine“.

## 17. Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft. Bonn, 20. Juli 1932

### 17.1 Die Rekonstruktion der Rede durch Cläre Tisch und August Lösch

#### **Das Woher und Wohin unserer Wissenschaft**

##### Schumpeters Abschiedsrede

vor der Bonner Staatswissenschaftlichen Fachschaft

am 20. Juli 1932(!) im Bonner Bürgerverein<sup>120</sup>

Meine Damen und Herren!

Wo stehen wir, wohin gehen wir – und zwar nicht in der Politik, und auch nicht in der Wirtschaft, sondern in unserer Wissenschaft? Der Umstand, daß wir diese Frage überhaupt stellen, scheint mir das erfreulichste Symptom an der gegenwärtigen Situation unserer Wissenschaft zu sein. Denn es gab nicht nur eine Zeit, sondern viele Zeiten, in denen ein Thema wie "Das Heute und das Morgen", behandelt von einem Nationalökonom, eine politische Diskussion, eine wirtschaftspolitische, bedeutet hätte. Noch heute gibt es Geschichten der Nationalökonomie, welche die verschiedenen Richtungen einordnen als Liberale, Sozialisten usw. Es ist eine Tatsache, daß unsere Wissenschaft nun einmal die Dornenkrone praktischen Interesses ihrer Resultate trägt, und dieser Umstand, der auch viel von ihren unbefriedigenden Verhältnissen erklärt, hat immer die reine wissenschaftliche Fragelust, das Treiben der Wissenschaft um ihrer selbst willen bei uns zurückgedrängt. Der Umstand, daß in unserer Zeit die Frage nach dem Heute und Morgen überhaupt möglich ist, beweist immerhin und trotz allem, daß diese Wissenschaft ihren Boden gefunden hat, Wurzel gefaßt hat in vielen Kreisen, daß es noch etwas Anderes gibt, was uns an ihr hält, als das, was für einzelne Interessengruppen oder Ideale bei einem Argument herauskommt. Und dieser Umstand des objektiven Interesses ist für eine Wissenschaft wesentlich. Obwohl sich Wissenschaft aus der Notwendigkeit des Überlegen- und Überdenkenwollens erklärt, so hat doch wis-

---

<sup>120</sup> Hier befindet sich im Typoskript als Fußnote 1 die Anmerkung: „Die nachstehende Fassung ist nicht immer vollständig und wortgetreu. Sie beruht zunächst auf einer wahrscheinlich von Doktor Cläre Tisch stammenden Nachschrift. Diese wurde aufgrund eigener Notizen 1942 von August Lösch überarbeitet.“ Für die Edition des Rede in den *Aufsätzen zur Wirtschaftstheorie* haben die Herausgeber diese Anmerkung wie folgt verändert: „Die nachstehende Fassung ist nicht immer vollständig und wortgetreu. Sie beruht zunächst auf einer wahrscheinlich von Dr. Cläre Tisch stammenden Nachschrift. Diese wurde auf Grund eigener Notizen 1942 von Dr. Dr. habil. August Lösch überarbeitet. Die beiden getreuen Schüler sind einem herben Geschick erlegen. Clären Tisch hat in Litzmannstadt ihr Leben lassen müssen, und August Lösch ist kurz nach der Kapitulation einer Scharlacherkrankung erlegen. Die von Schumpeter nicht durchgesehene Nachschrift atmet dessen Geist, wenn sie auch kaum den Wortlaut genau wiedergibt.“ Die Herausgeber haben auch das Ausrufungszeichen hinter dem Datum, das wohl an die 10jährige Wiederkehr der Rede erinnern sollte, weggelassen und als Datum fälschlich den 20. Juni 1932 notiert. Ansonsten folgt der Text in den *Aufsätzen* bis auf ganz wenige nachstehend notierte Fehler und Veränderungen dem Typoskript. Zur Datierung vergl. unter 17. 2 den Brief Wolfgang F. Stolpers an seine Eltern. Zum Streit der Herausgeber über politisch relevante Passagen des Textes vgl. die Einführung zu dieser Ausgabe.

senschaftliche Entwicklung erst eingesetzt, seit wissenschaftliche Fragen gestellt werden aus Fragelust, aus Interesse am wissenschaftlichem Fragespiel. Sie alle wissen, daß es kein Radio gäbe ohne Hertz, und Hertz hat sicher bei seinen Untersuchungen nur gewisse Erscheinungen erklären und überdenken wollen. Wie alle Idee will die Fragelust, das Suchen nach dem, was wir Wahrheit nennen, für sich betrachtet, verabsolutiert sein. Der Beobachter über die Jahrhunderte weiß, was von dieser Absolutheit zu halten ist. Es gibt nichts, was so relativ wäre wie das Absolute. Gleichwohl wird nichts Großes geleistet im privaten und öffentlichen Leben, in der Kunst und in der Wissenschaft, ohne daß für den Handelnden das, was er tut, ein absoluter Wert ist; man muß nur zu anderen Stunden wissen, daß es ein armseliges Ding ist, das seinen Platz findet in des Lebens Notdurft, und daß die Wissenschaft ein notleidendes frierendes Vettelchen ist.

So ist es auch auf unserem Gebiet. Sie brauchen dazu nicht die Stellung des Kritikers, des Außenseiters einzunehmen. Die Nationalökonomien selbst sagen es Ihnen. Die Ökonomen haben immer gefunden, daß ihre Wissenschaft nicht das leistet was sie leisten sollte und könnte, und sie haben sich gegenseitig nie so hoch eingeschätzt, wie das im Arbeitskreis der Physik selbstverständlich ist. Das mag viele Gründe haben. Vor allem der Grund, daß ein praktisches Interesse besteht, die Arbeit des Nachbarn herabzusetzen, weil dessen Argumente Interessen von Gruppen verletzen könnten, die man selbst vertritt. Aber außerdem hat der Umstand, daß diese Wissenschaft ihr festes Gefüge noch so wenig gefunden hat, die Versuchung im Gefolge, daß ein jeder mit sich selbst eine Epoche der Wissenschaft zu datieren unternimmt, und das setzt voraus, daß er seine Vorgänger recht gering einschätzt. Wir finden auch bei den ökonomischen Klassikern, daß sie sich nicht viel eingebildet haben auf ihre Leistung. Sie selbst haben nicht geglaubt, daß sie es herrlich weit gebracht haben, wie es ja auch tatsächlich nicht der Fall war. Die Leistungen der Wissenschaft blieben sehr auch hinter billigen Erwartungen zurück. Kein Resultat auf unserem Gebiet imponiert so sehr wie etwa eines über die Erforschung der physikalischen Welt. Und so kommt es denn, daß die Ökonomen selbst oft eine zu pessimistische Kritik üben, die noch weiter geht, als der tatsächliche Sachverhalt rechtfertigt. Wir müssen aber warten lernen und die Saat erst wachsen lassen, ehe wir mähen. *Je me fais payée, mais je ne me vends pas* - das gilt auch von der noch so jungen Nationalökonomie.

Das Thema entstammt nicht meiner Initiative. Ihr Vorstand hat mir nahegelegt, daß ich zu Ihnen, meine Freunde, zum letzten Male über so ein allgemeines Thema sprechen soll. Eigentlich spricht man über diese Dinge bei einer Antrittsvorlesung, die ja zur Kleiderordnung des akademischen Lebens in Deutschland gehört. Da hat eine Darlegung über den Zustand und die ex visu des Vortragenden gesehene Zukunftschance eines Wissenschaftsgebiets eine besondere Funktion. Der Redner wird dadurch in dem, was er bietet, in keiner wissenschaftlichen Ansicht und Stellungnahme seinen Hörern bekannt. Er spricht sozusagen über sich selbst, auch wenn er in der Regel nicht vor-



kommt, und man kann zu ihm Stellung nehmen. Diese Funktion hat ein solcher Vortrag nicht in dem Moment, wo er von einem Scheidenden kommt. Den Scheidenden kennt man, er hat so und so oft und in den verschiedensten Formen gesagt, was er zu sagen hat: was seine Ansichten sind über Stand und Weiterleben der Wissenschaft, das weiß jeder seiner Hörer; er kann in einer solchen Situation nur zusammenfassen. Und das hat eine Gefahr: Was man sonst so sagt im Kolleg, im Seminar, bei zwanglosen Vorträgen in irgendeinem Kreis, bei öffentlichen Reden, in der Sprechstunde, bei gelegentlichem Zusammensein, alles das ist nicht notwendig eine Einheit, schon nicht ex visu des Sprechenden. Denn es gehört zu unseren Lebenslügen, daß unsere Persönlichkeit eine Einheit sei. Wir sind verschiedene Leute zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Stimmungen, und auch, wenn wir auf verschiedenen Ebenen argumentieren. Ein Mann, der politisches Wollen ausdrückt, und derselbe Mann, der im Hörsaal ein Theorem auslegt das sind verschiedene Menschen. Es kommt indessen auch gar nicht darauf an, was einer sagen will; viel wichtiger ist für jeden von Ihnen, was ihm gemäß ist, und was ihm etwas sagt. Es leistet seine Dienste, auch wenn es ganz anders gemeint ist, als es verstanden wird. Und es soll jeder von Ihnen von jedem Lehrer nehmen, was ihm gemäß ist.

Im besonderen ist das bei mir der Fall, meine Damen und Herren, denn ich wünsche nie, Abschließendes zu sagen. Wenn ich eine Funktion habe, dann die, Türen nicht zuzumachen, sondern aufzumachen, und niemals habe ich das Bestreben gehabt, so etwas zustande zu bringen wie eine Schumpeterschule. Es gibt sie nicht, und es soll sie nicht geben, sondern ich will nur, wie es mir die Stunde zuführt, Anregungen geben - gute, wenn es geht, und schlechte, wenn es nicht anders geht. Deshalb fällt es mir so schwer, heute dieses Thema zu berühren. Einige Punkte sollen Ihnen meine Stellungnahme klarmachen.

1). Ich habe Ihnen so und so oft gesagt, daß nach meiner Auffassung und, wie ich glaube, nach der Tendenz, die sich durchzusetzen strebt, die Ökonomie eine ethisch indifferente, d. h. ihrem Gegenstand ethisch indifferent gegenüberstehende empirische Einzelwissenschaft ist, daß sie insofern keinen Teil hat an der Stellungnahme des Philosophen und an der Predigt des Propheten, und daß jeder Lehrer, der versucht, vom Katheder zu predigen, schon durch diesen Versuch seiner wissenschaftlichen Aufgabe untreu wird. Es ist meine persönliche Ansicht, von der ich glaube, daß sie sich etabliert hat, daß Ökonomie treiben in unserem Sinn, in dem das Wort Wertfreiheit wesentliche Bedeutung hat, heißt, in erster Linie sagen, was ist und was sein wird, und nicht zu werten. Es ist gleichfalls etabliert, daß, ob wir Tatsachen sammeln oder sie behandeln durch statistische Methoden oder durch historische Erzählung, wir stets auf dem Boden der Empirie bleiben. Das heißt nicht, daß wir in der unmittelbaren Nachbarschaft des praktischen Lebens uns bewegen können. Wirklich lebensstreu ist keine Wissenschaft, sondern nur das Leben selbst. Das Kunstwerk schon ist es nicht, und noch viel weniger

ist es die empirischste Wissenschaft, die sich überhaupt denken läßt. Wir können nur eine Beschreibung des Lebens geben, nicht dieses selbst. Das Wirtschaftsleben selbst gleicht in allen Wirtschaftssystemen einem großen Strom. Es führt nun auf logische Probleme, ob die Wissenschaft Bewegung überhaupt darstellen kann. Jedenfalls aber versucht unsere Theorie Beschreibung in dem Sinn, in dem Kirchhoff die Mechanik als eine Beschreibung der Bewegung definiert hat, obgleich es die Körper, die die Mechanik behandelt, in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Das ist also das eine Grundlegende, was mir erreicht scheint und was mir selber wie alles geistig Erreichte Schicksal zu sein scheint, Schicksal des Arbeitens und Denkens auf diesem Gebiet, das sich unentrinnbar aufzwingt. Schicksal wie die Rationalisierung, Nivellierung, Demokratisierung, Mechanisierung des modernen Lebens, etwas, gegen das es kein Ankämpfen gibt, weil es nicht in den Dingen, sondern in uns selbst liegt. Selbst die von Zeit zu Zeit auftretende Reaktion ist nur ein Glied im Ablauf dieses Schicksals des Geistes, und in ihrer Eigentümlichkeit, in ihrer denkwürdigen Heimatlosigkeit in den Notwendigkeiten des modernen Lebens ein Beweis für die völlige Verklavung des Menschen, der zu alten Phrasen greifen muß, wenn ihm nicht wohl ist in der modernen Welt, der aber nie in der Lage ist, etwas zu tun oder zu sagen, was außerhalb dieses Nexus stünde.

Das ist auf allen Gebieten so. Die Auflehnung gegen diesen Prozeß ist deutlich auf allen Gebieten, besonders auf denjenigen, die die Freiheit künstlerischer Gestaltung haben. Ich habe einmal einem Freunde etwas erzählt über das Stück Erkenntnistheorie, das, weil ich ja als Deutscher aus meiner deutschen Haut nicht heraus kann, auch in der 2. Auflage von "Wesen und Hauptinhalt" stehen wird. Da meinte der, ich schreibe auch nicht für unsere Tage, in denen Erkenntniskritik nicht Mode ist, sondern für den ekelhaften Rationalismus der kommenden Zeit. Leider, denn ich teile die Abneigung meiner Zeit gegen den Rationalismus des Lebens und des Denkens. Allein der Rationalisierungsprozeß geht von selbst weiter. Wer sich ihm fügt, setzt sich leichter durch. Die romantischen Reaktionäre und ihr Werk dagegen halten sich kaum.

2). Unsere empirische Einzelwissenschaft ist zweitens von derselben logischen Natur wie jede Wissenschaft. Der Gegenstand der Wissenschaft ist bis zu einem gewissen Grade gleichgültig. Zu den Träumen meiner Jugend hat es gehört, an einer Generalwissenschaft zu arbeiten, welche ein Gedankensystem gewesen wäre, das unterschiedslos auf jeden Tatbestand anwendbar gewesen wäre. Ich habe auch, glaube ich, festgestellt, daß es eine ganze Reihe von Denkvorgängen gibt, die nicht an die Einzelwissenschaft gebunden, sondern allgemein anwendbar sind. Ich bin überzeugt, es gibt so etwas wie eine Generalwissenschaft, von der die Einzelwissenschaft nur ein Ableger ist. Das würde dann eine konkretisierte Logik sein. Alle logischen Mittel, mathematische Hilfsmittel usw. sind dieselben in allen Wissenschaften. Es würde mir heute nicht mehr einfallen, die Anwendung mathematischer Symbole auf unserem Gebiet rechtfertigen zu wollen,

weil sie sich von selbst rechtfertigen und es Zeitverschwendung wäre, über Prinzipienfragen dieser Art zu streiten.

3). hat die Erfahrung gelehrt, daß sich unser Material vom Material anderer Wissenschaften in mehreren sehr wesentlichen Beziehungen unterscheidet. Wir haben ein *privilegium odiosum* und ein *privilegium favorabile*. Das *privilegium favorabile* besteht darin, daß wir das tun können, was man verstehen nennt, und das *privilegium odiosum* darin, daß sich unsere Probleme in ihrer quantitativen Gestalt nicht nur viel schneller ändern, sondern auch anders ändern als die der physikalischen Welt. Bei uns ändert sich die Norm eines Phänomens. Eine Zeltreihe unterscheidet sich von einer anderen Reihe dadurch, daß die einzelnen Ziffern sich nicht auf dieselbe Versuchsordnung beziehen, und deshalb nicht angeordnet sind im Sinne des Gauss'schen Fehlergesetzes, sondern um eine sich ändernde Norm.

Über diese drei Dinge braucht man nicht zu sprechen. Und das ist das Schöne. Denn die Logik der Lage setzt sie automatisch durch. Daß sie sie durchsetzt, obwohl die Leute sie nicht wollen, das ist das Gewaltige an diesem Prozeß, und das macht es auch so gleichgültig, ob die Dinge sich ein paar Jahre eher oder später durchsetzen.

4) folgt daraus, daß die Ökonomie keine Philosophie der Wirtschaft, keine Wesensschau ist. Wir müssen weniger philosophieren, um als Ökonomen leistungsfähiger zu werden. Wenn die Nationalökonomie metaphysische Elemente verwendet, sind diese gleichgültig für die einzelwissenschaftliche Erkenntnis. Infolgedessen kann es auch keine Schulen auf unserem Gebiet geben. Tatsächlich stellt man ja auch [eine]<sup>121</sup> große Konvergenz der wirklich in Frage kommenden tüchtigen Arbeiter auf unserem Gebiet fest. Viele Leute sind über diese Ansicht gereizt, denn allein in Deutschland gibt es ein halbes Dutzend von Leuten, die sich als Häupter solcher Schulen, als Kämpfer für absolutes Licht gegen absolutes Dunkel fühlen. Das findet seinen Ausdruck in den harten Rezensionen, mit denen die eine Richtung die andere niederzumachen sucht. Aber es hat gar keinen Sinn, um diese Dinge zu kämpfen. Man soll nichts bekämpfen, was das Leben sowieso einmal ausscheidet. In der Wissenschaft kommt es nicht wie in Wirtschaft und Politik auf den momentanen Erfolg an. Man kann nur sagen, daß, wenn sich in der Wissenschaft etwas durchsetzt, es sein Lebensrecht bewiesen hat; und wenn die Sache nichts wert ist, dann wird sie schon absterben. Ich meinerseits akzeptiere durchaus das Urteil kommender Generationen. Es ist vielleicht unangenehm, daß soviel werdende abgelenkt werden von dem, auf das es ankommt, und auf falsche Bahnen getrieben werden. Das ist möglicherweise recht traurig, und ich habe keine besondere Sympathie für jene Lehrer welche ihre wissenschaftliche Impotenz verhüllen mit den Fetzen aus den philosophischen Mänteln von Plato, Hegel oder Husserl, und aus einem

---

<sup>121</sup> Im Typoskript steht: keine. Offensichtlich ein Fehler im Typoskript, den auch Spiethoff/Schneider reproduzieren. Kontextgemäß muss es „eine“ heißen.

Wort eine Tyrannis machen. Der Umstand, daß sie Erfolg haben, beweist, daß der Boden für sie vorhanden ist. Das muß sich ausleben. Das ist auf politischem Gebiet anders, aber auf unserem Gebiet wie allem geistigen ist nur eine langfristige Betrachtung sinnvoll. Und wenn man die Überzeugung hat, daß diese langfristige Betrachtung zu einem günstigen Resultat führt, so braucht man sich über die kurzfristigen Umstände nicht die Sorge zu machen wie beim Staat oder im Geschäftsleben.

5) scheint mir die große Aufgabe der Zukunft zu sein, aus Tatsachen (Statistik) und dem, was eine frühere Generation Theorie nannte eins<sup>122</sup> zu machen. Im Besonderen scheint mir Trendanalyse die Zukunftsaufgabe zu sein. Nun fragt es sich vom Standpunkt der Frage nach dem Wesen unserer Wissenschaft und ihren Aufgaben: Was ist da, und was ist zu erwarten?

Da ist zunächst ein analytischer Apparat, welcher brauchbare Antworten auf so gut wie alle großen Fragen gibt. Wenn es nicht so aussieht, so liegt das nur daran, daß einmal die Durchschnittskompetenz eines Nationalökonomen nicht so groß ist wie die eines Physikers usw. Und zum andern an dem Umstand, daß man die brauchbaren Antworten erst finden muß. Auf dem Gebiet der Geldtheorie z.B. ist momentan kaum Raum für Meinungsverschiedenheiten. Zwar, der wirklich große Bau auf unserem Gebiet kommt erst: was wir tun, das ist lediglich Schutt wegräumen. Aber das hindert nicht, daß in jedem Zeitpunkt die überhaupt ernst zu nehmenden Fachleute viel mehr eines Sinnes sind, als man glaubt. Man muß nur bedenken, daß jede Behauptung lediglich Sinn hat innerhalb eines bestimmten Voraussetzungssystems.

Ich habe Ihnen erzählt, daß Keynes mal gesagt hat, daß es kaum ein halbes Dutzend guter Geldtheoretiker auf der ganzen Welt gäbe. Und da er sich ja wohl dazu zählt, gibt es also außer ihm nur noch fünf. Aber diese Grenze ist zu eng gezogen. Zwar gehört sicher dazu nur ein Prozentsatz aller jener Leute, die ex officio über diese Dinge reden. Aber bei diesem Rest schaut die Sache dann nicht so böß aus.

Man darf auch nicht vergessen, daß für die Beantwortung praktischer Fragen Apparate gute Dienste leisten können, die aus primitiven Formen bestehen. Ein Beispiel dafür ist die Lohnfondstheorie. Sie ist in der Form von Hill und McCulloch das Primitivste vom Primitiven. Aber sie gibt doch eine Idee von den objektiven Bedingungen, denen die Lohnbestimmung unterliegt, und ich glaube, daß jemand, der diese Form der Lohntheorie kennt, schon mehr weiß als jemand, der überhaupt keine kennt; er greift weniger daneben als jemand, der weder diese noch eine andere Betrachtungsweise kennt.

Es ist also in den meisten Fällen ein Körper von Erkenntnissen da, der wenigstens qualitativ die großen Fragen, die wir heute überhaupt zu stellen in der Lage sind, auch wirklich beantwortet. Von den Gebieten, auf denen die Differenzen scheinbar am größten sind, sei die Konjunkturtheorie als Beispiel genannt. So verschieden besonders die

---

<sup>122</sup> Hier steht in der Edition Spiethoff/Schneider der sinnentstellenden Übertragungsfehler „eine“

Außenseite der verschiedenen Theorien ist, so groß ist die Masse dessen, worüber alle in Betracht kommenden Arbeiter einig sind. Sie ist so groß, daß die Differenzen meist den Charakter von Differenzen über Nebenfragen tragen. Nicht zuletzt deshalb, weil der Strom von Tatsachen angereichert worden ist, so daß wir *sehen*, worüber andere Generationen noch spekulieren mußten. Im Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in England eine Diskussion darüber, ob die Bevölkerung wachse oder abnehme. Das wäre heute nicht mehr möglich.

Dabei ist allerdings das große Malheur, daß manche der besten Quellen von Tatsachen so neu sind, daß wir nur kurze Reihen haben. Die eigentlichen Konjunkturbewegungen muß man z.B. für die Zeit vor dem Kriege beobachten; jedoch gehen die meisten Reihen in ihrer wünschenswerten Detaillierung nur bis 1919 zurück. Wir haben ungefähr 40 bis 50 wichtige Zahlenreihen, von denen nur ein Drittel bis 1900 zurückgeht, und nur wenige bis in die 70er Jahre. Nur die Preisreihen gehen glatt bis ins 18. Jahrhundert, und welche bis ins Mittelalter aufzustellen, wäre keine ganz utopische Hoffnung.

Diese Dinge sind nun zunächst einmal da, und da ich ein Schulmeister bin, gestatten Sie mir die Zwischenbemerkung, wie unendlich wichtig es ist, mit diesen Dingen so früh wie möglich Bekanntschaft zu machen. Da Sie ja zum großen Teil schon alte Triarier sind, kommt mein Rat eigentlich zu spät. Wenn ich heute zu studieren anfinde, würde ich mir zunächst das Grundgerüst der Theorie, der statistischen Methoden und der statistischen Quellen aneignen. Da ist an kleinen Lehrbüchern das Buch von Winkler, welches all den Anforderungen, welche man praktisch zu stellen in die Lage kommt, genügt, und dessen Lektüre keine heroische Tat ist. Auch eine Menge historischer Lehrbücher gibt es (Koetzschke?<sup>123</sup>). Ich meine, wenn man heute anfinge, kann man sich im Laufe eines Semesters zu einem Fachmann machen, der mehr weiß als mancher deutsche Ordinarius. Das ist eine traurige, aber auch hoffnungsvolle Situation. Ein junger Mann, der es versteht, sich Denkmittel zu verschaffen, die andere nicht haben, ist notwendig in seinem ganzen Leben diesen anderen überlegen, und selbst in unserer bürokratisierten Welt bedeutet das nicht Null. Stellen Sie sich die heutige Lage unseres Vaterlandes vor! Wir stehen einer gewaltigen Bewegung gegenüber, die einzigartig ist in der Geschichte. Nie ist es einer Organisation gelungen, gegenüber den etablierten Parteien sich durchzusetzen.<sup>124</sup> Dieser gewaltige Machtapparat gleicht einem

<sup>123</sup> In der Edition in den *Aufsätzen* ohne Fragezeichen.

<sup>124</sup> Nur wenige Tage vor dieser Rede hatte Josef Goebbels auf einer Wahlkundgebung in Bonn die Zertrümmerung der vielen politischen Parteien in Deutschland proklamiert. Im Bericht der Bonner Zeitung vom 15. 7. 1932 heißt es über die Rede des Berliner Gauleiters vom Vortage: „[...] Drei Aufgaben sind nach Ansicht Dr. Goebbels zu lösen: der Finanzausgleich, die Herstellung des inneren Friedens und die Abschüttelung des außenpolitischen Jochs. In diese drei Aufgaben sind alle anderen Fragen eingeschlossen. Nach scharfer Kritik an Zentrum und SPD wandte sich Goebbels gegen die vielen Parteien Deutschlands. Die Nationalsozialisten werden an ihnen in Kürze den Versuch der politischen Atomzertrümmerung vornehmen. Er schloss, dass es Aufgabe der NSDAP sei, das deutsche Volk auf einer neuen Plattform zu einigen. [...]“

Ungeheuer von unendlichem Impuls, und er kann für das deutsche Volk Katastrophe und<sup>125</sup> Glorie bedeuten, je nachdem er verwendet wird. Aber wie wichtig wäre es, wenn dieser Koloß ökonomisch richtig beraten wäre: und wenn es unter ihnen Leute gäbe, die nationalsozialistisch fühlen und trotzdem die ökonomische Technik nicht verachten – welche ungeheuren subjektiven Möglichkeiten für einen jungen Mann! Man bedeutet nur dort etwas, wo noch nichts durchdacht ist. Daß man sich Parteien zuwenden soll, die nicht-rationale Programme haben, haben alle bedeutenden Politiker gewußt. Benjamin Disraeli ist Konservativer geworden, weil dahinter diese schönen gentlemen stehen, die das richtige Gefolge für einen Mann von Format sind.

Wenn ich heute in unsere Wissenschaft einträte, würde mir zweifellos der Zustand dieser Wissenschaft sehr wenig genügen. An allen Enden und Ecken klappt es nicht. Die etabliertesten Probleme fangen an, locker zu werden, die Schrauben der Mechanik geben nach. Es hat keinen Sinn, die Schrauben nur nachzuziehen. Man muß das Gute am Alten durchsetzen, aber auch weiter und Neues bauen. Was das Durchsetzen betrifft, so ist die Situation eigenartig, weil bei uns die wissenschaftliche Leistung sich nicht selbstverständlich durchsetzt. Wir haben keine verlässliche Fachmeinung, wie das z.B. bei der Physik der Fall ist. Das Vorhandene an analytischem Können ist zunächst durchzusetzen. Diese Aufgabe ist nicht einmal so schwer. Was den Aufbau betrifft, so leben wir in einer der fruchtbarsten geistigen Situationen. Man braucht nur eine Monographie über die Industrie vorzunehmen oder eine Karte mit Diagrammen von Zeitreihen oder einen Band der Wirtschaftsenquete oder irgendeinen Situationsbericht. Wenn man sich so etwas anschaut, dann ist das erste Gefühl das der Diskrepanz, als wenn das theoretische Gebäude und diese Dinge nichts miteinander zu tun hätten. Dieser Eindruck verschwindet außerordentlich schnell. Bei den großen Leistungen der Konjunkturtheorie (z.B. Spiethoff, Pigou) besteht diese Kluft nicht; wohl aber z.B. zwischen Walras oder Böhm-Bawerk und den Dingen, die man in einer industriellen Monographie lesen kann. Die Dinge klappen nicht, die Menschen handeln anders, als nach dieser Theorie anzunehmen wäre. Aber teils kommen wir bald darauf, daß diese Diskrepanz nicht so groß ist, teils aber wird die Theorie den Tatsachen wirklich erstaunlich wenig gerecht. Nun folgt daraus aber nicht verzweifelte Kritik, sondern die Frage: Wie mache ich es besser? Wie führe ich das oder jenes ein? Bei der Lektüre praktischer Dinge fallen einem immer neue Probleme ein. Ich glaube nicht, daß der umgekehrte Weg ebenso fruchtbar ist.

Das Erste, was also zu erwarten ist, das ist die Durchsetzung des Vorhandenen. Das andere ist der Ansatz des Neuen, jener Dinge, die nicht durch Programm, sondern durch Leistung die Wissenschaft unserer Zeit nach und nach zu etwas anderem machen. Der wissenschaftliche Arbeiter, der mit seinem Rüstzeug an die Dinge herangeht,

---

<sup>125</sup> Die Edition Spiethoff/Schneider notiert hier von der Vorlage abweichend: oder

gleich einem Maurer, der an einer Mauer herunklopft, die er auszubessern hergerufen ist. Wenn die Mauer zu dünn und zu alt ist und man energisch klopft, dann fällt die Mauer zusammen, und man kann dahinter einen Palast entdecken, von dem man vorher keine Ahnung hatte. Solche Augenblicke sind Höhepunkte wissenschaftlicher Forschungsarbeit. Die Hoffnung auf so etwas sollte das wissenschaftliche Arbeiten eines jeden leiten, der mehr will als eine vorhandene Technik anwenden. Wer als Journalist, als Politiker, als Ökonom einer industriellen Unternehmung ökonomisches Wissen besitzt, kann sehr überlegen sein, wenn er nur das Vorhandene sich zu eigen macht. Wer aber mehr will, wer den Rahmen geistigen Ringens ausdehnen will, der kommt sehr bald darauf, daß die scheinbar am meisten durchgepflügten Gebiete ungeahnte Möglichkeiten bieten, daß ein Apparat, mit dem man generationenlang gearbeitet hat, sich in unserer Zeit vernützt und sehr bald so aussieht, wie ein Automobil aus dem Jahre 1900 uns erscheinen würde. Die abstrakte Theorie hat zum Zentrum noch heute das Walrasianische Gleichgewichtssystem. Und wenn man mit der Sache arbeitet, so schaut sie aus wie das Auto des Herrn Benz. Sie ist bereits ebenso veraltet wie Newtons Mechanik in der Physik.

Wir haben in der letzten Zeit verschiedene Erfolge im Einzelnen aufzuweisen gehabt, die weder uns noch unserem Publikum den Eindruck machen wie physikalische Erfindungen. Ich erinnere mich noch des Eindrucks, den es mir macht, als 1907 Geissler und ...<sup>126</sup> ein Atom sehen konnten. In solchen Augenblicken glaubt man an die Existenz einer objektiven Welt. Einen ähnlichen Eindruck hatte ich auf unserem Gebiet vor wenigen Jahren, im Jahre 1925. Da ist es gelungen, eine Methode anzugeben, welche für bestimmte günstige Fälle uns eine Statistik von Grenznutzen gegeben hat. Dieser Begriff ist für mich in diesem Augenblick etwas anderes geworden, weil er ein Beweis dafür ist, was in günstigen Momenten in unserer Wissenschaft herauspringen kann. Das Faszinierende an der Wissenschaft ist im Grunde nur der Spaß, den man hat, wenn man tut, was beste Autoritäten für unmöglich erklären; nur die Jagd nach solchen Gelegenheiten ist etwas wert. Diese Jagd ist auf unserem Gebiet in den letzten Jahren von einigem Erfolg begleitet gewesen. Es sind Ansätze vorhanden, aus unserer Wissenschaft etwas anderes zu machen. Die bisherige Konstruktion ist im Begriff zu veralten.

Nicht die Erkenntnisse sind das Wichtige an der Wissenschaft. Ihr Wert beruht, wie derjenige der Technik, nicht in erster Linie auf ihrem Nutzen, sondern darauf, daß der menschliche Geist das schafft. Was die Wissenschaft auszeichnet, daß sie ein Spiel der Gedanken bietet, daß sie uns manche tote Stunde erschlägt und daß sie uns mehr und mehr Möglichkeiten an die Hand gibt, unsere Reichweite über das Schicksal hinaus zu erstrecken.

---

<sup>126</sup> In der Edition in den *Aufsätzen* ist die Lücke im Typoskript um den Namen *Plücker* ergänzt:

17.2 Der Kurzbericht Wolfgang F. Stolpers über dieser Rede an seine Eltern<sup>127</sup>

[...] Jetzt von unserem Fachschaftsfest, das ganz ausgezeichnet verlaufen ist. Unser Vorsitzender hielt eine kurze sehr nette Rede, Beckerath sprach für [die] Kollegen in einer wirklich herzlichen Rede, so herzlich, dass alte Kämpen behaupteten, so hätte er nie geredet. Schumpeter war so gerührt, daß er keine richtig brillante Schumpeterrede zustande brachte. Zuerst war er sehr persönlich, dann brach er mitten in der Rede ab, um mit sachlicheren oder persönlich indifferenteren Feststellungen über die Welt allgemein und Deutschland im besonderen zu schließen.

Die Vorführungen klappten tadellos. Ich kam gleich zu Anfang dran; denn ich mußte mit einem Kollegen das Motto des Abends, nämlich Hektors Abschied, umgedeutet natürlich, aufsagen. [...]

Der Meister wird in der letzten Zeit hier von Studenten sehr ausgenützt. Am Montag sprach er über "Tendenz zum Sozialismus", es war ein sehr guter Vortrag, zu dem ich stenographische Notizen gemacht [habe] und den ich auch, ausarbeiten ist zu viel gesagt, aber den ich wenigstens in seiner Struktur niederschreiben will. Dienstagabend war er nach dem Seminar noch mit uns im Kaffee, wo üblicherweise eine sogenannte Nachdiskussion stattfindet. Gestern hielt er im geschlossenen Kreis für unsere Fachschaft einen Vortrag über das "Woher und Wohin unserer Wissenschaft", in dem er kurz sein Ideal von der Wissenschaft skizzierte und seine Meinung formulierte, wohin die Wissenschaft treiben werde, nämlich zu einer mathematischen Form, die eine stärkere Durchdringung der Theorie mit den immer mehr statistisch erfassbaren Tatsachen ermögliche. Auch diesen Vortrag habe ich, wie ich fürchte, nur in schlechten Auszügen, mitstenografiert. Er wurde aber von anderen wahrscheinlich besser mitgeschrieben. Nach dem Referat war noch eine Diskussion, wo Schumpeter sehr angegriffen wurde, besonders in seiner Behauptung, dass der Wissenschaftler sich nicht um Politik kümmern solle, solange der wissenschaftliche Apparat noch so unvollkommen sei, Harkort meinte da, es sei trotzdem die Pflicht des Wissenschaftlers, den, wenn auch unvollkommenen Apparat anzuwenden, um zu verhüten, dass z. B. Spann, der selbst weniger und dessen Maschine mehr Hemmungen habe, den seinigen anwende. Interessant war auch, wie Schumpeter begründete, dass eine ganz außerordentlich rationalistische Zeit – ohne jedes Werturteil natürlich – kommen werde. Erstens sei der Trend der Geschichte sozusagen eine stärkere Durchrationalisierung, der durch solche romantische Perioden nicht verschoben werden könne. So wie ein eine schiefe Ebene herabfallender Stein

---

<sup>127</sup> Auszug aus einem Brief Wolfgang E. Stolpers vom 21. Juli 1932 an seine Eltern. Wolfgang E. Stolper hat mir freundlicherweise einen Auszug aus diesem Brief zur Verfügung gestellt.



doch falle, obwohl er bei jedem Aufprall in die Höhe springe. Der andere Grund sei der, dass solche Persönlichkeit[en] wie Adam Müller z. B. zu gesinnungslumpig und wenig schöpferisch waren, um über einen Augenblickserfolg hinaus dauernd wirken zu können.

Nach dieser ziemlich lebhaften Diskussion, lebhaft besonders, wenn man bedenkt, dass Schumpeter der Referent war, gingen wir noch alle zusammen ein Glas Bier trinken und blieben bis nach 2 Uhr zusammen, und redeten über Politik u. dgl. Schumpeter ist nach wie vor optimistisch; aber ich fürchte, wenn Harkort bei allem schuldigen Respekt sagt, Schumpeter habe hier keine Ahnung, so hat er recht. Man kann sich sicher in ruhigen Zeiten darauf verlassen, dass nichts passiert, weil sich die Deutschen nicht zum Bürgerkrieg eignen. Wenn aber diese Deutschen hysterisch sind und Hunger haben, non, dann stimmt eben die Geschichte nicht.

18. Anhang „ [...] und sich hoffentlich eine zuständige Stelle findet, die dem Herrn Professor das ABC der nationalen Disziplin beibringt.“ – Unterlagen zur nationalistischen Attacke von 1932

18.1 Professor Ahnungslos. Prenzlauer Zeitung, 25. März 1932<sup>128</sup>

### **Professor Ahnungslos**

#### **Ein deutscher Universitätsprofessor tritt für weitere Tributzahlung ein.**

Mit peinlicher Überraschung liest man in der ausländischen Presse, daß sich ein deutscher Ordinarius, Professor Schumpeter an der Universität Bonn, dazu hergegeben hat, Äußerungen über die Tribute niederzuschreiben, die der amtlichen deutschen Politik in den Rücken fallen und der geschlossenen Volksmeinung zuwiderlaufen. Zwar liegt uns der Wortlaut dieser Äußerung noch nicht vor, sie werden aber im Handelsteil der »Times« dem Sinne nach wiedergegeben<sup>129</sup>. Danach hat Schumpeter erklärt, Deutschland könne, wenn die Depression vorbei sei, die Reparationszahlungen wieder aufnehmen, wenn auch möglichst in der Form von Sachlieferungen. Diese Ausführungen finden sich in einem Artikel, den Schumpeter für eine Sonderbeilage zu dem letzten Monatsbericht der bekannten englischen Lloyd-Bank geschrieben hat und der die deutsche Ansicht darstellen soll, während der Wirtschaftsreferent des »Temps«, Frederik Jenny, die französische These vertritt. Der englische Mitarbeiter jener Beilage, Sir Arthur Salter, den wir aus seiner finanziellen Sachverständigentätigkeit beim Völkerbund kennen, glaubt aus Schumpeters Ansicht für uns höchst gefährliche Schlüsse ziehen zu können. Er meint nämlich, Jennys und Schumpeters Standpunkte auf eine Jahreszahlung von 400 Millionen Goldmark vereinigen zu können und er weiß ferner zu berichten, Schumpeter habe die Wiederaufnahme der Zahlungen im Hinblick auf die französischen Forderungen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zugestanden. Der Herr Professor Schumpeter hat damit unerhört leichtfertig gehandelt und an Berliner verantwortlicher Stelle höchstes Erstaunen hervorgerufen. Während sonst alle deutschen Theoretiker und Fachleute der Wirtschaft, Parteien und Politiker, Kanzler und Reichspräsident darin einig sind, daß das Tributkapital überholt und zu schließen sei, posaunt hier ein deutscher Professor an weithin sichtbarer Stelle in die Welt hinaus, Deutschland könne wieder Tributzahlungen aufnehmen. Er erkennt damit aufs Neue die französischen „Entschädigungsansprüche“ an, welche die Reichsregierung vor kurzem als längst überzahlt nachgewiesen hat. Dieser Kontretant des Herrn Schumpeter ist um so gefährlicher als der Herr Professor offenbar in den angelsächsischen Ländern als

<sup>128</sup> Prenzlauer Zeitung, 25.3.1932, S. 1

<sup>129</sup> Der Artikel wird nachstehend unter 18.2 wiedergegeben

einer der größten Autoritäten angesehen wird. Schumpeter, ein geistreichelnder Literat von der Sorte, die Wien nach dem Zusammenbruch stark exportiert hat, scheint den ganzen Ernst des deutschen Kampfes gegen die Tribute so gründlich verschlafen zu haben, wie der Professor im Witzblatt seine Zeit. Wenn es sogar die „Times“ für nötig halten, von ihm abzurücken, dann wird sich auch hoffentlich im Deutschen Reich eine „zuständige Stelle“ finden, die dem Herrn Professor das ABC der nationalen Disziplin beibringt.

18.2 A Financial Debate. The Times, 22. März 1932<sup>130</sup>

## THE REPARATIONS PROBLEM

---

### A Financial Debate

For some years it has been the policy of the leading London banks to publish monthly reviews of economic, financial, and commercial matters. Much thought and care is bestowed upon their compilation, and they have undoubtedly helped to promote a better understanding of complex economic questions. This month Lloyds Bank has broken new ground by issuing a supplementary number entitled "World Depression and Franco-German Economic Relations," comprising five articles written by distinguished contributors dealing more especially with the reparation and War debt problem. It is a sort of printed debate, but Lloyds Bank, of course, does not necessarily share the views of the contributors. Sir William Dampier reviews concisely, and with considerable insight, the main features of the international financial situation, and particularly the causes which led to the suspension of gold payments by many countries, including Great Britain. An analysis and discussion of the relations between France and Germany follows, Professor Dr. Joseph Schumpeter contributing a German view, and M. Frédéric Jenny a French view. Sir Arthur Salter reviews both contributions and draws the comforting conclusion that there is a considerable measure of agreement between these two gentlemen. Under the Young plan about £90,000,000 yearly is payable by Germany to her creditors, the greater part—between £50,000,000 and £60,000,000—flowing to the United States either directly or indirectly in satisfaction of War debts, while France gets about £20,000,000. Owing mainly to the catastrophic fall in prices the Young Plan has broken down. A moratorium is now in force, and as a drastic modification of the plan is obviously necessary, a conference is to be held at Lausanne to attempt a final settlement of this thorny problem.

<sup>130</sup> Die *Times* publiziert in dieser Ausgabe vom 22. März 1932 neben diesem Artikel auch Auszüge aus den besprochenen Artikeln William Dampiers und Sir Arthur Salters.

### Sir Arthur Salter's Views

The German writer admits the possibility of Germany resuming reparation payments when the depression is over, and naturally favours deliveries in kind. The French writer admits the necessity of a moratorium and of a great reduction in the scale of Young payments, and proposes that the payments should be reduced to a little more than one-third of the sums due under the Young Plan. Sir Arthur Salter thinks that there should be an extension of the moratorium for a shorter or longer period, and suggests that subsequent payments should be equal to the present unconditional payment reduced by the application of the Dawes principle, so that reparations should be scaled down in proportion to any fall in world gold prices greater than 10 per cent. This would mean an annual payment of about 400,000,000m. (£20,000,000), which is equal to 4 per cent. on a capital of £500,000,000. This annual sum, which is little more than one-half that which Britain is under obligation to pay to America, may seem small, but it will be regarded as much too high by important sections of British financial opinion. The crux of the question is to restore international credit, which has broken down under the weight of these exotic payments. No settlement, therefore, can be satisfactory or final which does not permit of the restoration of Germany's credit, upon which largely depends that of Central Europe. In the absence of an agreement as to the sum which Germany would be freely willing and able to pay, and France and the other creditors would be ready to accept, it would be better not to attempt to fix any figure, since at the moment she is wholly incapable of paying anything, but to arrange for a long moratorium which would only come to an end when the debtors and creditors had succeeded in arriving at a mutually satisfactory settlement. Public opinion should do the rest.

18.3. Vor der Reparationskonferenz. Berliner Börsen-Courier, 25. März 1932<sup>131</sup>**Vor der Reparationskonferenz**

*(Reaktionelle Vorbemerkung<sup>132</sup>: In einer Monatsübersicht der Lloyds Bank beschäftigen sich, wie bereits gemeldet, verschiedene Aufsätze mit aktuellen Finanzfragen. Hierunter befindet sich auch ein Artikel von Prof. Dr. Joseph Schumpeter über die Reparationsfrage.<sup>133</sup> Nach ausländischen Blättermeldungen hat Prof. Schumpeter eine Auffassung geäußert, die von dem sonst eingenommenen deutschen Standpunkt abweicht. Wir haben uns deswegen den englischen Originaltext beschafft und mußten feststellen, daß die Wiedergabe der Auffassung Schumpeters in den ausländischen Blättern in sinmentstellender Weise erfolgt ist. Wir lassen daher einige der wichtigsten Abschnitte folgen.)*

Die wirtschaftliche Seite der Reparationsfrage wird, wenn man sie als ein deutsch-französisches Problem betrachtet, natürlich durch eine sehr ernste Tatsache kompliziert: Wenn man alle rechtmäßigen und moralischen Einwände Deutschlands und auch die Notwendigkeit eines Nachlasses für alle weiteren Zahlungen beiseite läßt, so bleibt die Abneigung der Welt, Deutschlands Reparationsexporte anzunehmen, durch die allein Deutschland sich die erforderlichen Devisen beschaffen kann. Deutschland kann den Einwand erheben, daß es vom Standpunkt der Gläubiger aus unlogisch ist, Zahlungen einzutreiben und gleichzeitig die einzige Möglichkeit, um sie zu bewerkstelligen, zu versperren. Die Welt in ihrer Gesamtheit, gelehrt durch die gegenwärtige Depression, beginnt, diesem Argument Beachtung zu schenken. Außerdem fangen die Bankiers in manchen Ländern an, sich zu vergegenwärtigen, daß ihre Forderungen und die ihrer Kunden an Deutschland in Gefahr sind, die sofort beseitigt sein würde, wenn die Reparationen gestrichen werden würden, und daß in diesem Falle sofort ein sicherer und nutzbringender Geschäftsverkehr mit Deutschland möglich werden würde, ein Geschäftsverkehr, der auch zur allgemeinen Erholung in den hieran teilnehmenden Ländern beitragen würde. Schließlich besteht die allgemeine Überzeugung, daß die anormale Anhäufung von Gold in Amerika und Frankreich etwas mit politischen Schulden zu tun hat; daß ohne die einseitige Goldansammlung der Goldstandard zu weit besserer Zufriedenheit funktionieren würde, und daß unter dieser Voraussetzung das Bild der finanziellen Weltlage einiges von seinen dunkelsten Schatten verlieren würde.

Hinsichtlich der anormalen Goldanhäufung in Frankreich ist folgendes zu bemerken: Es ist richtig, daß, ausgenommen 1931, die Dienstleistungen, Zinsen und andere private Zahlungen bei weitem ausreichend waren, um die beiden großen Passivposten

<sup>131</sup> Berliner Börsen-Courier Nr 143, Wirtschaftsteil, 2. Beilage, 25.3.1932.

<sup>132</sup> Vorbemerkung des Börsen Couriers.

<sup>133</sup> Joseph Schumpeter: World Depression and Franco-German Economic Relations. Lloyds Bank Limited, Monthly Review, Supplement, 1932, pp. 14-35

in der französischen Zahlungsbilanz zu decken, nämlich die Handelspassivität und die Geldversendungen der ausländischen Arbeiter, und darüber hinaus einen beträchtlichen Überschuß von 746 Millionen M im Jahre 1929 und 50 Millionen M im Jahre 1930 zu erzielen. Das Defizit von 1931 ist offensichtlich nur vorübergehend, obgleich aus verschiedenen Gründen die Ziffern der gleichen Größenordnung wie 1930 wahrscheinlich nicht wiederkehren werden. Aber der politischen Schuldenbilanz (plus 900 Millionen M 1929, plus 885 Millionen M 1930 und sogar noch 267 Millionen M 1931) ist es zuzuschreiben, daß Frankreich die technische Vorherrschaft auf den Geldmärkten der Welt erlangt hat, die wir erlebt haben und noch erleben und die ganz außer Verhältnis zu der wirklichen wirtschaftlichen Stärke Frankreichs steht.

Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Reparations-Ausfuhr Deutschlands den Franzosen nicht in demselben Lichte erscheint wie der übrigen Welt. Wir werden sehen, warum sowohl Frankreich als Ganzes als auch die französische Geschäftswelt nicht in gleicher Weise wie die anderen Völker gegen die deutsche Ausfuhr Abneigung zeigen, und mit welchem Recht. In normalen Zeiten ist Frankreich durchaus willens gewesen, einen Teil seiner Reparations-Ansprüche in Sachlieferungen abgelten zu lassen. Auf das Argument, daß die Reparationen den Geschäftsverkehr stören, mag Frankreich entgegenen, daß es mit den hiervon betroffenen Geschäften meistens nichts zu tun hat. Zweifellos trifft das jetzt viel weniger zu als je, und es wird noch viel weniger zutreffen, falls Deutschland in seinem Versuche fortfährt, Reparationen ohne die Auflegung von Auslandsanleihen zu zahlen. Aber wir müssen hinzufügen, daß Frankreich nicht nur den absoluten Ziffern nach der bedeutendste Reparations-Gläubiger ist, sondern daß auch relativ diese Ziffern für Frankreich weit mehr bedeuten als für die anderen Gläubiger-Völker. Frankreich würde zweifellos eine Steuererhöhung oder eine Verminderung seiner Rüstungsausgaben vorgenommen haben, wenn es sich nicht hätte auf die Reparationen stützen können.

Wenn natürlich die Welt der Unruhe, die durch die Reparations- und Kriegsschulden verursacht wird, überdrüssig geworden ist, so spitzt sich das Problem tatsächlich auf die reine Wiedergutmachung, die Frankreich empfängt, zu. Aber selbst, wenn die interalliierten Kriegsschulden beseitigt und die Reparationen dementsprechend vermindert sind, so würde ein ernstlicher Stein des Anstoßes auf dem Wege zu normalen Verhältnissen verbleiben. Es würde daher kaum klug sein, sich mit den interalliierten Schulden und dem entsprechenden Anteil der Reparationen gesondert zu befassen und das Problem des Nettoanteils Frankreichs nicht zu berühren. Aus durchsichtigen Gründen würden dann Frankreich und Deutschland weit schwieriger zu einer Einigung gelangen können. Unruhe, Gleichgewichtsstörung, politische und wirtschaftliche Gefahren würden noch vorherrschen, und die Welt würde in ihrer Gesamtheit hiervon nicht unbeeinflusst bleiben.

Es würde für Frankreich nicht absolut unmöglich sein, den ganzen Betrag seines Nettoanteils in Waren zu beziehen, falls der Betrag mäßig wäre. Das würde mit monetären Störungen aufräumen und für Deutschland wirtschaftlich möglich sein, wenn man das System durch ein Handelsabkommen von solcher Konstruktion ergänzte, daß hierdurch die Partner daran gehindert würden, die vereinbarten Bedingungen indirekt zum Nachteil der deutschen Nichtreparations-Exporte nach Frankreich und der französischen Exporte nach Deutschland umzubiegen. Natürlich würde noch mancher Störungsfaktor übrig bleiben. Der Betrag könnte auch nicht irgendwie an die 2,4 Milliarden Francs netto heranreichen, die Frankreich in 1931/1932 erhalten haben würde, wenn der Young-Plan nicht zerbrochen wäre.

Wenn diese Frage geregelt werden könnte, so könnte man erwarten, daß andere Schwierigkeiten halb politischer und halb wirtschaftlicher Natur verschwinden.

*(Nachdem Prof. Schumpeter dann auf die deutsch-französischen Handelsbeziehungen eingeht und deren friedliche Entwicklung und Ausbaufähigkeit – auch unter dem Aspekt der Tätigkeit der Deutsch-Französischen Wirtschaftskommission – durchaus optimistisch beurteilt, fährt er folgendermaßen fort:)*

Ein bedeutender französischer Staatsmann, dessen Begabung allerdings augenfälliger ist als die Zahl seiner Anhänger, hat kürzlich seine Stimme gegen die Reparationen erhoben. Er fügte hinzu, daß Frankreich, wenn sie aufgehoben sein würden, zusehen müßte, daß Deutschland nicht zum unbesiegbaren Konkurrenten werde. Aber aus unseren Erwägungen geht hervor, daß Deutschlands Wettbewerb – was übrigens jedem Volkswirtschaftler klar ist – gerade in diesem Fall an Gefährlichkeit einbüßen würde.

Deutschland würde dann einen großen Teil dessen, was es jetzt exportiert, selbst verzehren, und für den Rest wäre es ein ebenso kräftiger Käufer wie Verkäufer.

Die Schwierigkeiten, die dann noch zurückbleiben könnten, dürften nicht mehr unüberwindlich sein.

Man könnte sich auch den extremen Fall vorstellen, daß Frankreich seine Kredite an Deutschland in einem Ausmaß ausdehnt, daß sie der Flut der deutschen Exporte Halt gebieten, die Depression mildern und bis zu einem gewissen Grade den wirtschaftlichen Wiederaufschwung der Welt erleichtern. Zu diesem Punkt habe ich indessen wenig zu sagen, und das Wenige ist eine Warnung vor übertriebenen Hoffnungen.

Es wird viele Nationalökonomien geben, die in diesem Punkt nicht mit mir übereinstimmen. Besonders in England gibt es eine gut durchgebildete und hohes Ansehen genießende Schule, welche die Aufmerksamkeit – was ich mit dem gebührenden Respekt sagen darf – allzu stark auf Geld und Kredit zu lenken bestrebt ist und das vernachlässigt, was hinter deren Schleier vorgeht. Das Bestreben, schnell zu einem Erfolg zu kommen, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, die später nachfolgen, scheint Politiker und Wirtschaftler so sehr in seinen Bannkreis zu ziehen, daß ich mich beeilen muß, auszusprechen, daß die praktische Aussicht auf plötzliche französische Kapitalzu-



flüsse nach Deutschland gering ist, was immer wir auch davon halten, ob sie wünschenswert sind oder nicht. Die Kapitalbewegungen der Vergangenheit, aus denen man den Schluß zieht, daß solche generell von günstiger Wirkung sind, waren von einer ganz anderen Natur. Sie dienten dazu, neue Länder aufzuschließen. Sie schufen den Wohlstand, aus dem sie zurückgezahlt worden sind, soweit freilich, als sie überhaupt zurückgezahlt wurden. Sie waren die technische Erscheinungsform der Übertragung wirtschaftlicher Energien. Sie waren nicht dazu da, Schmerzen zu lindern, ohne sie zu heilen und auch nicht, unmögliche Situationen zu verschleiern, um sie dadurch zu verewigen. Die Kredite der neueren Zeit aber verschlechterten die Dinge im Endergebnis, wenn sie nicht noch mehr taten. Sie knebelten den Schuldner und verursachten dem Gläubiger Verluste. Deutschland und mit ihm die Welt wären viel besser daran, wenn es für industrielle Zwecke seit 1926 und für die Aufgaben der öffentlichen Hand auch vorher keine Kredite empfangen hätte, ausgenommen die Dawes-Anleihe. Deutschland hätte dann eine schwere Zeit durchgemacht, aber die wirkliche Lage wäre offenkundig geworden und wäre überwunden worden. Das, was geschah, hatte zur Folge, daß Deutschland jetzt die falsche Prosperität zweier Jahre und die Abgeneigtheit der Politiker, den Realitäten ins Auge zu sehen, teuer bezahlen muß.

Sehen wir uns die drei Arten an, auf welche französisches Kapital die deutschen Grenzen überschreiten könnte. Erstens könnten französische Gruppen an bestimmten deutschen Industrien Interesse nehmen. Das ist auch bereits geschehen, und es ist ganz natürlich, anzunehmen, daß, wenn die Beziehungen enger werden, auch dieser Prozeß fortschreiten wird. Französisches Kapital arbeitet bereits in Deutschland im Kohlen- und Eisenbergbau, in der Eisenwarenfabrikation, in der Glas-, Textil- und in der elektrotechnischen Industrie, wenn auch im geringeren Ausmaß als in Ost- und Südosteuropa. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist zwar gegen diese Art der französischen Kapitaleinwanderung eingenommen und sieht in ihr eine Gefahr für die nationalen Interessen und für den Arbeitsmarkt, doch ist diese Anschauung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ungerechtfertigt. Abmachungen zwischen den beiderseitigen Industrien würden eine solche Entwicklung erleichtern und selbst durch sie erleichtert werden. Das wäre ein offenkundiger Vorteil für beide Länder. Sie hätte auch etwas von dem Charakter der produktiven Kapitalbewegungen, die oben erwähnt wurden. Sie kann aber nicht in Fluß kommen. Jeder einzelne Fall muß nach seinen individuellen Vorzügen beurteilt werden. Die Bewegung könnte auf lange Sicht zu einem bedeutenden Faktor werden, im Augenblick kann sie aber nicht größere Dimensionen annehmen.

Ein Kapitalzufluß dieser Art setzt politischen und wirtschaftlichen guten Willen voraus und kann ihn daher nicht selbst schaffen, höchstens fördern. Das gleiche gilt für die zweite Art der Kapitalwanderung, für die kurzfristigen Kredite. Wenn ein deutsches und französisches Kapital in einigen Industriezweigen zusammenarbeiten würde,

könnte man sich vielleicht darauf verlassen, daß französische Banken diese mit einem Teil ihres Umlaufkapitals versorgen. Wenn politisches und wirtschaftliches Vertrauen herrschte, würden die französischen Überschüsse dem deutschen Geldmarkt zuströmen und von diesem angenommen werden können. Aber selbst wenn Deutschland einmal die Lehre vergessen haben sollte, welche es darüber empfangen hat, was ausländische kurzfristige Kredite für das Geschäftsleben und sogar für die nationale Unabhängigkeit bedeuten, oder wenn es dadurch, daß es die Politik des Wegsteuerns der Geschäftsgewinne beibehält, gezwungen sein sollte, auf ausländische Hilfsquellen zurückzugreifen, auch dann müßten noch viele Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, ehe diese Hilfe aus Frankreich kommen könnte.

Der dritte Weg, französisches Kapital nach Deutschland zu ziehen, besteht darin, deutsche Aktien und Schuldverschreibungen am Pariser Markt aufzulegen. Dieser Weg setzt noch stärker als die anderen die Erfüllung einer langen Liste von Bedingungen voraus. Abgesehen von den technischen Überlegungen, würden deutsche Emissionen seitens des französischen Sparerers auf Widerstände stoßen, deren Überwindung notwendigerweise erst in Jahren möglich wäre. Im Augenblick wäre eine neutrale Haltung der französischen Regierung nicht hinreichend. Nur Empfehlungen, die an einen Zwang grenzen, könnten den Markt dazu bringen, erhebliche Beträge aufzunehmen. Und wenn das gegenseitige Verstehen zwischen Frankreich und Deutschland so weit fortgeschritten sein würde, daß die französische Regierung sich für die deutschen Emissionen in der französischen Öffentlichkeit einsetzen könnte, dann wäre wahrscheinlich überhaupt keine dringende Notwendigkeit für diese Emissionen vorhanden.

Wir müssen die Lösung des deutsch-französischen Problems in anderen Richtungen suchen. Was wir gesagt haben, genügt vielleicht, um zu zeigen, daß, soweit eine wirtschaftliche Betrachtungsweise in Frage kommt, es nicht unbedingt vergeblich ist, eine Lösung zu suchen.

18.4 Schumpeters Brief an den Dekan. Bonn, 31. März 1932<sup>134</sup>

Ew. Spectabilität,

Ich danke ergebenst für die freundliche Übersendung des Entrüstungsausbruches der Prenzlauer Zeitung über meinen Aufsatz in der Lloyds Review, deren Nummer ich Ihnen anbei überreiche. Weil man beim gegenwärtigen Zustand unserer öffentlichen Meinung und bei dem Niveau eines Teiles unserer Presse, die ein komplizierteres Argument einfach nicht versteht, nicht wissen kann, was noch passiert und weil ich jetzt für 14 Tage nach Dänemark und Schweden verreise, bitte ich um Erlaubnis, zu Ihrer Information und zur eventuellen Information der Fakultät die Sache darzulegen.

Im Dezember wandte sich einer der Direktoren der Lloyds-Bank Herr A. Parker, eingeführt durch eine leitende Persönlichkeit der Londoner Geschäftswelt, Sir William Dampier, mit der Einladung an mich, in einer für diesen Zweck in Aussicht genommenen Sondernummer der Lloyds Review über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zu schreiben. Ich hatte keine Lust, mich dieser Mühe zu unterziehen und lehnte ab. Darauf erhielt ich einen Brief von Dampier, in welchem er unter Appell an mein Nationalgefühl mich bat, die Aufgabe trotzdem zu übernehmen. Ich gab nach und schrieb den beigeschlossenem Aufsatz, dessen bescheidenes Interesse – wissenschaftlich kommt er nicht in Betracht – in der genauen Analyse der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Abschnitt 3 und 4 und in dem kurzen Argument des Abschnittes 5 liegt, welcher nachweisen will, dass die gegenwärtige Lage durch Kreditgewährungen nur für den Augenblick gebessert werden könnte. Im Abschnitt 2 ist die Reparationsfrage ganz kurz gestreift und zwar wird da versucht, die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen in der sattsam bekannten und übrigens im Ausland einzig wirksamen Weise kurz dadurch zu begründen, dass sich die ganze Welt dem Reparationsexport verschließt und dadurch einerseits die gegenwärtigen Störungen in den Geldsystemen aller Länder wesentlich zu erklären sind und andererseits die Reparationszahlungen unmöglich werden. Wenn das Bestehen auf der Reparationsforderung keine böse Schikane sein soll, so müsste sich die Welt im Allgemeinen vom Protektionismus abwenden und Frankreich im besonderen seine Kontingentierungspolitik aufgeben, was das wahre Kriterium der Annahmewilligkeit und doch nicht unmöglich wäre. Ew. Spectabilität sehen, dass damit ein bei uns nun schon orthodox gewordenes Argument dargeboten wird, welches im übrigen nur ein Gemeinplatz ist. Aber zugleich auch, dass diese Stelle (Seite 20 oben) wenn aus dem Zusammenhang herausgerissen, wie nicht anders möglich, nicht von Unmöglichkeit, sondern von Möglichkeit spricht. Dass eine feindliche Berichterstattung sich das zu Nutze macht, wäre nicht schön aber begreiflich,

---

<sup>134</sup> Quelle: Spiethoff-Archiv der Universität Basel, A 54823

dass eine solche Interpretation sich aber in der deutschen Presse findet, ist der Gipfel von Unintelligenz. Auch kann nicht gesagt werden, dass das Missverständnis meinerseits hätte vermieden werden können, denn gegen solche Dummheit ist kein Kraut gewachsen. In welchem Geist meine Ausführung gehalten sind, dafür erlaube ich mir auf die rot angestrichene Stelle auf Seite 16 hinzuweisen. Ich glaube nicht, dass Herr Hitler selbst sich stärker hätte ausdrücken können, soweit er sich überhaupt artikulierter Ausdrucksformen bedient hätte. Dieser Brief ist in keiner Richtung vertraulich. Ich bitte Ew. Spectabilität sogar von ihm jeden möglichen Gebrauch zu machen und bleibe in gewohnter Verehrung Ew. Spectabilität ergebener

(Schumpeter)

#### 18.5 Schumpeters Brief an die Prenzlauer Zeitung. Bonn 31. März 1932 <sup>135</sup>

An die Prenzlauer Zeitung  
Prenzlau

Geehrte Schriftleitung,

Vom Herrn Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn empfang ich die Ausgabe der Prenzlauer Zeitung, in welcher Sie – zum Unterschied von anderen Zeitungen wenigstens aufrichtig sagend, dass Sie sich ohne jede eigene Prüfung die Lesart einer bekanntermaßen Deutschland wenig freundlichen Quelle zu eigen machen – mich wegen eines Aufsatzes in der Lloyds Review angreifen, welcher Aufsatz zwar in der Hauptsache anderen Fragen gilt, daneben aber auch versucht, in Kürze die Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen nachzuweisen. Es liegt im Wesen eines solchen Nachweises, dass man sagt: der Tribute wäre nur unter diesen und diesen Bedingungen möglich, diese Bedingungen sind nicht erfüllt, folglich ist er unmöglich. Reißt ein feindlicher Bericht das erste Glied heraus und lässt er die Bedingungen, deren Unmöglichkeit die Unmöglichkeit des Tributs erweist, weg, so ist das Argument in sein Gegenteil verkehrt. Das haben Sie gläubig hingenommen, obgleich Sie wissen mussten, dass es wenig wahrscheinlich sei, dass ein deutscher Lehrer die von Ihnen angegriffene Stellung einnehmen würde und telefonische Rückfrage bei mir doch möglich gewesen wäre. Dafür, in welchem Geist mein Aufsatz geschrieben ist, nur ein Satz: „Dass sich Deutschland weiteren Zahlungen selbst dann leidenschaftlich wider-

---

<sup>135</sup> Quelle: Spiethoff-Archiv der Universität Basel, Beilage zu A 548,23

setzen müsste, wenn diese ein einziges englisches Pfund im Jahre ausmachen“ (Seite 16, 9. Zeile von unten). Wenn, wie ich nicht zweifle, ehrliche Entrüstung Ihren Angriff bewirkte, so darf ich wohl Berichtigung erwarten. Ich verreise jetzt auf 14 Tage, doch würde der Herr Dekan sicherlich jede von Ihnen etwa weiter erwünschte Auskunft erteilen.

Hochachtend

(Schumpeter)